

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 41 vom 11. Oktober 1985

19. Jahrgang

1 DM

Diese Woche

RUB Bochum

Inst. z. Forsch. d.
europ. Arbeiterbew.

522 3426

**Sonderbeilage: Anträge
an den Sonderparteitag
der KPD**

**Bundesweit:
Protest
gegen
Frankfurter
Polizeiterrort
(Seite 6)**

Drohungen

Verbrämt, vornehm formuliert, zurückhaltend vorgetragen — alles mögliche läßt sich zur Art und Weise, wie der „Fünferclub“ auf der Tagung des IWF in Seoul aufgetreten ist, schmückend beifügen.

Der Inhalt der Äußerungen, die von den Finanzministern der USA, BRD, Japans, Frankreichs und Großbritanniens vorgebracht wurden, aber ist eindeutig: Es sind Drohungen härtester Art an die Schuldnerländer. Diese hatten ihrerseits, als Vorschlag der sogenannten „Gruppe der 24“ einige Forderungen zur Milderung der Schuldenlast vorgebracht. Besonders giftig reagierten die großen imperialistischen „Fünf“ auf die Aussage dieser Gruppe, die Lösung der Schuldenfrage müsse „über rein marktwirtschaftliche Methoden hinausgehen“.

Obwohl die Vertreter dieser Gruppe keineswegs die marktwirtschaftlichen (sprich kapitalistischen) Methoden ablehnen, sondern sie nur für nicht ausreichend halten, erregt das bereits den absoluten Unmut der Großbanken und ihrer politischen Vertreter.

Um so mehr natürlich als dies im Zusammenhang steht mit wachsenden Bestrebungen betroffener Regierungen, konkrete Maßnahmen gegen die Politik des IWF zu ergreifen.

Zwei Voraussetzungen wurden von den wichtigsten Imperialisten gefordert, um auch weiterhin „gesprächsbereit“ zu sein. Zum einen müßten die Schuldnerländer weitere Maßnahmen treffen, um vermehrt Direktinvestitionen ausländischen Kapitals bei sich zu ermöglichen bzw. zu begünstigen. Zum anderen forderten die großen Banken von den Regierungen der fünf Länder eine Beteiligung an ihrem Risiko aus der jeweiligen Staatskasse. „Burden Sharing“, Lastenteilung heißt dies anglistisch vornehm in der offiziellen Sprache in Seoul.

Im Kampf gegen die Wenderegierung:

Heraus zur Aktionswoche

Die Aktionswoche des DGB gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Abbau von Arbeiterrechten beginnt. Obwohl es ganz ohne Zweifel Probleme der Mobilisierung gibt — die nicht zuletzt mit den „Kamingsgesprächen“ bei Kanzler Kohl Anfang September zusammenhängen — muß es ein Ziel sein, daß diese Aktionen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen mobilisieren.

Denn es geht darum, der Politik dieser Regierung eine möglichst starke Absage zu erteilen, was heißen muß, daß sich möglichst viele an den Aktionen beteiligen.

Und es geht darum, der Politik dieser Regierung eine möglichst deutliche Absage zu erteilen und den Protest nicht den Kräften der Sozialpartnerschaft zu überlassen.

Das Arbeitsförderungsgesetz, wie es zum 1. Mai — provokativ — in Kraft trat, die Veränderung des § 116: Das sind Maßnahmen, die auch die Rolle der Gewerkschaften in diesem kapitalistischen Staat verändern, zurückdrängen sollen, die — wie auch geplante Maßnahmen zur Ausdehnung der Aussperrung — das Streikrecht weiter und entscheidend unterhöheln.

Dies und die Milliardenkürzungen und Umverteilungen zugunsten der Kapitalisten, der Reichen schlechthin, das sind die entscheidenden Punkte der Politik dieser Regierung, das sind die Punkte, wo der Widerstand, gerade auch in dieser Aktionswoche, gefordert ist.

Schluß mit der Wenderegierung!

„Teure-Heimat“-Ausverkauf

Munition für die Lambsdorff-Gang

Ein Syndikatschef klagt wegen Straßenräuber — so ungefähr die Szene im Bundestag. Ausgerechnet Graf Lambsdorff attackierte die Gewerkschaften wegen des Umgangs mit „Arbeitergroschen“. Nun könnte man ja zu diesen Attacken der Kapitalisten und ihrer Bonner Landschaftspfleger einfach sagen, wo sie Recht haben, haben sie eben recht, die Wahrheit wird keine andere, weil sie ausnahmsweise einem Reaktionär ins Bild paßt. Nur liegt die Sache komplizierter.

Die Munition, die der Lambsdorff-Gang da geliefert wurde, soll verwendet werden. Bauminister Schneider jedenfalls hat es bereits dazu genutzt, erneut die gesamte Frage der Gemeinnützigkeit und des sozialen Wohnungsbaus aufzuwerfen — beides möchte er abschaffen. Sicherlich mit dem Ziel, daß solche Gesellschaften wie die Versicherungen, die durch-



aus zu den größten Haus- und Wohnungseigentümern der BRD gehören, wieder bessere Gewinne machen können. Auch ein Mann wie der Wirtschaftsgraf, früher selbst Topmanager der Victoria-Versicherung, hat da sicherlich Interessen zu vertreten, für die er nicht extra bezahlt zu werden braucht.

Außerdem wird dieser

massenhafte Wohnungsverkauf von der Regierung natürlich dazu benutzt, alle Kritiker ihres unsozialen Kurses für unglaubwürdig darzustellen. Also auch Wahlkampfmunition wird da geliefert. Aber so verlogen wie die „Kritik“ von Vertretern der Regierungsparteien am marktwirtschaftlichen Gehabe der Neuen Heimat sind auch die halbseidenen Distanzierungsversuche seitens der SPD-Führung. Ihre Idee war diese sogenannte Gemeinwirtschaft und nun muß sie auch die Früchte dessen ernten, auch wenn sie schimmelig sind.

Fortsetzung Seite 3

Nach Günter Sares Tod

Hetzkampagne der Reaktion

Demo-Verbot durchbrochen

Nach dem Tod des Teilnehmers der Anti-NPD-Demonstration, Günter Sare, hat die Reaktion im Lande eine ungeheure Hetzkampagne gestartet. Man ist versucht zu fragen, wer eigentlich vor einer Woche getötet hat: die Polizei oder die Demonstranten?

Während die Justiz alle Versuche abblockt, die eine rückhaltlose Aufklärung des Polizeieinsatzes zum Schutz der NPD-Versammlung in Frankfurt am 28.9. ermöglichen könnten, hetzten der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann und andere gegen die sogenannten Chaoten und nahmen die berechtigten und notwendigen Protestdemonstrationen gegen den Frankfurter bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsatz zum Vorwand, um mal wieder ein schärferes Demonstrationsrecht zu fordern.

Wallmann setzte für Frankfurt am vergangenen Wochenende die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht außer Kraft. Aber tausende Demonstranten ließen sich nicht



Frankfurt am vergangenen Wochenende. Der brutale Polizeieinsatz gefährdete wieder Menschenleben — glücklicherweise passierte hier nichts.

einschüchtern und durchbrechen das Verbot.

Mehr zum Thema: auf Seite 6.

Alternative bleibt: Bundeswehr kleiner

Im Kabinett wurde letzte Woche die Gesetzesvorlage für W 18 (und die Verlängerung des Ersatzdienstes auf 2 Jahre) verabschiedet. Nächsten Monat wird sie im Bundestag verabschiedet werden, woran es kaum Zweifel geben dürfte.

Damit wird deutlich, daß die Bundesregierung ungebrochen auf den Kurs der Militarisierung fährt. Es geht dabei nicht nur um die heilige Kuh „Größe der Bundeswehr“ (und um die Bestrafung der Verweigerer), sondern auch um die Ziele der Generalität der Bundeswehr, den 18monatigen Wehrdienst dazu zu nutzen, die Wehrpflichtigen noch stärker und ausföhrlicher zu drillen. Wenn jemand geglaubt haben sollte, ausgerechnet die FDP würde sich der Bestrafung der Verweigerer widersetzen, so sieht sich

derjenige, wie es zu erwarten war, getäuscht.

Einen draufsetzen möchte nun der Asylanterjäger Lummer aus Westberlin, der Wehrpflichtigen, die nach Westberlin ziehen, einen eigenen Ersatzdienst aufdrücken möchte. Ein Mann, der seinem schlechten Ruf „Ehre“, macht.

Die zum Beschluß fertig gemachte Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate soll zum 1. Juli 89 in Kraft treten — noch viel Zeit, um dagegen Widerstand zu leisten.

Demonstration gegen WAA

München, 12. Oktober
Auftrittkundgebungen, 11 Uhr: Haldhausen (Postwiese), Bogenhausen (Rosenkavalliersplatz), West/Nord (Ackermannstraße)
Anschließend: Stemmarsch zum Odeonsplatz
Abschlußkundgebung: Odeonsplatz, 14 Uhr
Es sprechen Vertreter der Bewegung gegen WAA aus dem In- und Ausland
Es rufen über 100 Organisationen auf

Bericht über das Plenum des Zentralkomitees am 5. und 6. Oktober

Als ersten Punkt der Tagesordnung diskutierte das Zentralkomitee den Verlauf der Landesmitgliederversammlungen, die die Vereinigungsverhandlungen mit der GIM zum Thema hatten und zu denen Vertreter der GIM eingeladen waren.

Die Fraktion um das sogenannte Koordinationskomitee hatte angekündigt, diese Versammlungen zum Bruch mit der Partei zu nutzen. Auf diesen Versammlungen verließen zwischen 30 und 40 Genossinnen und Genossen demonstrativ die Partei. Insgesamt dürften ca. 50 Genossinnen und Genossen im Zusammenhang mit dieser Fraktionierung ausgetreten sein.

An diesen Mitgliederversammlungen nahmen nur ca. 40 Prozent der Parteimitglieder teil. Für diese relativ geringe Beteiligung gibt es sicher verschiedene Gründe. Die Diskussion auf diesen Mitgliederversammlungen wurde von den anwesenden Genossinnen und Genossen überwiegend als nützlich beurteilt. Auf allen Mitgliederversammlungen aber kam die Unzufriedenheit der Genossinnen und Genossen damit zum Ausdruck, daß sie sich über die Vereinigungsverhandlungen unzureichend informiert fühlen und sich nicht ausreichend in der Lage sehen, die grundlegende Änderung in der Haltung zum Trotzismus — einst internationale konterrevolutionäre Strömung, jetzt Strömung des revolutionären Sozialismus — zu beurteilen. Zu diesem Problemkreis wurde beschlossen:

- Es wird darauf hingewiesen, daß alle bisher erschienenen Mitteilungen des Zentralkomitees zu den Vereinigungsverhandlungen von Mitgliedern unserer Partei gesammelt bei der Zentrale angefordert werden können, weil sich gezeigt hat, daß diese Mitteilungen nicht alle Parteimitglieder erreicht haben.

- Der „Kommunist“ wird künftig direkt an die Ortsgruppen, also nicht mehr über die Landesbezirksleitungen, verschickt, um zu erreichen, daß er alle Parteimitglieder schneller erreicht.

- Im „Roten Morgen“ erscheint ein Artikel, der sich selbstkritisch mit unserer früheren Haltung zum Trotzismus auseinandersetzt und die heutige Auffassung des Zentralkomitees begründet.

- Nach dem Sonderparteitag wird eine Dokumentation zu Auffassungen der GIM und der IV. Internationale auf verschiedenen Politikfeldern erstellt.

Das Zentralkomitee diskutierte dann abschließend weitere Anträge an den Sonderparteitag:

- einen Resolutionsentwurf zur Frage der Vereinigung mit der GIM. Dieser Resolutionsentwurf ist in dieser Nummer des „Roten Morgen“ abgedruckt.

- Einen Resolutionsentwurf zum Selbstverständnis der Partei. Der Resolutionsentwurf ist in dieser Nummer des „Roten Morgen“ abgedruckt.

- Anträge zur Änderung bzw. Ergänzung des vorliegenden Statutentwurfs. Sie sind ebenfalls in dieser Nummer des RM abgedruckt.

- Abgelehnt wurden zwei Änderungsanträge zum Programm, die eine inhaltliche Änderung der Beurteilung der internationalen Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Pakts zum Ziel hatten. Die abgelehnten Anträge sind als Einzelanträge P.S. in dieser Nummer abgedruckt.

Schließlich beriet das Zentralkomitee noch einige andere Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Sonderparteitags. Beschlossen wurde, daß Vertreter einiger revolutionärer Organisationen als Gäste eingeladen werden.

Letzter Tagesordnungspunkt war die nächste Vollversammlung der Leitungsgremien der an der „gemeinsamen Beilage“ beteiligten Organisationen. Das Zentralkomitee unserer Partei hält es für notwendig, die in den letzten Nummern der Beilage dargelegten Positionen verschiedener Organisationen zur Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten zu diskutieren und über Konsequenzen, die sich daraus für die Zukunft des Beilagenkreises ergeben, zu beraten.

Jubel bei den Rüstungskonzernen

Größtes Waffengeschäft der BRD-Geschichte

Die Aktien stiegen und stiegen — die der Rüstungskonzerne. Rheinmetall, Thyssen und auch Krupp haben das größte Waffengeschäft der Geschichte der BRD „an Land gezogen“. Geschätzt wird ein Umfang von ungefähr 12 Milliarden Mark. Bezieher: Saudi-Arabien.

Schon lange war ein solches Geschäft immer wieder in die öffentliche Debatte gekommen. Immer wieder waren Abgesandte Riads hier und sowohl Rüstungsmanager als auch ihre Bonner Vertreter in Riad. In heftiger Konkurrenz zu Thatcher und Mitterand reisten auch Kohl und Möllemann und Genscher. Neben gutem Verdienst für die Konzerne wirken auch besondere politische Beziehungen zu einem der wichtigsten Staaten des Nahen Ostens, noch fest in der Hand der reaktionären Saud-Dynastie.

Die Bedenken kamen vor allem wegen der Beziehungen zu Israel und wegen noch bestehender gesetzlicher Beschränkungen des Waffenhandels. Noch zur Regierungszeit Helmut Schmidts hatte die spezielle Auseinandersetzung um eben dieses Geschäft mit Saudi-Arabien begonnen und hatte auch zum ersten entscheidenden Eingriff in gesetzliche Beschränkungen bundesdeutschen Waffenhandels geführt. Erst in der vorletzten Woche war dann der

„Damm“ endgültig gebrochen, als über den Umweg Englands das Tornado-Geschäft mit Saudi-Arabien perfekt gemacht wurde — jetzt soll offensichtlich schnell nachgezogen werden.



Saudi-Arabien plant eines der größten Rüstungsprogramme außerhalb von NATO und Warschauer Pakt. Dies entspricht den Absichten der Saudis, sich nach dem Sturz des Schahs im Iran dem Imperialismus als neue regionale Vormacht anzubieten — ein Bestreben, das bereits seit Beginn der 80er Jahre in die Tat umgesetzt wurde mit den verschiedenen Schritten, die zur Bil-

dung einer gemeinsamen Armee der verschiedenen Staaten der arabischen Halbinsel führen sollen.

Vor allem drei Sorten Angriffswaffen stehen dabei im Zentrum der saudischen Bemühungen: US-Raketen, Panzer verschiedenster Herkunft und Kampfflugzeuge.

Bei den beiden letzteren Posten ist die bundesdeutsche Rüstungsindustrie dick

im Geschäft. Tornado und Leo II heißen hierzu die Stichworte. Die begehrte Kanone des letzteren wird auf französische Panzer aufmontiert.

Das jetzt veröffentlichte Projekt ist die Basis dieses gigantischen Einkaufszuges: Zentral steht eine Munitionsfabrik. Daneben alle Arten von Kanonen und nun auch noch Kriegsschiffe. Thyssen-Industrie soll die

Federführung für den Bau der diversen Anlagen erhalten, die Rheinmetall für die verschiedenen Kriegsprodukte.

Die BRD, bisher erst an fünfter Stelle der Tabelle weltweiter Waffenlieferanten (nach offiziellen Statistiken gar erst an sechster Stelle, wobei da aber mehrere konkrete Verträge, wie etwa die Militärhilfe an die Generale in Ankara vornehmlich mitgezählt werden) kann mit Geschäften in solchem Umfang allmählich an die Konkurrenz aus Frankreich und Großbritannien (die sie dabei direkt ausgebootet hat) heranreichen.

Ohne Zweifel soll dies ein Geschäft mit Signalwirkung auf andere mögliche Kunden sein, die Debattezeit soll als überwunden dargestellt werden, jetzt wird kassiert. Der neue Wohlstand, von dem die Regierung spricht, wird erneut wahr — für die Rüstungsgewinnler.

Neben den großen Konzernen sind an der Produktion der Mordgeräte, die da verkauft werden sollen, zahlreiche Zulieferanten beteiligt, so daß die Zahl der Betriebe, die von dem Deal betroffen sind, auf insgesamt über 1000 ansteigen wird.

21. Bundestagung der CDA-Sozialausschüsse

Hilfstruppen der Regierung

Manches war in letzter Zeit über kritische Äußerungen aus den Reihen der CDU-Sozialausschüsse (Christlich-Demokratische Arbeitnehmer) berichtet worden. Vor allem nach diversen Wahlrückschlägen der CDU (am lautesten im Saarland) waren Änderungen in der Regierungspolitik gefordert worden. Am Wochenende, beim 21. Bundeskongreß dieser Unterorganisation der CDU wurde deutlich, daß es sich im Ernstfall stets um eine willige Hilfstruppe dieser Regierung handelt.

Nicht die Debatte um verschiedene Anträge zeigte dies, sondern die Rolle, die Kohl und Blum auf diesem Kongreß spielten. Die beiden Regierungsmitglieder schworen die Sozialausschüsse voll auf den Kurs der Partei ein und wurden dafür maßlos bejubelt. Kritische Töne gingen unter.

Hauptgegenstand der Beiträge Kohls und Blums waren die kommenden Aktionstage des DGB — die beiden führenden DGB-Mitglieder der CDA, Fehrenbach und Blättel waren demgemäß nahezu bereits „Unpersonen“ auf auf diesem Kongreß.

Kohl lobte sich und seine Regierung und versprach künftig mit allen Seiten gesprächsbereit zu sein. Kein Wort der Kritik mehr an den Taten dieser Regierung war zu hören. Die „Arbeitnehmer“ der CDU, das zeigte dieser Kongreß wohl deutlicher als je zuvor, die sind vor allem aus dem Bereich der Christlichen Gewerkschaften, der DAG, des Beamtenbundes und der katholischen Verbände — so gut wie gar nicht vom DGB. (Zwar sind 2/3 der mit 32000 Mitgliedern kleinsten AG der CDU im DGB, aber sie waren deutlich unterrepräsentiert.) Es war eine einzige Demonstration des Schulterschlusses

fitieren, für Kapitalisten und Selbständige beispielsweise.

Darüber hinaus sekundierte er Kohls erneuerte Lügenmärchen über die unwilligen und nichtexistenten Arbeitslosen — auch hier ohne Widerstand von diesem angeblichen Arbeitnehmerkongreß zu ernten. Die ganze Funktion dieses Kongresses erwies sich als bloßer Wahlkampfauftritt zur Demonstration einer die Regierungspolitik behandelnden Strömung in der Arbeiterbewegung — die es sicherlich gibt, die aber weit diffuser ist als

Vor Rodungsbeginn in Wackersdorf „Die Zeichen stehen auf Sturm“

Mit diesen Worten charakterisierte Zukunftsforscher Robert Jungk die Situation um Wackersdorf. Bei einer Reihe von Aktionen, die am vergangenen Wochenende organisiert worden waren, wurde die breite Basis des Protestes gegen die geplante WAA deutlich — der Rodungsbeginn wird allgemein für das letzte Oktoberdrittel erwartet.

Eine symbolische Platzbesetzung, eine Mahnwache, die bis zum Beginn der Rodung im Waldgebiet dauern soll — das waren die bekanntesten Aktionen am letzten Wochenende.

Dabei betonte Robert Jungk in seiner Ansprache, daß in einer Zeit, da die Staaten selbst immer mehr Gewalt anwenden würden, auch der Protest nicht dauerhaft gewaltfrei sein könnte.

Jungk spricht auch auf dem internationalen Hearing, das die Grünen diese Woche organisierten. In seinem Beitrag beschäftigt er sich mit dem Zusammenhang zwischen der WAA und dem

„Griff nach der Bombe“.

Aber auch die bayerische Regierung ließ deutlich werden, daß sie ihrerseits die Zeichen auf Sturm stellen will — mit einem Großaufgebot an — einstweilen noch beobachtender — Polizei.

Währenddessen geht die Mobilisierung für die am kommenden Samstag geplante Demonstration (siehe auch Demonstrationskisten auf Seite 1 dieser Ausgabe) weiter. Zur ersten größeren Demonstration gegen die AKW-Politik nach längerer Zeit haben sich zahlreiche Gruppierungen aus der ganzen Breite des Widerstands angesagt.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abgebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage“ zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

„Teure-Heimat“-Ausverkauf Munition für die Lambsdorff-Gang

Fortsetzung von Seite 1

Und so ist es der SPD, so wenig wie dem DGB-Bundesvorstand auch nicht gelungen,

weiligen SPD. NH-Aufsichtsratschef Ernst Breit kann sich da einfach nicht von seinem Topmanager Hoffmann distanzieren. Zu viel Geld aus den

Klotz am Bein des DGB geworden, der die Bewegung hemmt, dafür verschiedenen verfilzten Funktionären einen wirtschaftlichen Aufstieg ermöglichen. Jetzt, in

dratmeterpreisen, steht erst recht zu erwarten, daß immer mehr Wohnungen verkauft werden — der „Spiegel“ spekuliert mit einer Zahl von insgesamt 150000. Ein Drittel davon waren bereits in den beiden letzten Jahren verkauft worden — die Gesamtzahl würde rund die Hälfte aller Neue-Heimat-Wohnungen bedeuten.

In Bremen beispielsweise geht das Gerücht, noch mal so viele Wohnungen wie jetzt stünden künftig zum Verkauf — was dann zusammen fast die Hälfte der 34000 Bremer NH-Wohnungen bedeutet (und diese Zahl ist ebenso hoch wie die in Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zusammen und fast so hoch wie die Zahl von NH-Wohnungen in ganz Nordrhein-Westfalen). Dabei strebt die Neue Heimat ganz eindeutig den Verkauf der besseren Wohnungen an, während die abgerissenen Massenquartiere als unverkäuflich gelten.

Das der Verkauf dabei in typischer Spekulantmanier an die wohl extra hierfür gegründete gewerkschaftseigene BGI erfolgt, der Verkauf an die Stadt Bremen abgelehnt wurde, der an die Stadt München nur in Verbindung mit einer Entschädigungszahlung an die BGI zustandekam, macht die ganze Sachlage nicht besser. Die Forderung verschiedener Mieterinitiativen vor allem in Bremen und München, die Wohnungen an die Städte zu verkaufen (wogegen in München Lambsdorffs FDP stimmte) ist breit aufgenommen worden. Was in der Tat auch aktuell als die einzige Lösung im Sinne der Mieter betrachtet werden kann.

Zudem war die Forderung nach kommunalen Wohnungen seit langer Zeit die Alternative zu einem sozialen Wohnungsbau über die sogenannte Gemeinnützigkeit, mit der in der Tat viel Schwindel betrieben wurde. Wohin die in der BRD übliche Art des sozialen Wohnungsbaus führte, (die nur als kleineres Übel zum sogenannten freien Wohnungsmarkt betrachtet werden kann, nicht aber als wirkliche Errungenschaft) zeigte sich in der Bilanz der Neuen Heimat sowohl daran, daß verschiedenste Wohnungen nicht mehr zu vermieten waren, weil für ihre Qualität zu teuer (Schätzungen sprechen von 8300 leerstehenden NH-Wohnungen) als auch an der wachsenden Zahl der registrierten Mietrückstände auch bei der Neuen Heimat.

So wie Unternehmen wie Coop als Gegenargument gegen die 35-Stunden-Woche eine Rolle spielten, so soll nun nach den Absichten der Reaktion der Massenverkauf von Wohnungen durch die Neue Heimat eine wichtige Rolle spielen in ihrer Verteidigung gegen Kritik an der Politik der Ausplünderung und des Sozialabbaus.

Da bliebe nur, daß Leute wie Friedhelm Farthmann zeigen würden, daß sie ihre Worte ernst meinen.

BUF-Kongreß in Münster

Am 28./29. 9. tagte in Münster ein Kongreß der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen. Im Rahmen des Kongresses wurde die KPD in den politischen Trägerkreis der BUF aufgenommen.

Schwerpunkte des Kongresses waren:

- Vorbereitung eines Anti-NATO-Kongresses;
- Bundeswehrfeierlichkeiten im November;
- Kampagne gegen konventionelle Aufrüstung (Bundeswehrplan, FOFA);
- Stellungnahme der BUF zu SDI
- Wie weiter mit der Friedensbewegung (Friedensjahr 86)?

BUF wird schwerpunktmäßig in Bonn, Hamburg und Stuttgart den 30. Jahrestag der Bundeswehr mitfeiern. In Bonn wird für den 12. 11. eine Aktion an der Ermelkaserne vorbereitet, wo von Weizsäcker und der NATO-Generalsekretär Lord Carrington eine Truppenparade abnehmen werden. Von von Weizsäcker darf eine feierliche Rede über die Bundeswehr als Stand- und Spielbein der Demokratie erwartet werden. Die Bonner Antimilitaristen sind deshalb schon jetzt in Feststimmung.

Für 1986 beschloß BUF eine Kampagne gegen die konventionelle Aufrüstung. Ein wichtiges Feld, das 1. in der Friedensbewegung sowieso meist „übersehen“ wird 2. von der SPD-Führung gerne als Alternative zur Atomrüstung ins Spiel gebracht wird und 3. das sehr viele Verbindungslinien zum Komplex „Rüstung und Sozialabbau“ und damit zum betrieblichen Kampf hat. Ein Seminar im Januar soll die

Kampagne vorbereiten.

Zu SDI beschloß BUF: Keine Beteiligung an der (von der DKP initiierten) Unterschriftensammlung unter den „Naturwissenschaftlerappell Wir warnen vor SDI“ Gründe: 1. Der Aufruf engt die Friedensbewegung auf SDI ein und kippt so nebenbei alle friedenspolitischen Aussagen über Bord, die im Juni in Köln auf der Strategiekonferenz der Friedensbewegung beschlossen wurden. 2. Der Aufruf nimmt nur einen Aspekt von SDI („Star wars“) wahr und läßt alle Anwendungsmöglichkeiten von SDI z. B. für die (durchaus auch konventionelle) Gefechtsfeldführung und -überwachung außer Betracht. 3. Er will die Friedensbewegung dazu vergattern, Reagan mit Millionen Unterschriften zu bitten, endlich doch einmal die Rüstungskontrollvereinbarungen einzuhalten. (In einem der nächsten RMs werden wir die Stellungnahme der BUF zu SDI dokumentieren und kommentieren).

Für das Friedensjahr 86 beschloß BUF, sich in der Gesamtfriedensbewegung für eine Großaktion anlässlich der Stationierung der Cruise Missiles im Herbst 86 im Hunsrück stark zu machen. Dies soll ein Signal der Friedensbewegung für die Bundestagswahlen 86 setzen und die Vereinnahmung der Bewegung durch SPD und z.T. auch die Grünen im Bundestagswahlkampf 87 behindern.

Bündnis für einen Anti-NATO-Kongreß gebildet

Am 6. 10. wurde in Frankfurt auf Initiative der Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BUF) ein Bündnis für einen Anti-NATO-Kongreß im Frühjahr 86 gebildet. Dem bisherigen Bündnis gehören an: BBU, Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, KJD, GAL-Hamburg, Initiative „Kein Frieden mit der NATO“, KB, Komitee Anti-OTAN (Spanien), Friedensliste, GIM, BUF-Trägerkreis (KPD seit Ende September Trägerkreismitglied).

Auf folgende inhaltliche Punkte einigten sich die Organisationen:

- Die NATO ist von Anfang an ein aggressives Militärbündnis. Die gegenwärtig verstärkenden wahrzunehmenden Bemühungen des Bündnisses, Optionen zur offensiven Kriegsführung zu erlangen, stellen keinen „Betriebsunfall“ dar.
- Die BRD beteiligt sich an den NATO-Kriegsvorbereitungen aufgrund ihrer eigenen politischen Interessen, die sie militärisch nur im Bündnis mit anderen kapitalistischen Staaten durchsetzen kann.
- Unser Friedensengagement kann sich weder von einer Reformierung noch von einer Europäisierung der NATO leiten lassen, vielmehr gilt: Kein Frieden mit der NATO!

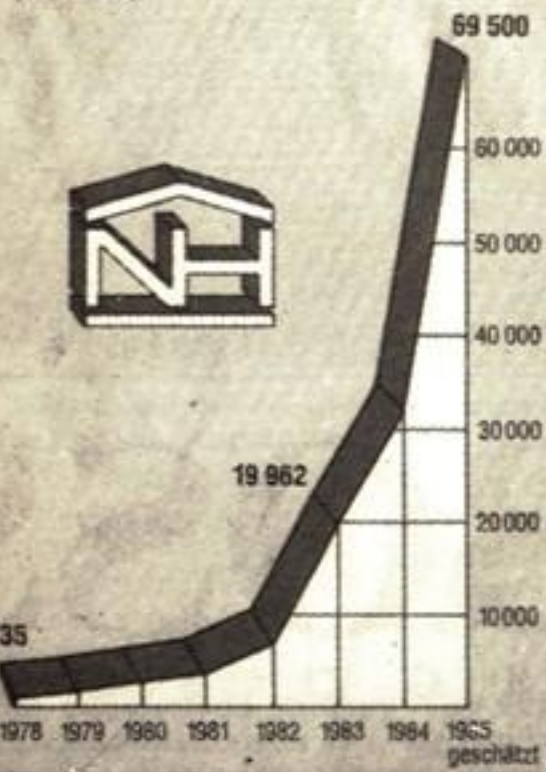
Thematisch soll der Kongreß v.a. dazu dienen, das bisherige Tabuthema NATO endlich einmal ausführlich zu behandeln und dabei die Rolle der BRD in den Mittelpunkt zu stellen. Über diesen Punkt gab es eine längere Kontroverse mit den Vertretern von Friedensliste und

DKP. Sie wollten anstatt der Rolle der BRD in der NATO die NATO-Globalstrategie als (mehr oder weniger aufgezwungene) US-Strategie schwerpunktmäßig behandeln wissen. Dies kann mensch aber nicht unabhängig davon sehen, daß die DKP zur Zeit dabei ist, eine neue „Koalition der Vernunft“ (gegen SDI), die bis weit in die Reihen der Bourgeoisie reichen soll (SPD sowieso, FDP, Teile der CDU, Beitz von Krupp, Weißweiler von Mannesmann) zusammenzubasteln. Von dieser Art Koalition hatten aber alle anderen Organisationen die Nase voll und der Schwerpunkt des Kongresses wird also auf der Rolle der BRD in der NATO liegen. Um so wichtiger, als bislang der Part der BRD-Imperialisten bei den Kriegsvorbereitungen immer unterbelichtet wurde.

Auf dem Kongreß soll es Arbeitsgruppen, eine Podiumsdiskussion (auch mit NATO-Reformstrategen) und auch Berichte von anderen europäischen Anti-NATO-Bewegungen (Spanien, Griechenland) geben.

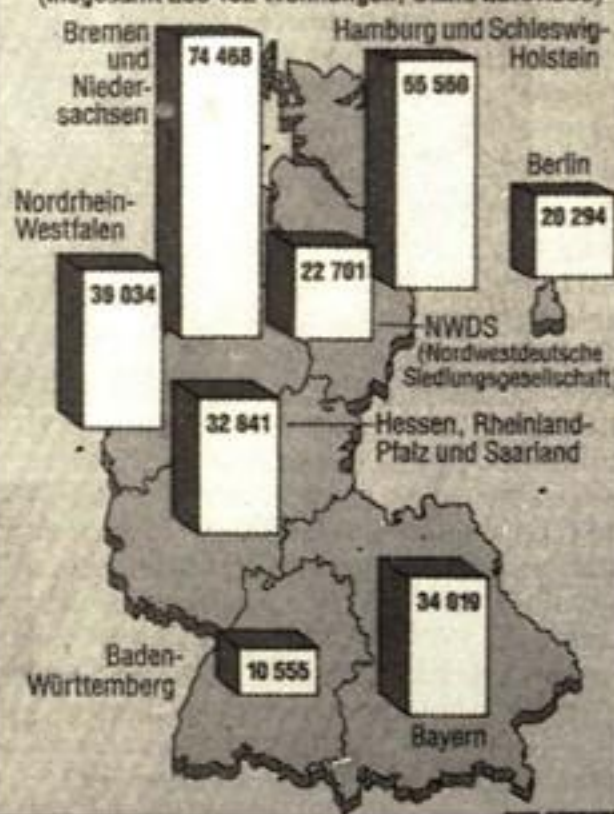
Notverkäufe...

Selt 1978 von der Neuen Heimat in der Bundesrepublik verkaufte Wohnungen (kumuliert)



...solange der Vorrat reicht

Wohnungsbestand der Neuen Heimat (Insgesamt 289.462 Wohnungen, Stand 22.8.1985)



gen, den Zusammenhang Neue-Heimat-DGB-SPD aus der öffentlichen Debatte wegzureden, zumal die Hauptverkäufe, nämlich

Gewerkschaftskassen wurde da nach dem „Fall Viator“ in die Kassen der Neuen Heimat gepumpt, oft genug gegen ausdrücklichen Protest von

der Not, äußert sich sogar NRW-Landtags-Fraktionschef Friedhelm Farthmann schon gegen die gemeinwirtschaftlichen Betriebe — frü-



rund die Hälfte der aktuell an die gewerkschaftseigene BGI verkauften 22000 Wohnungen in sozialdemokratisch regierten Städten wie Bremen und München liegen.

Breiter Protest bei den Mietern — am meisten in Bremen, wo es sich alleine um rund 8000 Wohnungen handelt. Allesamt, versteht sich, Arbeitergebiete, mit eindeutiger sozialer und auch politischer Zusammensetzung. Dementsprechend auch Aufregung bei der je-

Mitgliedern und Funktionären der Einzelgewerkschaften. Rund 1,3 Milliarden Mark betrug diese Summe in den letzten Jahren — für Betriebe, die einst mit der fadenscheinigen Argumentation hochgezogen wurden, sie dienten dazu, die Gewerkschaften finanziell unabhängig zu machen.

Sie haben der Gewerkschaftsbewegung sowenig genutzt wie Coop und all die anderen, sondern sind längst zu einem kapitalistischen

her schlug die geschlossene SPD-Führung auf Protest aus den Reihen der eigenen Partei oder auch der Gewerkschaften ein.

In der Not — diese Worte sind keineswegs übertrieben. Denn es zeichnet sich deutlich ab, daß diese Massenverkäufe jetzt erst die Spitze des Eisbergs waren. Und da sie bisher regelrecht verschleudert wurden — im Vergleich zu den ursprünglich von den Mietern bzw. den jeweiligen Städten geforderten Qua-



Krupp-Stahl

Proteste gegen Arbeitsplatzvernichtung

Nicht 2000 Arbeitsplätze, wie im letzten „Roten Morgen“ aufgrund der Darstellung in der Tagespresse gemeldet, sondern sogar 3500 Arbeitsplätze will der Krupp-Vorstand im Stahlbereich im Rahmen seines „Strukturkonzepts 1985/87“ vernichten. Das geht aus einer Information des Gesamtbetriebsrats der Krupp-Stahl AG hervor.

Die Zahl der bei Krupp-Stahl Beschäftigten soll demnach von derzeit 20784 auf 17260 gesenkt werden. Für die einzelnen Standorte bedeutet das Belegschaftsabbau in folgender Größenordnung: Rheinhausen 1120, Bochum 664, Werkgruppe Siegen 1497, Werkgruppe Düsseldorf 115. Dazu kommt noch die Standortvernichtung der Wuppermann GmbH mit ca. 1000 Beschäftigten.

Ein Ende der Arbeitsplatzvernichtung bei Krupp-Stahl sollen nach dem Willen des Vorstands diese Zahlen noch nicht markieren. Für weitere sechs Bereiche sind Rationalisierungskonzepte in Vorbereitung. Als Beraterfirma ist McKinsey im Gespräch. Kein Wunder, daß der Betriebsrat zu folgender Einschätzung kommt: „Aufgrund dieser Maßnahmen muß auch für diese Bereiche mit weiteren immensen Arbeitsplatzvernichtungen gerechnet werden.“

Zum Schluß des Informationsschreibens kündigt der Gesamtbetriebsrat Widerstand gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung an: „Die Belegschaften und ihre Interessenvertreter werden die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze nicht tatenlos hin-

nehmen.

Die Solidarität aller Beschäftigten ist jetzt erforderlich, um diese Vorhaben zu verhindern.“

Auf dem Geisweider Krupp-Gelände (Standorte Siegen) haben fast 3000 Stahlwerker im Rahmen einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung unter freiem Himmel gegen die Rationalisierungspläne des Vorstandes protestiert.

Krupp-Vorstandsmitglied Dr. Graf behauptete, die Maßnahmen seien zur Kostensenkung notwendig, um den Marktanteil — zehn Prozent der westdeutschen Stahlerzeugung — zu halten, „damit nicht alle Arbeitsplätze verloren gehen“. Er wurde mit einem gellenden Pfeifkonzert empfangen.

Auf einer Belegschaftsversammlung im Krupp-Werk Letmathe sprach der Betriebsratsvorsitzende Klaus Peter Neumayer die Befürchtung aus, daß alle 400 Arbeitsplätze in Letmathe im Zuge der Konzentration auf Bochum plattgemacht werden könnten.

In dieser Woche sollen in verschiedenen Werken der Krupp-Stahl AG weitere außerordentliche Belegschaftsversammlungen stattfinden.

Die Protesterklärungen von Betriebsrats- und Gewerkschaftsseite hinterlassen zum Teil aber auch einen gelinde gesagt zwiespältigen Eindruck. So erklärte der BR-Vorsitzende Manfred Bruckschen auf einer Belegschaftsversammlung in Rheinhausen: „Wir wollen uns nichts vormachen: die personellen Einsparungen werden keinen Bereich aussparen.“



Im Hinblick auf Rheinhausen erklärt der Gesamtbetriebsrat: „Aus unserer Sicht ist ein Abbau von 1120 Arbeitsplätzen völlig unrealisierbar und deshalb unverständlich. Wir werden über jede Stelle verhandeln.“

Der Duisburger IGM-Bevollmächtigte Bulitz: „Wir wissen ja, daß Rationalisie-

rungsmaßnahmen in der Stahlindustrie nötig sind — wenn uns die Ankündigung in einer Zeit, wo es dieser Branche gut geht, auch sehr überrascht. Was wir aber weiterhin vermissen, ist eine aktive Strukturpolitik der Regierung. Wo Arbeitsplätze in diesem Umfang verloren gehen, müssen mit öffentlicher Hilfe neue geschaffen werden.“

Derartige Stellungnahmen klingen durchaus nach konsequentem Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze, vielmehr ist in ihnen in gewisser Weise schon die Auffassung angelegt, daß Belegschaftsabbau grundsätzlich wohl unvermeidlich ist.

Der Siegener Betriebsrat hat immerhin angekündigt,

daß mit Beginn dieser Wochen keinen Überstunden mehr zugestimmt werden soll. Eine Entscheidung, zu der sich auch der Rheinhausener Betriebsrat durchringen sollte. Dort werden nämlich bei einer Belegschaftsstärke von 6500 monatlich 20000 Überstunden gefahren.

Mannesmann/Duisburg

100 sollen nicht übernommen werden

Mannesmann will 100 befristete Beschäftigte nicht übernehmen. Das jedenfalls hat die Werksleitung der Hütte auf der letzten Betriebsversammlung angedeutet. Begründung: Das Werk habe bereits 61 Leiharbeiter übernehmen müssen.

Mit dieser Begründung will die Werksleitung in der Belegschaft offensichtlich Stimmung gegen den Betriebsrat, insbesondere gegen die Betriebsräte der Gruppe konsequente Gewerkschafter, machen. Vor allem aufgrund des Einsatzes der konsequenten Gewerkschafter wurde nämlich aufgedeckt, daß Mannesmann mit Subunternehmern sogenannte Scheinwerkverträge abgeschlossen hatte. In Arbeitsgerichtsprozessen konnte nicht nur die Feststellung erreicht werden, daß es sich um illegale „Arbeitnehmerüberlassung“ gehandelt hat, es konnte auch durchgesetzt werden, daß die Kolleginnen und Kollegen, die bei Mannesmann aufgrund solcher Scheinwerkverträge arbeiteten, in ein normales Beschäftigungsverhältnis übernommen werden mußten.

Jetzt also verweist Mannesmann auf die damals übernommenen Kollegen, um die Nichtübernahme der 100 Kolleginnen und Kollegen, deren befristete Arbeitsverträge jetzt auslaufen, zu begründen. Von diesen 100 sind 52 ehemalige Mannesmann-Lehrlinge.

Hätten die Betriebsräte

nichts gegen die illegale Leiharbeit unternommen, würden diese 100 Kolleginnen und Kollegen jetzt übernommen. So soll die „Begründung“ der Werksleitung offensichtlich in der Belegschaft ankommen.

In Wirklichkeit geht selbst die Werksleitung von einem Fehlbedarf von 130 Hüttenarbeitern für 1985 aus. Der Betriebsrat hält eine Aufstockung der Belegschaft um mindestens 200 für notwendig. Noch im August dieses Jahres hieß es im Informationsdienst für Mannesmann-Führungskräfte, daß ein großer Teil der befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete umgewandelt werden könnte.

Betriebsratsmitglied

Klaus Richter meint: „Wenn die betroffenen Kollegen nicht übernommen werden, müssen andere Zusatzschichten leisten. Doch schon jetzt fehlen in kleineren Abteilungen zwischen zwei und 15 Mitarbeitern.“

Diese Tatsachen zeigen, daß es nicht um Arbeitsmangel geht, sondern um ein Manöver der Werksleitung gegen den Betriebsrat, insbesondere gegen die Betriebsräte der „konsequenten Gewerkschafter“.

Ein Gesetzgebungsorgan fühlte sich gestört:

„Beschäftigungsförderungsgesetz = Entlassungsförderungsgesetz“

Eine Gruppe von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern entfaltete am 19. April auf der Zuschauertribüne des Bundestags ein Transparent.

„Beschäftigungsförderungsgesetz — Entlassungsförderungsgesetz“ war darauf — nur kurz — zu lesen. Die „Hausinspektion des Deutschen Bundestages“ griff sofort ein. Im stenographischen Bericht über die 133. Sitzung des Bundestags wurde der „Vorfall“ wie folgt geschildert:

„Präsident Dr. Janniger: ... Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.“

(Auf der Zuschauertribüne wird ein Transparent gezeigt)

— Ich bitte, die Störung auf der Tribüne abzustellen.“

Dieser kurze Protest gegen das arbeiterfeindliche Gesetz hat nun Folgen. Gegen vier Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wird ermittelt. Ein erster Strafbefehl ist vom Amtsgericht Bonn ergangen, darin wird die kleine Protestaktion sehr ernstgenommen — zumindest liest sich die Beschuldi-

gung wie die Beschreibung einer hochverräterischen Aktion. Es heißt in dem Strafbefehl: „Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, am 19. 4. 1985 in Bonn gegen die Anordnung verstoßen zu haben, die ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder sein Präsident über die Sicherheit und Ordnung im Gebäude des Gesetzgebungsorgans allgemein erlassen hat und dadurch die Tätigkeit des Gesetzgebungsorgans gestört zu haben.“

Um dieses „Vergehen nach §§ 106 StGB i. V. m. § 7 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages i. d. F. der Bekanntmachung vom 17. 3. 1982 und § 5 der Hausordnung des Deutschen Bundestages vom 11. 7. 1975“ zu beweisen, führt die Staatsanwaltschaft Bonn als „Beweismittel“ 2 Obermeister, 2 Hauptwachmeister und einen Hauptmeister des Polizeivollzugsdienstes des Bundestags, sowie „1 Transparent, asserviert unter LU 790/85“ an.

Die Quittung: eine Geldstrafe von 20 Tagessätzen à 20 Mark in diesem ersten Falle der Verurteilung wegen des Protests gegen das Entlassungsförderungsgesetz.

Meldungen

Hessen für Janßen

Die Tarifkommission des IGM-Bezirks Hessen hat sich dafür ausgesprochen, Lohn- und Arbeitszeittarif so bald wie möglich zu kündigen, einen Lohnstarif mit einer Laufzeit von 6 Monaten anzustreben und bereits im Herbst, den Kampf für die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit aufzunehmen. Das entspricht dem Vorschlag des IGM-Vorstandsmitglieds Hans Janßen.

Die baden-württembergische Tarifkommission hat sich dagegen in einer Resolution mit 156 gegen 10 Stimmen für den Eisenmann-Vorschlag ausgesprochen: reine Lohnrunde 86, im Frühjahr 87 Wiederaufnahme des Kampfes für die 35-Stunden-Woche und neue Lohnrunde.

Weihnachtsgeldabbau

Die Kaufhof AG will Weihnachtsgeld und Jahresabschlußvergütungen kürzen. Wie ein Sprecher des Konzerns erklärte, wurden die bisherigen Gesamtbetriebsvereinbarungen gekündigt. Künftig sollen nach den Vorstandsplänen nur noch 70 Prozent der Zahlungen wie bisher festgelegt werden. 30 Prozent sollen künftig am

Unternehmensertrag orientiert sein. Offensichtlich bereiten zur Zeit alle großen Kaufhauskonzerne — wir berichteten in der letzten Ausgabe über Hertie — zur Zeit den Abbau sogenannter freiwilliger Sozialleistungen vor.

Tarifabschluß Öl/Gas

Die rund 12000 Beschäftigten der Erdöl- und Gasgewinnungsindustrie erhalten rückwirkend vom 1. Oktober an 3,8 Prozent mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung. Einen entsprechenden Tarifvertrag hat die IG Bergbau und Energie abgeschlossen. Die Vergütung im ersten Ausbildungsjahr wird zusätzlich um 50 Mark erhöht. Außerdem wurden Erhöhungen beim Urlaubsgeld, bei Leistungs- und Erfahrungszulagen vereinbart. Der Vertrag läuft über 12 Monate.

Schlappe für Carl

Der Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden wurde eröffnet. Er wird sich zentral mit Satzungsfragen beschäftigen müssen. Dafür hat ein Spruch des Bundesgerichtshofs vom 3. Oktober gesorgt. Der BGH ließ die Revision des Bundesvorstandes der IGBSE gegen eine Entscheidung des Frankfurter Oberlandesgerichts nicht zu. Das

Frankfurter Oberlandesgericht hatte geurteilt, daß sämtliche Beschlüsse des vorigen Gewerkschaftstages unrechtmäßig zustande gekommen sind und deshalb nichtig sind. Unter diese Nichtigkeitserklärung fallen auch die Vorstandswahlen von 1982, ausgenommen die Wahl des IGBSE-Vorsitzenden Konrad Carl und seines Stellvertreters Bruno Köbele. Nichtig sind damit auch alle Satzungsänderungen, die der letzten Gewerkschaftstag auf Verlangen der IGBSE-Spitze beschlossen hatte.

Diese juristische Schlappe verdankt Carl seinen undemokratischen Machenschaften, mit denen er eine oppositionelle Gruppe des Stuttgarter IG Bau-Bezirks ausschalten wollte. Der da-

malige Stuttgarter Geschäftsführer Schramm wurde dadurch um einen Sitz im Gewerkschaftsvorstand gebracht, daß die Zahl der Vorstandsämter plötzlich von 9 auf 7 verringert wurde.

Der politische Inhalt der Auseinandersetzung zwischen dem Bundesvorstand und dem Stuttgarter Bezirk — Anfang 1983 wurde der gesamte Stuttgarter Bezirksvorstand vom Bundesvorstand „amtsenthoben“ — ist nicht sehr deutlich geworden. Deutlich wurde allerdings, daß die politischen Methoden, die Konrad Carl in den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen anwendet, seine reaktionären gewerkschaftspolitischen Auffassungen durchaus entsprechen.

Schluß mit der Politik für wenige



Broschüre zu den Herbstaktivitäten des DGB. Preis 2,— DM Bestellungen an: Verlag Roter Morgen

4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103,

Novelle zum AFG

Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise den Text zur 7. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes wie er in der Pressemitteilung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung am 2. Oktober veröffentlicht wurde. Wir dokumentieren dabei die politische Begründung ebenso wie die Aufstellung der Gesamtkosten und den Bereich „Qualifizierung“.

Kontinuität

In der Tat, die Blümschen Presseleute haben recht: Diese Novelle zum AFG steht durchaus in der Tradition der „Arbeitsmarktpolitik von Bundesregierung und Koalitionsfraktionen“. Am deutlichsten sicherlich im Bereich der sogenannten Qualifizierung (der RM berichtete) wo es letztendlich darum geht, den Unternehmen die für die neuen Maschinen geeigneten Arbeitskräfte auf Kosten der BfA auszubilden. Was die vielbeschworene Verbesserung der Lage älterer und längerer Zeit Arbeitsloser betrifft, so sind dazu einige Anmerkungen nötig.

Das hat weniger mit Erwägungen darüber zu tun, ob Blüm und Co., die immer so lautstark gegen die Feststellung, daß es neue Armut gibt lossetzen, hinterher hier dieselbe eingestehen. Das hat schon viel mehr damit zu tun, daß

selbst diese oder jene echte Verbesserung für die Arbeitslosen nur ein Tropfen auf den heißen Stein des jahrelangen Ausplünderungsfeldzuges ist, der — von dieser Regierung verstärkt — gegen die Arbeitslosen geführt worden ist und weiter geführt wird.

Noch mehr damit zu tun haben solche Anmerkungen mit der konkreten Alternative zur Verwendung der durch Kürzungen erzielten Überschüsse der BfA — nämlich der Forderung, die sich etwa in der Losung ausdrückte „Diese Milliarden gehören den Arbeitslosen“.

So bleibt als Grundzug dieses bombastisch als sozialpolitisch angekündigten Novellierungswerkes die Feststellung, daß es, wie bereits gesagt, durchaus in Tradition dieser Regierung, wieder einmal darum geht, den Kapitalisten aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung zusätz-

liches Geld zuzuschustern, ihnen gezielt die Arbeitskräfte, die sie jetzt benötigen, auszubilden.

Dokumentation in Auszügen

„Bonn, 2. Oktober. Der von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes ist gestern von den Koalitionsfraktionen im Bundestag eingebracht worden. Die Bundesregierung hat heute beschlossen, den Gesetzentwurf gleichzeitig als Regierungsvorlage dem Bundesrat zuzuleiten.

Die beabsichtigte Novelle hat zwei Zielsetzungen:

1. Sie trägt zur Förderung der Beschäftigung durch Ergänzung und Verbesserung der Instrumente der beruflichen Bildung, durch Erleichterung des Zugangs zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer, durch Förderung der Existenzgründung Arbeitsloser sowie durch Senkung der Lohnnebenkosten bei.

2. Sie verbessert die soziale Situation älterer und längerfristig Arbeitsloser und stärkt so die notwendige soziale Sicherungsfunktion von Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe.

Der Gesetzentwurf steht in der Kontinuität der aktiven Arbeitsmarktpolitik von Bundesre-

gierung und Koalitionsfraktionen. Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme und Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung tragen bereits jetzt in bisher noch nie erreichtem Maß zur Verbesserung der Wiedereingliederungschancen Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt bei. Die Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf 18 Monate seit dem 1.1.1985 für Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr war ein erster Schritt, die Funktion der Arbeitslosenversicherung zu stabilisieren, dem jetzt weitere folgen.

Ein Schwerpunkt des Gesetzes ist, jungen Arbeitnehmern zusätzliche Hilfen zur Überwindung von Beschäftigungsproblemen an der Nahtstelle zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem zu geben. Beispielsweise können junge Arbeitnehmer, die zunächst keinen Vollzeitarbeitsplatz finden, bei Teilnahme an einer Teilzeitausbildungsmaßnahme und gleichzeitiger Teilzeitarbeit erhalten.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Bildung wird gestärkt und der Zugang zu diesen Maßnahmen für weitere Personengruppen erleichtert. So wird das Unterhaltsgeld bei Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen ebenso wie das Übergangsgeld bei beruflicher Rehabilitation erhöht.

Die Verbesserung der sozialen Situation älterer und länger-

fristig Arbeitsloser wird insbesondere durch die stufenweise Erhöhung der maximalen Anspruchsdauer beim Bezug von Arbeitslosengeld für Arbeitslose ab dem 45. Lebensjahr erreicht. Arbeitslose ab dem 58. Lebensjahr, die Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe haben, erhalten das Angebot, diese Leistungen zu beziehen, ohne daß sie der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen müssen. Außerdem werden für Bewerber von Arbeitslosenhilfe die Freibeträge erhöht, bis zu denen das Einkommen des Ehegatten nicht angerechnet wird. Das führt in vielen Fällen zu einer höheren Arbeitslosenhilfe.

II. Qualifizierung

• Stärkung der Bereitschaft von Jugendlichen, an Bildungsmaßnahmen teilzunehmen, durch Bemessung des Unterhaltsgeldes nach 75, statt 50 Prozent des Facharbeiterlohnes (Bundesanstalt + 80, Bund —)

• Anspruch auf Unterhaltsgeld auch für Jugendliche nach einer schulischen Ausbildung, die nach dem Berufsausbildungsgesetz einer betrieblichen Ausbildung gleichgestellt ist (Bundesanstalt + 15, Bund —)

• Einführung eines Teil-Unterhaltsgeldes für Jugendliche bei Teilnahme an Teilzeit-Bildungsmaßnahmen und gleichzeitiger Teilzeit-Beschäftigung (Befristung bis 1989) (Bundesanstalt + 25, Bund —)

• Einführung eines Teil-Unterhaltsgeldes für Frauen bei Rückkehr in das Erwerbsleben (Befristung bis Ende 1989) Bundesanstalt + 25, Bund —)

• Gewährung eines Einarbeitungszuschusses auch in befristeten Arbeitsverhältnissen (Befristung bis Ende 1989) (Bundesanstalt + 120, Bund —)

• Weiterzahlung von Arbeitslosengeld oder -hilfe als Unterhaltsgeld bei Teilnahme an Bildungsmaßnahmen, wenn sonst ein Anspruch auf Unterhaltsgeld nicht gegeben ist (Bundesanstalt + 70, Bund —50).

• Verbesserung der Berufsausbildungsbeihilfen (Bundesanstalt + 15, Bund —).

• Ausweitung des Bildungsbeihilfengesetzes und Verlängerung bis 1992 (Bundesanstalt —, Bund + 10, + 120 ab 1988).

• Zugang zu den besonderen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer bereits ab 50 Jahre (bisher 55 Jahre) (Befristung bis Ende 1989) (Bundesanstalt + 50, Bund —20).

• Erhöhung des Unterhaltsgeldes von 70 auf 73 Prozent für Teilnehmer mit bestimmten Familienpflichten und von 63 auf 65 Prozent für die übrigen Teilnehmer (Bundesanstalt + 151, Bund —47).

• Erhöhung des Übergangsgeldes für Behinderte von 75 auf 80 Prozent für Rehabilitanden mit bestimmten Familienpflichten und von 65 auf 70 Prozent für die übrigen Rehabilitanden (Bundesanstalt + 84, Bund —12).

• Pflichtleistung statt Ermessensleistung bei der Förderung von beruflichen Aufstiegsmaßnahmen (z.B. Meisterkurse) (Bundesanstalt + 30, Bund —).

• Verlängerung der Eingliederungsbeihilfe auf bis zu 2 Jahre (Bundesanstalt + 50, Bund —).

• Überbrückungsgeld für vorher arbeitslose Existenzgründer für 3 Monate (Bundesanstalt + 30, Bund —20).

Die angegebenen Beträge für Bund und BfA sind Millionen Mark.

sammenarbeit. Die Gesetzesänderung ist nicht im Sinne von Kommunisten. Deren Interesse ist die Aufrechterhaltung der einheitlichen Interessenvertretung der Arbeiterklasse als latente Grundlage für eine Klassenkampforganisation. Darauf sollte ihr eure Argumentation in diesem Punkte abstellen.

Mit solidarischem Gruß
Peter D.

Mitglied der IG Druck und Papier

Kapital und SPD gemeinsam?

Genossinnen, Genossen!

Mit Interesse habe ich eure Artikel im RM über die Gewerkschaften und die Aktionswoche im Oktober gelesen. Ich möchte zu einem Punkt aus dem Artikel „Die Wende gegen die Gewerkschaften geht weiter“ im RM Nr. 37 vom 13.09.85 Stellung nehmen.

Zunächst zu meiner Person. Ich bin gelernter Drucker und seit sieben Jahren Betriebsratsmitglied in einer Druckerei mit ca. 70 Beschäftigten. Parteipolitisch bin ich unabhängig, betrachte mich aber als Kommunisten.

Zur Sache. Ihr schreibt: „Die von der Rechtskoalition beabsichtigten Änderungen zum Betriebsverfassungsgesetz sind wohl vor allem als Versuch zu sehen, über den Umweg über die Betriebsräte, den unternehmerhörigen Spalterorganisationen mehr Einfluß zu verschaffen.“ Ein Hauptaugenmerk richtet ihr auf „solche Listen, die eigens für die Betriebsratswahl von den Unternehmensleitungen initiiert und kräftig gesponsort werden.“

Laßt mich dazu einiges sagen. Ihr geht anscheinend davon aus, daß der Unternehmer ein Interesse am Einzug dieser „Unternehmerhörigen Spalterorganisationen“ in den Betriebsrat haben. Aber ist dies so?

Ob es sich um DAG, christliche oder betriebliche Listen handelt, in absehbarer Zeit kann ihr Anteil an den Betriebsräten immer nur minimal sein. Entscheidend wird ihr Einfluß kaum. Das mag branchenunterschiedlich sein, im großen und ganzen aber wird es zutreffen. Da diese Gruppen keinen entscheidenden, für den Unternehmer positiven Einfluß haben, wo soll sein Vorteil liegen? Ihm könnten Betriebsratsinterna bekannt werden. Das läßt sich heute schon durch „fraktionssitzungen“ unterbinden. Nein, der Unternehmer hat keinen Vorteil. Ganz im Gegen-

teil.

Die Anwesenheit reaktionärer Gruppen im Betriebsrat könnte zu einer Radikalisierung der Betriebsratsmehrheit führen. Schließlich findet nunmehr ein Wettbewerb statt, in dem allein der Erfolg zählt. Erfolge des Betriebsrates gehen immer auf Kosten des Unternehmers. Will der Betriebsrat Erfolge vorweisen, und muß er das im Rahmen eines Wettbewerbes, so muß er den Unternehmer attackieren, um die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Der Unternehmer ist der Dumme. Und der soll an dieser Konkurrenz ein Interesse haben?

Er hat es auch nicht. Vor einigen Tagen sagte Arbeitgeberpräsident Esser (nach einer Meldung der FAZ, wenn ich nicht irre), daß die Unternehmer diese Gesetzesänderungen ablehnen. Auch im Zentralorgan der IG Drupa Nr. 18/85 wird darauf hingewiesen. Die Unternehmer fürchten eine mögliche Politisierung der Belegschaften, was ihre Profitmacherei stören würde.

Spalterlisten bevorzugt ein Unternehmer nur, wo ein zu kämpferischer Betriebsrat existiert. Genoss(inn)en, es ist doch klar: Jeder Unternehmer hat lieber einen für ihn verlässlichen Betriebsrat, der die Belegschaft ruhig hält und ihm beim Profitmachen fleißig hilft. Das kann der Betriebsrat aber nur, wenn er frei von Erfolgsdruck ist. Ein einheitlich zusammengesetzter Betriebsrat ohne nach außen wirkende Konkurrenz ist dafür Voraussetzung.

Und hier ist ein gemeinsames Interesse. Nicht von Kapital und „Wenderegierung“, sondern von Kapital und Sozialdemokratie. Vor wenigen Tagen erst lobte der Vorsitzende von Gesamtmetall die „pragmatisch-sozialdemokratische“ Fraktion innerhalb der IG Metall. Das Kapital will einen einheitlichen Betriebsrat, weil es damit bisher bestens ge-

fahren ist. Der DGB will einen einheitlichen Betriebsrat. Er repräsentiert den Einheitsgewerkschaftsgedanken. Die Führungen der DGB-Gewerkschaften sind in aller Regel hochrangige Sozialdemokraten. Die Politik des DGB und seiner Gewerkschaften ist von sozialdemokratischer Politik nicht zu trennen. Es hauset nicht zwei Seelen in der Brust eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden. Allein als Repräsentanten der Gewerkschaften sind die Sozialdemokraten für das Kapital von Interesse. Und damit sie vom Kapital akzeptiert wird, muß die Sozialdemokratie die Macht über die Gewerkschaften und mit deren Hilfe über die Betriebsräte behalten. Auf diesem Wege hat die Sozialdemokratie für „sozialen Frieden“ zu sorgen. Diese bereitwillig übernommene Rolle, die sich in Wörtern wie „sozialer Konsens“, „sozialverträglichkeit der neuen Techniken“ und ähnlichem niederschlägt, macht die Sozialdemokratie für das Kapital bündnisfähig. Die wiederholten Hinweise der Gewerkschaften auf die gemeinsamen Interessen von Kapital und Gewerkschaften kann man durchaus als ein Werben der Sozialdemokratie um das Kapital bezeichnen.

Ich will nicht falsch verstanden werden. Die Einheitsgewerkschaft ist zu wahren. Nur sollten wir Kommunisten uns nicht mit sozialdemokratischen Argumenten begnügen, sondern den Sinn dahinter erkennen und aufzeigen, warum die Sozialdemokratie, sprich DGB-Gewerkschaften die Einheitsgewerkschaft wollen, nämlich um ihre Führung der Arbeiterbewegung zu sichern und wie bisher mit dem Kapital Sozialpartnerschaft zu üben. Kommunisten brauchen die Einheitsgewerkschaft als Klassenorganisation.

Warum will nun aber die „Wenderegierung“, die ja so ka-

pitalabhängig ist, die Gesetzesänderung? Beide Regierungsparteien haben ihre Klientel, denen sie etwas zukommen lassen müssen. Die Liberalen versuchen, die Angestellten an sich zu ziehen, die Christdemokraten müssen ihr soziales Feigenblatt mit Pfründen ausstatten. Alles nötigenfalls gegen das Kapital. Aber

Zum Leserbrief des Genossen Peter D.

Richtig ist, daß führende Funktionäre der Kapitalistenverbände ihr augenblickliches Desinteresse an den von der Koalition beabsichtigten Betriebsverfassungsgesetz-Änderungen erklärt haben. Tatsächlich haben Unternehmerfunktionäre die Befürchtung geäußert, „radikale“ Gruppen könnten der Zugang in die Betriebsräte erleichtert werden. Tatsächlich treffen sich hier SPD- und DGB-Argumente gegen den Koalitionsentwurf mit den Argumenten der Unternehmerverbände.

Trotzdem ist es nicht richtig umstandslos von einem gemeinsamen Interesse von Kapital und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung in dieser Frage zu sprechen. Gerade das vom Gen. Peter D. angesprochene Referat des Gesamtmetall-Präsidenten Stumpfe auf der Mitgliederversammlung der bayrischen Metallindustriellen macht das deutlich. Möglicherweise aufgrund ungenauer Presseberichte gibt Gen. Peter D. die Tendenz dieses Referats falsch wieder.

Stumpfe wollte seinen bayrischen Verbandsmitgliedern erklären, warum die 40-Stunden-Woche entgegen der ursprünglichen Absicht nicht gehalten werden konnte. Seine Antwort: Mit der IG Metall ist eine „friedlich-schiedliche“ Tarifpolitik nicht möglich, wie sie mit der IG Chemie und der IG Bau Steine Erden möglich ist. Er verweist

noch ist das Gesetz ja nicht geändert.

Wichtig ist: die Gesetzesänderung ist nicht im Sinne des Kapitals und nicht im Sinne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Dieses gemeinsame Interesse beruht auf dem Interesse an einer gedeihlichen sozialpartnerschaftlichen Zu-

darf, daß in der IGBSE in den 50er Jahren und in der IG Chemie Anfang der 80er Jahre die entscheidenden Richtungskämpfe geführt worden seien, bei denen sich die „pragmatisch orientierten Gewerkschafter“ gegen die „Konflikttheoretiker“ durchgesetzt hätten.

Die Lage in der IGM beschreibt er laut „Frankfurter Rundschau“ vom 28.9. so: „Im Grunde also, so Stumpfe, handele es sich bei der IG Metall um zwei Gewerkschaften: eine neomarxistisch-sozialistische und eine pragmatisch-sozialdemokratische. Welche Richtung die Oberhand gewinne, sei heute offen und schwer abzuschätzen ...“

Was ein Gesamtmetallchef unter „neomarxistisch“ versteht, soll uns hier nicht weiter kümmern. Tatsache ist, daß es sich um eine Differenzierung innerhalb des sozialdemokratischen Gewerkschaftsflügels handelt. Stumpfes Lob für die „pragmatischen“ sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer kann nicht als Indiz für eine Übereinstimmung zwischen Kapital und Sozialdemokratie genommen werden. Vielmehr fordert Stumpfe in Wirklichkeit einen Richtungskampf in der IG Metall, der Verhältnisse in der IGM schaffen soll, wie sie heute in der IG Chemie, der IG Bau Steine Erden, der IG Bergbau und Energie bestehen. Auf

beiden Seiten dieses Richtungskampfes stünden auch führende sozialdemokratische Funktionäre (in der IG Metall etwa Mayr einerseits, Janßen andererseits), wobei diese Differenzierung natürlich in die Betriebsräte und Vertrauenskörper hineingeht. Knackpunkt ist die Frage „Anpassung oder Kampf gegen die Krisenlösungsstrategie des Kapitals“. Die von Stumpfe bekämpfte Richtung umfaßt dabei durchaus auch Anhänger der Sozialpartnerschaftskonzeption, weil die Krisenlösungsstrategie des Kapitals auch Bestandteile der bisherigen Sozialpartnerschaftskonzeption angreift.

Der von Stumpfe geforderte Richtungskampf macht zugleich ein kapitalistisches Interesse an einer Spaltung der IGM für den Fall deutlich, daß die Rappes in ihr sich nicht durchsetzen.

Gegenwärtig haben sich die ausschlaggebenden Kapitalkreise sicher nicht auf eine Linie zur politischen Spaltung der Gewerkschaften geeinigt. Insofern hat Gen. Peter D. recht, aber das haben wir auch nicht behauptet. Im Lager des Konservatismus aber wird unter Beteiligung durchaus nicht unwichtiger Kapitalkreise seit langem nach politischen Wegen gesucht, wie der DGB politisch gespalten werden kann. Der Koalitionsentwurf zum „Minderheitenschutz“ ist Ausdruck dieser Bestrebungen.

Protestwelle nach Günter Sares Tod

Bilder aus der vergangenen Woche. In der ganzen Bundesrepublik gab es Protestdemonstrationen und Kundgebungen, bei denen die Polizei immer wieder mit großer Aggressivität vor allem gegen die Blocks der Autonomen vorging. U.a. in Dortmund, Duisburg, Bielefeld, in Bochum, Wuppertal, Stuttgart in Hamburg und Kiel fanden Aktionen statt. Unsere Bilder zeigen (von oben) das unglaublich brutale Vorgehen der Polizei in Frankfurt, Anfang der Woche, die Demonstration in Hamburg am Samstag, Szene aus Frankfurt während des Versammlungsverbotes und ein Bild aus Kopenhagen, wo vor der deutschen Botschaft gegen den Tod von Günter Sare protestiert wurde, und ein Dienstwagen auf der Stecke blieb.



Hetzkampagne der Reaktion

Ermittlungen

Mit großen Worten hat der hessische Innenminister nach dem Tod von Günter Sare angekündigt, einen „unabhängigen Beauftragten“ zur Aufklärung des Falles einzusetzen. Damit ist er gescheitert. Zwar hat er im zweiten Anlauf mit dem ehemaligen Staatssekretär einen Namen genannt, doch schon vorher haben Staatsanwaltschaft und Polizei deutlich gemacht, daß sie sich nicht in die „Aufklärung“ ihrer eigenen Angelegenheit hineinschauen oder -reden lassen. Der hessische Richterrat und die Frankfurter Staatsanwaltschaft haben die Kompetenzen eines Beauftragten schon klar abgegrenzt: Kein Recht auf Akteneinsicht, Zeugen darf er auch nicht vernehmen. Der Bundesjustizminister Engelhard zu den Plänen des hessischen SPD-Innenministers: „Ungewöhnlich... Unfaßliches ist am Freien Rechtsordnung regelt klar: Zuständig sind die Staatsanwaltschaft und die Polizei. Die Einsetzung eines Sonderbeauftragten kann damit als Mißtrauensvotum gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft gedeutet werden. Das haben diese nicht verdient.“ Da muß man doch die Frage stellen, was eigentlich noch alles passieren muß, damit nicht der Polizei die Aufklärung eines Falles überlassen bleibt, bei dem Polizisten den Tod eines Demonstranten herbeigeführt haben.

Die Landtagsgruppe der hessischen Grünen wird dem Innenausschuß des hessischen Landtags am 14. Oktober einen Katalog mit 92 Fragen vorlegen, die klären sollen, warum Günter Sare von einem Wasserwerfer der Polizei überrollt wurde und wer dafür die Verantwortung trägt.

Hetze

Frankfurts Oberbürgermei-

ster Wallmann — der letztendlich die NPD-Versammlung erlaubte — steht jetzt an der Spitze derer, die gegen „Polit-Chaoten“, „Gewalttäter“ und „Krawallmacher“ hetzen. Sogar die Sondersitzung des Stadtrats von Frankfurt benutzte er, um ausschließlich einer Verschärfung des Demonstrationsrechts das Wort zu reden. Voll dabei ist auch nach dem Ableben des Pressechefs Axel Cäsar die Springer-Presse. Am 6.10. in „Bild am Sonntag“ wird ein Horrortitelbild der „Autonomen und Chaoten“ gezeichnet. Unter der Überschrift: „Wersind die Chaoten?“ kommen hohe Polizei- und Verfassungsschutzbeamte zu Wort, die den „harten Kern“ als Leute beschrieben, die allesamt vom Staat, von Arbeitslosen- oder Sozialhilfe leben würden, die zu jeder Art von Gewaltanwendung bereit sind, die fürchterlich bewaffnet rumlaufen, unter denen sich neben den Sozialhilfe- oder BAFöG-Empfängern auch abgebrochene Studenten und Diplom-Pädagogen(!) befänden.

Womit sich auch gut eine Brücke zum toten Günter Sare bauen läßt. „BamS“ und die „Welt“ haben nämlich Schreckliches aus dem Leben des Getöteten herausgefunden. So führte er „ein undurchsichtiges Leben“, „gratulierte der früheren RAF-Chefin Ulrike Meinhof im Gefängnis zum Geburtstag“, hielt sich „längere Zeit in Südamerika und in südeuropäischen Ländern auf“ und erhielt seit „seinem 14. Lebensjahr Fürsorgegelder und Sozialhilfe“ und arbeitete auch noch in einem Jugendzentrum, das „von der Stadt finanziell gefördert wird“. Da geht die Hetze sogar gegen das Opfer des Frankfurter Polizeieinsatzes, da soll eine „Chaoten“- oder „Terroristen“-legende aufgebaut

werden. Von der CDU bis Springer — nichts ist denen zu schmutzig, keine Lüge, keine Verleumdung, wenn es nur der Pogromstimmung gegen die protestierende Jugend und dem Abbau demokratischer Rechte dient.

Verbot

CDU-Wallmann probte am vergangenen Samstag in Frankfurt den „Ausnahmestandard“. Wiewer sich ein neues Demonstrationsrecht vorstellte, zeigte er in „seiner“ Stadt. Gestützt auf ein Urteil genau desselben Verwaltungsgerichts, das die NPD-Versammlung gut eine Woche vorher genehmigt hatte, war über Frankfurt für 24 Stunden flächendeckend ein generelles Versammlungsverbot verhängt worden. Niemand hatte mehr das Recht „sich friedlich und ohne Waffen mit anderen zu versammeln“, wie es im Grundgesetz steht. Und die „taz“ bemerkte, daß nach dem Motto „Mehr als drei sind eine Gruppe“ bei sofortigen Schlagstockeinsätzen der Polizei auch das Grundrecht auf „körperliche Unversehrtheit“ außer Kraft gesetzt war.

Die Polizei hatte Verstärkung aus Rheinland-Pfalz und Hessen bekommen, besetzte praktisch die Stadt, riegelte die Innenstadt mit Ketten ab, kontrollierte Passanten, filzte sogar die Einkaufstaschen der Besucher der Innenstadt. Und dennoch: über 2000 Menschen versammelten sich, das Aktionsbündnis wegen des Todes von Günter Sare konnte 40000 Flugblätter verteilen, immer wieder erschollen Sprechchöre „deutsche Polizisten — Mörder und Faschisten!“

Am Nachmittag versuchte die Polizei die Demonstration aufzulösen. Wiederholt kam es zu Prügelorgien der immer wieder provokativ auftretenden Polizeieinheiten.

Erst auf die Sprechchöre einer Reihe von Journalisten, „Panitz zur Presse“ erschien der Leiter der Politischen Polizei in Frankfurt auf dem Vorhof des Cantate-Saals. Unter seinen Augen ging der brutale Terror der NPD-Sadisten weiter, wurden Demokraten krankenhaushausreif geschlagen. Auf wiederholte Appelle von Journalisten, die mit ohnmächtiger Wut und Verzweiflung zusehen mußten, was hier geschah, wußte die Polizei nur die stereotype Antwort: „Wir sind nicht zuständig.“

Jetzt hatte die NPD wieder die Möglichkeit, in Frankfurt zu tagen. Nichts hat sich geändert — bis auf die Taktik der Polizei. Vielleicht hat sie sich ja zu Herzen genommen, was der ehemalige SS-Mann und Chefredakteur der faschistischen „Deutschen Nachrichten“ 1969 beklagte. Er wird von der „Frankfurter Rundschau“ so zitiert: „Die Staatsgewalt ist dabei, vor den roten Horden zu kapitulieren.“

Sowas läßt sich deutsche Polizei aber nicht nachsagen...

ten. Schon vor der Versammlung in der Innenstadt waren neun Leute verhaftet worden, „wegen Mitführens von Transparenten“. Bei einer Kundgebung im Frankfurter Hauptbahnhof nahmen Greiftrupps der Polizei nochmals 13 Personen fest. Das Aktionsbündnis wußte von 14 Verletzten nach den Knüppelinsätzen der Polizei. Wie die große — über 5000 Teilnehmer umfassende — Demonstration in Hamburg und die vielen spontanen Proteste gegen die Polizeigewalt waren die Ereignisse in Frankfurt am vergangenen Samstag ein Erfolg im Kampf gegen die Reaktion. Das Versammlungsverbot Wallmanns wurde durchbrochen — der Protest gegen den Tod Günter Sares ist nicht zu verbieten!

NACHRICHTEN

Spenden

Günter Sares Familie und seine Freunde brauchen jetzt Geld für Ermittlungen und Prozesse.

Spenden können auf das Konto der „Bunten Hilfe“ überwiesen werden.

Commerzbank Frankfurt
Kto.-Nr. 5458534 — Barbara Krebs
BLZ 50040000

Zensur

In der vergangenen Woche druckte der „Rote Morgen“ eine Traueranzeige von Frankfurter Gewerkschaftern ab. Darin hieß es: „Wir trauern um Günter Sare, 36, getötet am 28.9.85 in Frankfurt. Unser Kollege, der Arbeiter Günther Sare, ist tot. Getötet durch einen Wasserwerfer der Polizei im Rahmen eines bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsatzes.“

Am Freitag nun sollte diese Anzeige — unterzeichnet von vielen Gewerkschaftern — in der „Frankfurter Rundschau“ erscheinen. Auf der Seite der Ausgabe vom 4. Oktober erschien sie auch, aber mit einer auffällig weißen Stelle im Text. Große Empörung unter den Unterzeichnern löste die offensichtlich in letzter Sekunde vor Druckbeginn vorgenommene Zensur aus. In der „Frankfurter Rundschau“ war der Halbsatz: „... im Rahmen eines bürgerkriegsähnlichen Polizeieinsatzes.“ gestrichen worden.

Warnung

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, GdP, Hansgeorg Koppmann drohte „denen, die der Polizei vorwerfen, den Tod Sares absichtlich herbeigeführt zu haben“ Strafanzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede an. Wer vor der Aufklärung von Todesursachen einseitig den Vorwurf des Mordes erhebe, trage zur Eskalation bei „und muß sich zu rechnen lassen, was in den nächsten Tagen in Frankfurt geschieht“.

Frankfurter Tradition

Ein RM-Leser aus Mainz sandte uns vor einigen Tagen einen Brief und einige Zeitungsausschnitte. Er schreibt: „Es handelt sich um Zeitungsausschnitte aus der Frankfurter Rundschau (FR) von Montag 28.07.1969 zu den Prügelorgien von NPD-Schlägerbanden in und um den Cantate-Saal am Freitag den 25.07.1969. Damals sah die Frankfurter Polizei dem braunen Terror gegen Antifa-Demonstrant(inn)en tatenlos zu.“

Interessant ist in diesem Zusammenhang das scheinbar ungleiche, in Wirklichkeit aber gleiche Verhalten der Polizei.

„Die Stadt Frankfurt muß sich die Frage stellen, ob sie sich unter diesen Gesichtspunkten noch an Gerichtsurteile, die der NPD städtische Versammlungslokale erzwingen, gebunden fühlen kann.“ Kein Zitat aus der aktuellen Diskussion um den NPD-Auftritt in Frankfurt, sondern die Frage eines Kommentators der „Frankfurter Rundschau“. Eine 16 Jahre alte Frage, gestellt nach Vorfällen, die in der FR wie folgt beschrieben wurden:

„Unfaßliches ist am Freitagabend in Frankfurt geschehen. Die Worte Empö-

rung, Verzweiflung, ohnmächtige Wut sind zu schwach, das alles zu fassen. Unter den Augen der Polizei konnte die NPD mit ihren faschistischen Schlägertrupps Demokraten, die dem Erwachen der neuen braunen Brut nicht tatenlos zusehen wollten, mit ungeheuerlicher Brutalität zusammenschlagen. Während über Megaphon die Schläger kommandiert wurden, versteckten sich die maßgeblichen Beamten der Frankfurter Polizeiführung hinter der Mauer zum benachbarten Grundstück und rührten sich nicht.“

Hauptquartier der PLO in Tunis bombardiert

4. 10. 1985. Am 1. 10. 1985 um 10.30 Uhr flogen 8 israelische Bomber vom Typ F-16 einen Angriff auf das Hauptquartier der PLO in Tunis. Sie warfen 500 kg Bomben ab. Bei dem Angriff wurde das Hauptquartier der PLO bei Tunis nahezu vollständig zerstört. Die Privatwohnung des Vorsitzenden der PLO, Yassir Arafat, liegt in Schutt und Asche. Augenzeugen berichten, daß die politische Zentrale der PLO sowie Verwaltungsgebäude und Wohnhäuser von PLO-Funktionären dem Erdboden gleichgemacht seien. Nach letzten Meldungen wurden 70 Palästinenser und Tunesier getötet, 100 verletzt.

Reaktionen

Der israelische Luftangriff wurde in der arabischen Welt scharf verurteilt. Der ägyptische Außenminister Megid erklärte, Ägypten breche vorerst die Verhandlungen im Grenzkonflikt um die Tabak-Enklave ab. Tunesien beantragte eine Sondersitzung des Weltsicherheitsrates. Der tunesische Außenminister Essebsi sprach von einem Akt des Staatsterrorismus, der darauf ziele, Friedensbestrebungen im Nahen Osten zu sabotieren.

Der Leiter der politischen Abteilung der PLO, Farouk Kaddoumi, sagte vor dem Weltsicherheitsrat, daß die in Tunesien abgeworfenen Bomben „made in USA“ gewesen seien. Es sei bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten bei anderer Gelegenheit geltend machten, sie bekämpften den internationalen Terrorismus, andererseits aber den israelischen Aggressionsakt rechtfertigten und Israel vor den bei solchen Verbrechen erforderlichen Sanktionen schützten.

In Washington verteidigten Präsident Reagan und

der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes, jedoch den Angriff als „Vergeltungsschlag gegen einen terroristischen Anschlag“ und als eine „legitime Reaktion und einen Akt der Selbstverteidigung“. Im Gegensatz zur US-Administration verurteilten die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft sowie die künftigen EG-Mitglieder Portugal und Spanien den israelischen Luftangriff als „einen Verstoß gegen das Völkerrecht“.

Diplomatische Kreise in Tunis wiesen darauf hin, daß die USA leicht mit dem israelischen Angriff in Verbindung gebracht werden könnten. Viele Tunesier könnten sich fragen, ob die 6. US-Flotte, die wegen der Spannungen mit Libyen Berichten zufolge vor der Küste Tunesiens liegen soll, nicht in der Lage gewesen wäre, die israelischen Flugzeuge auszumachen und die Regierung zu warnen. Auf tunesischen Radar-Geräten waren die eindringenden Flugzeuge erst Minuten vor dem Bombenabwurf zu erkennen, wie es auf Berufung militärischer Kreise heißt.

Erklärung der PLO

In einer ersten Stellungnahme des PLO-Hauptquartiers heißt es: „Der israelische Terrorismus richtet sich gegen die PLO, die Israel 1982 zerschlagen zu haben behauptete.“

Der Angriff in Tunis hat gezeigt, daß Israel die Existenz der PLO anerkennen mußte. (...) Der Angriff gegen die PLO erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die britische Regierung einen Versuch unternahm, den Stillstand in den Friedensbemühungen im Nahen Osten zu durchbrechen. Der Angriff zu diesem Zeitpunkt ist ein Versuch, alle wirklichen Friedensinitiativen im Nahen Osten zu stoppen. Er ist von daher ein Angriff auf jegliche mögliche Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts. (...)

Israels internationaler Terrorismus muß von all jenen in der Welt verurteilt werden, die für Frieden und Gerechtigkeit sind.“

Der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, wandte sich mit einer Botschaft an das palästinensische Volk. Er erklärte:

„Der israelische Luftangriff war ein Anschlag auf das gesamte palästinensische Volk, da die PLO, die einzige und legitime Vertretung des palästinensischen Volkes angegriffen wurde. (...) Die Israelis und ihre amerikanischen Verbündeten dachten, daß sie unseren Willen brechen würden, aber wir sind jetzt entschlossener denn je, zu kämpfen und unseren Weg nach Jerusalem und Palästina fortzusetzen.“

Die Zionisten und ihre Verbündeten sollen wissen, daß das palästinensische Volk gegen die zionistische Besatzung kämpfen wird, ebenso wie gegen den zionistisch-amerikanischen Terrorismus. Das ist der Wille unserer Kämpfer und unseres Volkes.

Der Angriff auf Tunis fiel zeitlich zusammen mit den Kämpfen in Tripoli und dem Anwachsen der Unterdrückung in den besetzten Gebieten. Auch wenn die Namen wechseln, die Verschwörung bleibt im gesamten Gebiet dieselbe. (...)

Aus: Palästina Bulletin 40/85 vom 4. Oktober 1985

Bolivien: Streik beendet

Am 2. Oktober wurde nach vierwöchiger Dauer der große Streik in Bolivien beendet. Der RM berichtete. Die Arbeiter konnten ihre Forderungen nicht durchsetzen, ein Abkommen des Gewerkschaftsdachverbandes COB mit der Regierung regelt lediglich die Freilassung verbannter oder verhafteter Gewerkschafter.

Ausgangspunkt des Streiks waren die wirtschaftlichen Maßnahmen der neuen rechten Regierung Boliviens. Präsident Paz Estenssoro hat Auflagen des Internationalen Währungsfonds für Bolivien mit aller Schärfe durchgesetzt, was vor allem zu einem dramatischen Anstieg der Lebensmittelpreise und der Preise für andere Grundbedarfsgüter führte. Im Kampf gegen den ausgerufenen Generalstreik wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, staatliche Fabriken und Versorgungsunternehmen von Militär besetzt und geleitet, wurden Gewerkschafter verhaftet oder in entlegene Gebiete des Landes verbannt.



Gewerkschaftsführer im Hungerstreik. Wenige Stunden nachdem diese Aufnahmen gemacht wurden, wurden alle hier abgebildeten Personen von paramilitärischen Einheiten verschleppt: V.l.n.r.: Juan Hoyos Velazquez von der Minenarbeitergewerkschaft, ein Ölbohrarbeiter, Walter Delgadillo, Generalsekretär des Gewerkschaftszusammenschlusses COB und der Exekutivsekretär des COB, der legendäre Gewerkschaftsführer Juan Lechin.

des verbannt.

Am 18. September hatten Gewerkschaftsführer mit einem Hungerstreik begonnen, der schnell zu einer Massenaktion wurde, die vor allem in den Minen des Landes Rückhalt fand.

Gerade die Bergarbeiter, die Mineros, waren von der neuen Wirtschaftspolitik betroffen, weil sie die Zuteilung verbilligter Lebensmittel gestrichen bekommen. Nachdem der Hungerstreik sich ausweitete,

verhängte die Regierung den Belagerungszustand und verschleppte 144 Gewerkschaftsführer in unwegsame Urwaldprovinzen des Landes.

Nach Verhandlungen mit der Regierung hat sich nun der Gewerkschaftsdachverband COB verpflichtet, den Streik, der hauptsächlich in der Hauptstadt La Paz und in den Minengebieten befolgt worden war, zu beenden, während die Regierung sich verpflichtete, alle im Zusammenhang mit dem Streik Festgenommenen oder in die Urwaldgebiete verbannten Arbeiter und Gewerkschaftsführer freizulassen. Bis Ende vergangener Woche waren 76 der 144 Verschleppten wieder frei. Der Führer der Minenarbeitergewerkschaft FSTMB erklärte: „Es war nicht möglich, mehr von der Regierung zu bekommen“. Die Wirtschaftspolitik der Regierung des Präsidenten Estenssoro wird aber weiterhin unvermeidlich mit den Interessen der Masse der Bevölkerung kollidieren.

Hintergrund:

Die südafrikanischen Paßgesetze

Bereits im 17. Jahrhundert entstand das Paßgesetz, das jedem Afrikaner ab einem bestimmten Alter vorschrieb, eine Art Identitätsnachweis (Paß) mit sich zu führen. Das Paßgesetz wurde im Laufe der Zeit durch Chefkolonialisten wie den erwähnten van Riebeck, Piet Retief (18. Jahrhundert) verschärft.

Mit dem 1957 erlassenen Gesetz „Abolition of passes and coordination act“ (Abschaffung von Pässen und Koordination) wurden die Paßgesetze neu aufgearbeitet. Im Gegensatz zu den vorher existierenden Paßgesetzen wurde die Kontrolle der Afrikaner vom Staat aus gesteuert. War es früher üblich, daß alle Eintragungen von Siedlern gemacht wurden, so lag dies jetzt in der Hand der verschiedenen Bergwerksgesellschaften oder irgendwelcher staatlicher Behörden. Die nach dem Gesetz konstruierten Pässe wiesen daher eine neue Gestalt auf, in der fünf verschiedene Rubriken zu finden waren:

In der ersten Rubrik sind die Personalien, wie sie in jedem anderen Paß vorzufinden waren, eingetragen. Zusätzlich dazu ist eine Aufenthaltsgenehmigung des Afrikaners eingetragen. Das heißt, daß ein Afrikaner, der in Pretoria lebt, sich nur in diesem Bereich aufhalten darf. Sollte er sich bei einer Paßkontrolle außerhalb des im Paß festgelegten Bereichs befinden haben, so kann er mit einer Haftstrafe auf unbestimmte Zeit rechnen. Diese Aufenthaltsgenehmigung im eigenen Land muß ständig bei einer Behörde, vergleichbar mit dem westdeutschen Einwohnermeldeamt, und einem Polizeirevier neu be-

In der Diskussion um die rassistische Politik in Südafrika, werden immer wieder die Paßgesetze genannt. Der nachfolgende Text erklärt Funktion und Auswirkung dieser diskriminierenden Vorschriften. Den Artikel entnahmen wir dem „Materialblatt Azania/Südafrika“, das vom BWK/Dortmund, der KPD/Dortmund und der westdeutschen Organisation des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) herausgegeben wurde.



antragt werden.

Im zweiten Abschnitt sind Arbeitserlaubnis und Arbeitsbescheinigung zu finden. Demnach ist zum Beispiel ein afrikanischer Schüler verpflichtet, sich um eine Arbeitsstelle zu kümmern, um dann nach Erhalt der Arbeitserlaubnis sich um eine Arbeitsstelle zu bemühen, wofür er drei Wochen Zeit hat. Sollte er dies bis dahin nicht geschafft haben, bekommt er weitere zwei Wochen, danach noch eine Woche, sich um eine Arbeitsstelle zu kümmern. Ist die gesamte Zeit von sechs Wochen überschritten, ohne daß es der Afrikaner eine Arbeitsstelle findet, wird er als Vagabund abgestempelt. Nach einem Bündel von Gesetzen haben Vagabunden 72 Stunden Zeit, den Bereich, in dem sie die Aufenthaltsgenehmigung hatten, zu verlassen.

Auch Eintragungen über die verlängerte Zeit, sich Arbeit zu suchen, werden in den Pässen festgehalten. Dadurch kann bis heute jeder Polizist jederzeit Einsicht

über die Lebenssituation oder Gesetzesübertretungen eines Afrikaners bekommen.

Sollte ein Afrikaner eine Arbeit gefunden haben, so muß der Arbeitgeber jeden Monat in das Paßbuch eintragen, daß der Afrikaner noch bei ihm arbeitet. Auch hierüber hat ein kontrollierender Polizist jederzeit Einsicht. Der kontrollierende Polizist muß solche Vorfälle sofort anzeigen. Bei den Urteilsprüchen sind eine Reihe von Gesetzen zugrundegelegt worden, so daß Haftstrafen wegen Arbeitslosigkeit bis zu zwei Jahren vorkommen. Somit ist der Zwang, seine Arbeitskraft zu Billigpreisen zu verkaufen, auch vom Gesetzgeber gewährleistet; Mittel eines perfekt funktionierenden Polizeistaats.

In der dritten Abteilung werden Eintragungen über Steuerzahlungen festgehalten. Jeder Afrikaner ist in Südafrika gezwungen, von seinem 16. Lebensjahr an Kopfsteuern zu zahlen. Diese Steuern werden einmal im Jahr gezahlt. Bestätigungen

hierüber werden im Paß festgehalten. Auch passiert es öfter, daß Afrikaner wegen solcher „Delikte“ (Steuer-schulden) für zwei Jahre vom Erdboden verschwinden.

Abteilung vier ist der Stammszugehörigkeit gewidmet. Dies nicht um kulturelle Wurzeln der Afrikaner aufrechtzuerhalten, sondern für den Fall, daß ein Afrikaner zum Vagabunden erklärt wird, er so schnell wie möglich in eines der homelands abgeschoben werden kann. Es ist aber hierbei nicht so, daß der Afrikaner bei der ausstellenden Behörde Auskunft über seine Stammszugehörigkeit gibt, sondern der Beamte erklärt nach kurzem Blick in die Augen, zu welchem Stamm der Antragsteller gehört. Oder er zählt nach einem bestimmten Zählreim die Stempel aus, bis nur noch einer übrigbleibt. Es sind ihm in der Wahl der Stempel keine Grenzen gesetzt. In der fünften Abteilung sind die Sondergenehmigungen festgehalten.

In einer „zivilisierten“ Gesellschaft gehören Hochhäuser zum Bild einer Stadt. Nun kann es aber passieren, daß in diesen Häusern der Lift streikt. So muß ein Afrikaner ran, und ihn wieder in Gang setzen. Da dies aber auch außerhalb der gewöhnlichen Arbeitszeit passieren kann und es dem Afrikaner nicht erlaubt ist, sich zu einer solchen Zeit in den Städten aufzuhalten, muß eine polizeiliche Sondergenehmigung dafür herhalten, daß der Afrikaner den Lift reparieren darf, mit der Auflage, nach Beendigung der Reparatur sich sofort aus der Stadt zu entfernen. Auch ein Verstoß dieser Art muß ein kontrollierender Polizist anzeigen.

Rambo statt Shakespeare

Rambo macht in den USA nicht nur Kasse — Millionen Dollar hat der kriegshetzerische Film eingebracht — Rambo wird auch Idol. Das liegt sicher an der massiven Werbekampagne, die den Film mit einer Flut von Artikeln wie T-Shirts, Postern, Spielfiguren begleitet. Nicht zuletzt aber auch an dem prominenten Promoter, dem US-Präsidenten, der sich öffentlich begeistert zeigt vom „Draufgänger“ Rambo — der ganz in seinem Sinne mit den kommunistischen Vietnamesen umgeht — sie nämlich alle umlegt. In Westdeutschland gibt es breite Proteste gegen diesen Streifen (der RM berichtete) in den USA ist „Rambo II - Der Auftrag“ auf dem Weg zu einem der finanziell erfolgreichsten Filme überhaupt.

Parallel zu dieser chauvinistischen Welle des „neuen amerikanischen Selbstwertgefühls“, wie es heißt, schlägt eine andere „Welle“ alle Rekorde. Der neue amerikanische Puritanismus, der in Literatur und Schulbuch alles fortschrittliche, alles Sexuelle, sogar den „weltlichen Humanismus“ verfolgt, zensiert, herausstreicht.

Vor Monaten berichteten wir schon mal über die ersten Vorgänge, über Schulbuchzensur und die Entfernung fortschrittlicher Literatur aus öffentlichen Büchereien. Die liberale Organisation „People for the American Way“ hatte in ihrem Bericht 1984/85 über 51 solcher Fälle in den vorausgegangenen drei Jahren berichten können.



Reaktionäre Einpeitscher — Reagans Mitstreiter, der Prediger Jerry Falwell und die US-Tugendwächterin Phyllis Schlafly

In diesem Jahr nennt sie schon 96 angestrebte oder erfolgreiche Zensurversuche aus 46 von 50 US-Staaten. Hier eine kleine Auswahl dessen, was die „Moralische Mehrheit“ um den erzkonservativen Einpeitscher und Prediger Jerry Falwell in letzter Zeit erreicht hat.

So kam heraus, daß der Verleger der Reihe „America Reads“ Shakespeare-Ausgaben für Schule und Theater vielfach verändert und gekürzt hat. So wurde die Ausgabe von „Romeo und Julia“ an vielen Stellen „verschlimmbessert“, wie eine US-Zeitung die „Korrekturen“ nannte, um insgesamt 400 Zeilen gekürzt. In den Staaten Virginia, Minnesota und Florida sind neben dieser auch eine „überarbeitete“ Hamlet-Ausgabe an den Schulen offizieller Lehrstoff.

Die US-Verleger bekennen sich zu dieser Art von Zensur. Die Verleger sagen, Ziel dieser Zensuraktion sei es gewesen, Shakespeare von „unanständigen und peinlichen Wendungen“, „sexuellen Anspielungen, Flüchen“ sowie „schlüpfrigen oder ausgesprochen sexuellen Ausdrücken“ zu reinigen.

Damit entsprechen sie den Forderungen des selbsternannten obersten Tugendwächters der USA, Jerry Falwell: „Wir müssen die Unmoral der öffentlichen Erziehung beseitigen“ fordert er, und „obszöne Schulbücher“ müßten verschwinden.

Das Erschreckende an der Geschichte ist, daß die Verleger diese Zensurakte vor allem auch durchführen, weil es für die „gereinigten, moralisch sauberen“ Bücher einen riesigen

Markt gibt. Falwells „Moralische Mehrheit“ hat einen ziemlichen Einfluß in den USA gewonnen. Sonst wäre es unerklärlich, daß seine Organisation mit Aktionen erfolgreich sein könnte, in denen sie Eltern auffordert, in den Schulbüchern der Kinder nachzusehen, ob 34 von ihr genannte Themenbereiche unter anderem Darwins Evolutionstheorie, aufzutauchen und die Bücher die rechte Gesinnung darüber besitzen.

Dann passiert es, Bücher und Lehrer, die „weltlichen Humanismus“ verbreiten, und damit „religiöse und moralische Glaubensgrundsätze und nationale Gesinnung“ des guten Amerikaners zerstören könnten, werden verfolgt. Da verschwinden dann neben Biologie- und Aufklärungsbüchern gleich auch Werke wie Steinbecks „Von Mäusen und Menschen“, Salingers „Fänger im Roggen“ oder das „Tagebuch der Anne Frank“ aus Schul- oder anderen öffentlichen Bibliotheken.

Die Organisation „People for the American Way“ weist auch nach, daß jeder vierte der Zensurversuche von Organisationen kommt, die von der politischen Rechten kommen und reaktionär-religiös sind. Wundert es einen da, daß aus der gleichen Ecke die Angriffe — mit Bomben, Mord und Terror — auf Abtreibungskliniken und Abtreibungsbefürworter kommen? Wende auf Reagan-sche Art!

Was revolutionär-sozialistische Politik heutzutage alles braucht:

- engagierte Genossinnen und Genossen
- ein revolutionäres (und zutreffendes) Programm
- eine weitblickende Strategie
- eine ausgebuffte Taktik
- eine solide Betriebsverankerung
- eine starke Organisation
- politische Einheit
- etwas mehr kämpferische Solidarität
- keine Fraktionisten

und (unglücklicherweise) auch:

viel echtes Geld!

Spendet auf die Konten der KPD:

Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547 Postgiroamt Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467

Spenden für die KPD könnt Ihr von der Lohnsteuer absetzen:

Seit 1984 gelten neue Richtlinien über die Abzugsfähigkeit von Spenden und Spenden an politische Parteien. Was ist geändert?
1. Das Finanzamt erstattet euch von euren Beiträgen und Spenden bis zu einer Höhe von 1200,— DM (Ledige) und 2400,— DM (Verheiratete) 50 Prozent beim Lohnsteuerjahresausgleich bzw. bei der Einkommensteuererklärung. Wie gesagt, ihr bekommt 50 Prozent eurer Spenden wieder! 2. Oder mehr. Wenn ihr mehr als 1200,— DM bzw. 2400,— DM gezahlt habt, so könnt ihr den Differenzbetrag zu 1200,— DM bzw. 2400,— DM noch einmal von eurem zu versteuernden Einkommen absetzen. Dies wirkt sich in echtem Geld so aus, daß ihr je nach Höhe eures Einkommens zwischen 10 und 35 Prozent der Spenden bzw. Beiträge vom Finanzamt ersetzt bekommt.

PINWAND DORTMUND

Gemeinsame Veranstaltung GIM/KPD (Ruhr)

Samstag, den 19. Oktober, 16 Uhr

„Haus Göbbeln“, Schützenstr. Ecke Feldhermstr.

„Macht der Wende schnell ein Ende“

Es sprechen:

Horst-Dieter Koch (KPD)

Ein Vertreter der GIM

Anschließend: Diskussion

HAMBURG

Gemeinsame Veranstaltung von GIM und KPD

„Laßt die Wende wackeln —

Perspektiven klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik“

19. 10. 85, ca. 12.30 Uhr

(im Anschluß an die DGB-Demo)

Ort: „Die Münze“ (hintern Gewerkschaftshaus)

Es sprechen: Ein Vertreter der KPD

und Hans-Jürgen Schulz (GIM)

Fundsache: taz, Dienstag, 1. 10. 85

Eine „klobige“ Kritik können wir uns verkneifen, nachdem die Broschüre „Die Vereinigungs-verhandlungen zwischen KPD und GIM für eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Organisation“ im Kulturteil der „tageszeitung“ die Weihen höherer Literatur erhalten hat.

Auf der Seite „LESEFIEBER“ entdeckten wir den nebenstehenden Text zwischen den Besprechungen so interessanter Werke wie: Dominik Bartmann, Anton von Werner — Zu Kunst und Kunstpolitik im Deutschen Kaiserreich, Deutscher Verlag für Kunstwissenschaft, 314 Seiten, 49,50 DM oder Dmitrij Mamin-Ssibirjak, Die Priwalowschen Nillionen, Manesse-Verlag 679 Seiten, 18,80 DM u. a. Kurze Hinweise auf alte und neue Bücher nennt Arno Widmann (der sicher über 30 ist) im Untertitel seine Rubrik: „Vom Nachttisch geräumt“. Sein Artikel unter der Überschrift „Vereinigung“ überzeugt uns zwar nicht besonders, aber vielleicht dürfen wir noch ein wenig auf die „ausführliche Würdigung“ hoffen, die vom Autor aber den „politischen Redakteurinnen und Redakteuren vorbehalten“ möchte.

VEREINIGUNG

Eine ausführliche Würdigung muß natürlich unseren politischen Redakteurinnen und Redakteuren vorbehalten bleiben. Ich möchte nur kurz auf eine kleine Broschüre hinweisen, die jeden APO-Archäologen begeistern wird. Ihr Titel:

„Die Vereinigungsverhandlungen zwischen KPD und GIM für eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Organisation“.

Wer da keinen Nostalgie-Anfall bekommt ist, unter dreißig und weiß einfach nicht, was Vergangenheitsbewältigung ist.

Eine flüchtige Stichprobe ergibt, daß es sich um eine sehr prinzipielle Debatte handelt. Es wird viel vom Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital und so gut wie gar nicht von den Grünen gesprochen.

Die beiden Kontrahenten von einst — die KPD, ehemals KPD/ML, agitierte ja immerhin mit Stalin und die GIM gehörte der trotzkistischen Vierten Internationale an — scheinen sich heute gut zu verstehen. Bei Leuten, die ein wenig Erfahrung im Lesen derartiger Broschüren haben, kommt an zahlreichen Stellen ein amüsiertes Schmun-

zeln auf. Z.B. wenn die GIM wortreich über „die Notwendigkeit, eine revolutionäre, sozialistische Partei aufzubauen“ und von der „maximalen Entfaltung innerorganisatorischer Demokratie“ redet und diesen Abschnitt ihrer Ausführungen mit den Sätzen beschließt: „Innerorganisatorische Demokratie und revolutionäre Disziplin gehören zusammen. Sie garantieren, daß die Organisation sich nicht selbst von der realen politischen Entwicklung in der Arbeiterbewegung isoliert.“ Das hat doch inzwischen fast den antiquierten Charme der Kirchenlieder, die wir als Kinder sangen. Freilich erkennen wir unsere Pappenhäuser wieder, wenn die immer schon viel klobigere KPD auf die Ausführungen der GIM zu: Partei, knapp antwortet:

„Zur Frage des Charakters der Partei werden wir gesondert Stellung nehmen.“

Die Vereinigungsverhandlungen zwischen KPD und GIM für eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Organisation, 29 Seiten, 4,— DM zu beziehen von: KPD Wellinghoferstraße 103, 4600 Dortmund 30 GIM Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main

Der neue Rote Rebell



Und dazwischen 38 Seiten — witzig, lesergemacht, hintergründig, skandalumwittert, provokativ. Ob M. sich unter der Rubrik „Was mir stinkt“ so richtig auskottet, ob Karo sachlich aber trotzdem sehr engagiert über AIDS zusammenträgt, was unbedingt geschrieben werden mußte; ob Wolff Geisler (bekannter Südafrika-Experte) Ungeheuerliches über das Bonner Atomwaffengeschäft mit Südafrika sagt — oder ob Jüto und Karo auf zwölf(!) Seiten ihre „20 Thesen für ein neues Verständnis revolutionär-sozialistischer Jugendarbeit“ entwickeln — man muß ihn einfach gelesen haben den neuen Roten Rebell. Bestellung noch heute ab an: Verlag RM, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. P.S.: Mehr Seiten kosten natürlich auch mehr Geld. Ab sofort 1,50 DM.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 Kiel 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 Helligewald, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474

Anträge an den Sonderparteitag der KPD

I. Anträge zum Vorgehen und zur Tagesordnung

1

Antrag an den Sonderparteitag

Der Sonderparteitag soll sich zum ordentlichen Parteitag erklären.

Zelle Blumenthal

2

Zelle Aachen

20.6.1985

Betr.: außerordentlichen Parteitag zum Programm
Wir beantragen die Verschiebung der für Herbst geplanten Entscheidung über den Programmwurf um sechs Monate mit der Möglichkeit, für die Grundeinheiten und Parteimitglieder Änderungen einzubringen.

Begründung:

Die Debatte um den Entwurf und das Programm wird kontrovers geführt. Das ist in der Partei nicht anders als in unserer Zelle. In der Partei wächst die marxistisch-leninistische Kritik am Entwurf. Wer versucht, an dieser Kritik vorbei, den Entwurf durchzuziehen, will die Spaltung der Partei. Die Partei braucht eine Atempause. Die Forderung nach einem ordentlichen Parteitag im Oktober, auf dem das Zentralkomitee auf der Grundlage des gültigen Programms Rechenschaft ablegen sollte, bleibt davon unberührt.

Nichts wäre jetzt schädlicher für die Partei als ein mit kontroversen Anträgen überladener Parteitag wie es der V. war, den die Delegierten ohne eindeutige Entscheidungen im Sinne des Marxismus-Leninismus beenden.

Die Zelle Aachen stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

3

Zelle Mainz / Änderungsvorschläge zum Programm

1. Wir schlagen eine Änderung der vom ZK geplanten Vorgehensweise vor:

a) Korrektur, Kürzung und Formulierungsänderungen des alten Programms (besonders: was sind wirklich Prinzipien des ML? — diese müssen auch klar und verständlich benannt werden).

b) Herausgabe einer programmatischen Erklärung auf der Grundlage des jetzigen „Programmwerfs des ZK der KPD“.

4

Antrag des ZK an den Sonderparteitag der KPD

Betrifft: Tagesordnung

Das ZK beantragt, die vom letzten ordentlichen Parteitag beschlossene Tagesordnung im Punkt: „Verabschiedung eines neuen Programms“ abzuändern in den Punkt: „Programmdebatte, a) Beschlussfassung über den Antrag auf Aufhebung des bestehenden Parteiprogramms; b) Verabschiedung eines Programmwerfs“

Begründung:

a) Die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms wäre an sich dringend notwendig, weil das bestehende Parteiprogramm keine brauchbare programmatische Grundlage für die Partei mehr ist.

Gegen eine solche Verabschiedung spricht aber, daß viele Genossinnen und Genossen sich zwar in der Lage fühlen, eine grundsätzliche Entscheidung über den Charakter und Inhalt des Parteiprogramms zu treffen, die gleichen Genossinnen und Genossen sich aber in einer Reihe von Einzelfragen unsicher fühlen, weil sie bisher in der Programmdiskussion kaum eine Rolle gespielt haben.

Gegen eine solche Verabschiedung spricht auch der Stand der programmatischen Diskussion mit dem Politbüro bzw. ZK der GIM, wonach konkrete Diskussionsgrundlage inzwischen der Programmwurf der KPD und einige Abänderungsanträge der GIM dazu ist. Dazu kommt, daß auch von anderen revolutionär-sozialistischen Organisationen kritisiert wurde, daß der Zeitraum von der Veröffentlichung des Programmwerfs bis zur geplanten Verabschiedung des Programms zu kurz für eine intensivere Diskussion darüber ist.

b) Da diese Probleme bestehen, es uns aber auf der anderen Seite dringend notwendig erscheint, daß der Son-

derparteitag über den Kurs der Programmatik der Partei entscheidet und die in der Partei bestehenden Meinungen zu den im Programmwurf getroffenen politischen Einschätzungen zusammenfaßt, schlagen wir die oben beantragte Verfahrensweise vor.

Dortmund, 8.9.'85

5

Antrag des ZK an den Sonderparteitag der KPD

Betrifft: Tagesordnung

Das ZK beantragt, die vom letzten ordentlichen Parteitag beschlossene Tagesordnung für den Sonderparteitag zu erweitern um den Tagesordnungspunkt „Vereinigungs-verhandlungen mit der GIM“.

Begründung:

Die bisherigen Diskussionen mit dem Politbüro bzw. ZK der GIM über programmatische Fragen haben ein Ausmaß an programmatischer Übereinstimmung deutlich werden lassen, das eine Vereinigung tatsächlich machbar erscheinen läßt.

Das ZK kann deshalb die Vereinigungsgespräche nicht mehr weiterführen, ohne ein klares Mandat der Partei dafür zu haben. Es muß deshalb eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob diese Gespräche mit dem Ziel einer Vereinigung weitergeführt werden sollen oder nicht. Wir meinen, daß der Sonderparteitag das richtige Gremium dafür ist, um diese Frage zu entscheiden.

Dortmund, 8.9.'85

6

Antrag an den Sonderparteitag der KPD

Betrifft: Tagesordnung

Die vom 5. Parteitag beschlossene Tagesordnung wird im Punkt „Verabschiedung eines neuen Programms“ abgeändert in den Punkt:

„Programmdebatte

a) Beschlussfassung über die Anträge zur weiteren Behandlung des bestehenden Parteiprogramms durch den Parteitag (ZK-Antrag auf Aufhebung; Antrag von StS, Dortmund; falls vorhanden Antrag auf Beibehaltung des bestehenden Programms; evtl. weitere Anträge dazu, wenn solche vorliegen);

b) Verabschiedung eines Programmwerfs als Grundlage für die weitere Diskussion in der Partei;

c) Beschlussfassung über die Methode der Weiterführung der Programmdiskussion in der Partei; Diskussion dazu vorliegender Anträge.“

Begründung:

Ergibt sich logisch aus meinen Anträgen zu den Punkten a) und c) und ist dort nachzulesen.

StS, Dortmund

7

Antrag an den Sonderparteitag

Betrifft: Tagesordnung

Der Parteitag möge beschließen:

Erweiterung der Tagesordnung des Sonderparteitags um den Punkt „Vereinigungsverhandlungen mit der GIM“.

Begründung:

Siehe Antrag des ZK an den Sonderparteitag.

Ortsgruppe Witten

8

Antrag Tagesordnung

Der Parteitag möge beschließen:

Erweiterung der Tagesordnung des Sonderparteitags um den Punkt „Vereinigungsverhandlungen mit der GIM“.

LDK Ruhr

II. Anträge zum bestehenden Parteiprogramm

9

Antrag des ZK zur Aufhebung

des Parteiprogramms von 1977

Der Sonderparteitag der KPD möge beschließen:

Das auf dem 3. Parteitag beschlossene Parteiprogramm wird aufgehoben.

Begründung:

Das 1977 auf dem 3. Parteitag verabschiedete Programm enthält unbestritten wesentliche und richtige Schlußfolgerungen des wissenschaftlichen Sozialismus wie die Anerkennung des antagonistischen Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital, der Notwendigkeit der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats usw. Das Programm aber ist zugleich Ausdruck unseres früheren abstrakten und dogmatischen Verständnisses des Marxismus-Leninismus, unserer sektiererischen Haltung zum realen Klassenkampf, unserer theoretischen, organisatorischen und politischen Isolierung von der Arbeiterbewegung.

Die Kritik des Kapitalismus als System läßt die konkreten Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung für die Arbeiterklasse weitgehend in den Hintergrund treten. Gerade in diesen für die Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sehr wesentlichen Fragen wird die bürgerliche Politik nicht angegriffen.

Die Kritik des politischen Systems der Bourgeoisie erschöpft sich im wesentlichen in der Feststellung des allgemeinen Klassencharakters des Staates als Instrument der Diktatur der Bourgeoisie. Von allen konkreten politischen Bedingungen wird nahezu völlig abstrahiert. Wahlen, Parlamente, Parteien usw. — alles das erscheint im wesentlichen als politisch nebensächlich, als Einrichtung zur Täuschung der Arbeiterklasse.

Die Anknüpfungspunkte für eine revolutionäre politische Strategie der Arbeiterklasse werden durch das Programm von 1977 so verschüttet statt herausgearbeitet.

In diesem Zusammenhang negiert das Programm nicht nur die wesentlichen Gründe für die Notwendigkeit der Frontbildung gegen die Reaktion, auch die Gewerkschaftsfrage und die Frage anderer politischer Strömungen in der Arbeiterbewegung werden so gravierend falsch behandelt, daß die entsprechenden Ausführungen des Programms von 1977 den Erfordernissen einer den Bedingungen unseres Landes entsprechenden revolutionären Strategie nach unserem heutigen Erfahrungsstand widersprechen.

Die im Programm von 1977 behauptete große strategische Bedeutung der nationalen Frage erscheint nicht realistisch. Zumindest teilweise ist sie auch unvereinbar mit der marxistischen Auffassung, daß in den imperialistischen Ländern die nationale Frage der Klassenfrage untergeordnet ist.

Die Ausführungen zur Rolle der Partei im Programm entsprechen nicht unserem heutigen Verständnis als KPD. Die Behandlung der Frage der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution im Programm läßt sektiererische Deutungen zu, weil sie inhaltlich nicht mit politisch-strategischen Vorstellungen verbunden ist.

Das Programm von 1977 trägt in seiner Darlegung der sozialistischen Ziele der Partei der Massendiskussion, die über den Sozialismus in der Arbeiterklasse stattfindet, nur unzureichend Rechnung. Gerade die Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in den revisionistischen Ländern erfordert, daß die Kommunisten die unmittelbare Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die direkte Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse programmatisch stark betonen.

Das Programm von 1977 ist seit Jahren schon nicht mehr die wirkliche Grundlage für die Tätigkeit der Partei. Bescheidene politische Fortschritte unserer Partei in den letzten Jahren wurden nicht auf der Grundlage dieses Programms erzielt, sondern gingen einher mit einer allmählichen Entfernung von wesentlichen programmatischen Festlegungen des Programms von 1977.

Das Problem des Sektierertums ist in unserer Partei lange als Problem der Taktik im engeren Sinne und der Arbeitsmethoden diskutiert worden. Tatsache aber ist: die heutige KPD ist vor allem deshalb nicht mehr die KPD/ML der frühen Jahre, weil ihre Tätigkeit im wesentlichen nicht mehr von dem Programm von 1977 ausgeht.

10

Antrag an den Sonderparteitag

Das alte Programm bleibt so lange in Kraft, bis ein neues verabschiedet ist.

Zelle Blumenthal

11

Antrag an den Sonderparteitag der KPD**Betrifft: Behandlung des bestehenden Parteiprogramms durch den Sonderparteitag**

Das bestehende Parteiprogramm wird bis zur Beschlußfassung über ein neues Programm **nicht** durch einfachen Beschluß **als Ganzes** aufgehoben. Der Sonderparteitag erarbeitet und verabschiedet eine konkrete, detaillierte Kritik des bestehenden Parteiprogramms (möglichst auf der Grundlage der Diskussion einer entsprechenden — also konkreten, detaillierten — Vorlage des ZK und/oder anderer Organe, etwa einer einzuberufenden Vorab-Arbeitsgruppe).

Die vom Sonderparteitag als direkt falsch erkannten Aussagen des bestehenden Parteiprogramms werden vom Sonderparteitag aufgehoben und gestrichen.

Die darüber hinaus erkannten Unzulänglichkeiten und — im buchstäblichen Sinn — Frag-Würdigkeiten des bestehenden Parteiprogramms werden durch Beschluß des Sonderparteitags gekennzeichnet und konkret kritisiert (z. B. dogmatische Verengungen, methodische Herangehensweise/Charakter des Programms, Allgemeinplätze und Abstrakta, fehlende Berücksichtigung der besonderen Bedingungen in Westdeutschland usw., — um klarzumachen, was ich meine).

Versuchen mit diesen kritischen Anmerkungen bleibt der durch die Streichung entstehende Torso des bisherigen Programms bis zur Verabschiedung eines neuen gültigen programmatischen Dokument der KPD.

Begründung:

Mit dem Programmwurf des ZK und der Programmdiskussion wird der Anspruch gestellt, mit „jene(n) unmarxistischen ideologischen Elementen (...)“, die die Entwicklung unserer Partei in den ersten Jahren so nachhaltig geprägt haben, von denen wir uns in den letzten Jahren im Rahmen einer scheinbar nur um taktische Fragen sich bewegenden Diskussion immer weiter entfernt haben, (...) systematisch (zu) brechen.“ (Gen. H. D. Koch im RM 39, Seite 3).

Man wird mit unmarxistischen ideologischen Positionen aber nur dann wirklich „systematisch brechen“, wenn man sie wirklich ideologisch auseinandernimmt, sie bis auf ihre Grundlagen aufdeckt. Von einer solchen systematischen Kritik kann in der Programmdiskussion bisher aber allenfalls ansatzweise, und das auch nur an einem einzigen Komplex, nämlich den bisherigen Sozialismus-Vorstellungen der KPD, die Rede sein.

Es ist eine alte, aber sehr schlechte Tradition in der Partei, daß, wenn neue Positionen bezogen wurden, die alten nicht gründlich kritisiert wurden. Das ist mit ein Grund für die derzeitige schlechte ideologische und organisatorische Lage der Partei. Mit dieser schlechten Tradition muß gebrochen werden!

Wo „unmarxistische ideologische Elemente“ beseitigt werden sollen, kann eine neue (richtigere, vorwärtstreibende) Ausrichtung auf einer höheren Stufe nur dann entstehen, wenn die alte einer systematischen Kritik — die das Richtige vom Falschen trennt, um es auf eine höhere Stufe zu transformieren — unterzogen wird. Geht man die Kritik nicht auf diese Weise an, so wird sich das „systematische Brechen“ mit „unmarxistischen ideologischen Elementen“ in neuer Einseitigkeit, neuen „dogmatischen Verengungen“ — nur diesmal am anderen Pol des Widerspruchs — erschöpfen. So ist es absolut unzulänglich, „dogmatische Verengungen“ des Leninismus/Bolschewismus, der sich bekanntlich insbesondere aus der gründlichen Kritik der Parteien der II. Internationale entwickelt hat, mit dem Luxemburgismus auszutreiben und eine einseitige Betonung von Bewußtheit/Organisiertheit/Zentralismus durch die einseitige Betonung des spontanen Elements. Geht man die Kritik nicht auf die oben skizzierte Weise an, so wird sehr schnell das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, Richtiges mit dem Falschen beseitigt.

Mit „unmarxistischen Elementen brechen“, das ist zweifellos eine lobenswerte Sache. Doch die Frage steht, was ist am bisherigen Programm unmarxistisch und warum? Und: an welchen Positionen hält die KPD, nach kritischer Überprüfung, fest?

Diese Fragen werden durch den Antrag des ZK auf einfache Aufhebung des bisherigen Programms (auch nicht durch die Begründung des Antrags) und die Vorlage des Programmentwurfs nicht oder nur sehr bruchstückhaft beantwortet.

Man wird einwenden, der Programmwurf sei die positiv gewendete Kritik am bisherigen Programm. Dieser Einwand trifft allenfalls auf bestimmte Aspekte zu (etwa: Frage des Charakters des Programms, Aussagen zum Sozialismus — teilweise —), ist aber **insgesamt** nicht haltbar: durch den veränderten Charakter des entworfenen Programms, so z. B. die Absage an eine Kritik des Kapitalismus und seines höchsten Stadiums, des Imperialismus, **als System**, tauchen eine ganze Reihe von bisher grundlegenden Positionen der Partei einfach gar nicht mehr auf, werden weder aufgehoben durch veränderte Positionen noch werden sie bestätigt. Zudem haben die Kompromißlinien, insbesondere zur GIM, die schon den Programmwurf durchziehen, den gleichen Effekt: es bleibt unklar, ob und welche bisherigen Positionen als „unmarxistisch“ aufgegeben wurden oder ob sie beibehalten, aber im Interesse einer Vereinigung „zurückgestellt“ wurden.

Ich meine, jede(r) in der Partei hat einen Anspruch darauf, daß Klarheit darüber geschaffen wird, in welche ideologische — und damit auch politische — Richtung die KPD in

der Zukunft nach den Vorstellungen der Mehrheit der Mitglieder, wie sie sich auf dem Sonderparteitag ausdrücken wird, marschieren soll. Das heißt, mensch muß wissen, was alles genau der Sonderparteitag als „unmarxistisch“ verwirft, wenn er über das bisherige Programm abstimmt.

Durch meinen Antrag, das bisherige Programm nicht **als Ganzes** einfach aufzuheben, auf differenzierte Behandlung des Programms, soll also ein Weg geöffnet werden, der die oben skizzierte Herangehensweise an das „systematische Brechen“ mit „unmarxistischen ideologischen Elementen“ am ehesten **gewährleistet**. In diesem Zusammenhang ließe sich auch die Frage aufwerfen, ob die Vorstellung des Gen. E. Aust (zumindest zur Zeit des 5. Parteitags), daß ein neues Programm mit einem neuen Charakter (wie er sich im vorliegenden Programmwurf ausdrückt) ergänzt werden müßte durch eine zusätzliche Grundsatzklärung der KPD, nicht eine Menge für sich hat.

StS/Dortmund

III. Anträge zum Programmwurf

12

Antrag an den Sonderparteitag:**Alternativentwurf zur Einleitung des Programms**

Die heutige bürgerliche Gesellschaft gleicht dem Zauberspiegel, der die Geister, die er rief, nicht mehr zu bändigen vermag. Der gewaltige Fortschritt, den Industrie und Technik in wenigen Jahrzehnten in Westdeutschland wie in anderen entwickelten Industriestaaten erfahren haben, verlangt längst nach einer entsprechenden Umwälzung der bestehenden Gesellschaftsverfassung und der bisherigen Art des Wirtschaftens.

Er könnte und sollte die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ganzen Gesellschaft verbessern. Stattdessen zwingt er den einen Teil der arbeitenden Bevölkerung zu immer intensiverem Arbeiten, den anderen verurteilt er zu Arbeitslosigkeit.

Auf der einen Seite hat er riesige Kapitalüberschüsse hervorgebracht, die sich den Gesetzen des Kapitals gemäß nicht mehr profitbringend investieren lassen. Auf der anderen Seite macht er eine wachsende Zahl von Arbeitern und Angestellten überflüssig und abhängig von öffentlicher Unterstützung.

Mehr als alle vorherigen Errungenschaften der Technologie eröffnet die Elektronik mit Computern und Robotern die Möglichkeit, den Menschen von knechtender Arbeit zu befreien und zum Herren der Maschinen zu machen. Unter der Herrschaft des Kapitals aber wird die Verkümmern des Menschen zu einem ohnmächtigen Rädchen im Getriebe auf die Spitze getrieben.

Der relative Wohlstand der ersten Nachkriegsjahrzehnte und die mit ihm verbundenen bürgerlichen Freiheiten haben eine Zeitlang die zerstörerischen Wirkungen der kapitalistischen Gesellschaftsverfassung verdeckt. Sie sind heute unübersehbar geworden.

- Die KPD strebt eine sozialistische Gesellschaftsordnung an, die die Produktivkraft der modernen Industrie und den technischen Fortschritt in den Dienst der arbeitenden Bevölkerung stellt. Der Raubbau, den das Kapital an Mensch und Natur vornimmt, kann unter den bestehenden Verhältnissen durch Schutzgesetze gemildert werden. Beseitigt werden kann er nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die großen Produktionsmittel und schließlich die Umwälzung der bestehenden industriellen Produktionsweise.

- Die inneren Gesetze des kapitalistischen Weltmarktes vergrößern beständig die Kluft zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Nord und Süd, zwischen den sogenannten Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industriestaaten. Die Völker der früheren Kolonien erheben sich immer wieder gegen die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft des Imperialismus und gegen die von den imperialistischen Staaten gestützten reaktionären Regimes. Damit können sie die weitere Verelendung ihrer Länder mildern, beseitigt werden kann aber die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Ländern nur durch die Beseitigung des kapitalistischen Weltmarktes, durch die sozialistische Umwälzung in den Kernländern des Kapitalismus selbst, die den Weltmarkt beherrschen.

- Ausdehnung der Märkte und Beherrschung des Weltmarktes sind auch das treibende Motiv bei der Politik der entwickelten kapitalistischen Staaten gegenüber den planwirtschaftlichen Ländern. Es war die Grundlage für den Koreakrieg wie den Vietnamkrieg. Es bildet die Grundlage für die zunehmende Kreditvergabe nach Osteuropa und China, es bildet die Grundlage zugleich für die noch nie dagewesene militärische Aufrüstung, die die imperialistischen Staaten der Welt aufzwingen.

Der Ost-West-Gegensatz ist heute der große Hemmschuh für den gesellschaftlichen Fortschritt. Jede fortschrittliche Regung der Gesellschaft, jedes Aufmucken gegen die Staatsräson hüben wie drüben wird sogleich als Wasser auf die Mühlen des gegnerischen Lagers abgeblockt. Und umgekehrt versuchen beide Seiten jede fortschrittliche Regung auf ihre Mühlen zu leiten. Aber es ist nicht die Sorge um die Menschen-

rechte, die die Mächtigen im Westen sich für die polnische Arbeiterbewegung begeistern läßt. Bei allen dem Westen willfährigen Militärregimes wie in Chile oder Südkorea sind die Menschenrechte vergessen.

Und umgekehrt: erklären sich die Mächtigen im Osten mit der westlichen Arbeiterbewegung solidarisch, so treten sie doch zugleich die Arbeiterbewegung im eigenen Land mit Füßen, sobald sie gegen die bestehenden Verhältnisse rebelliert.

Die Grenzen des bisherigen Sozialismus**und die Perspektiven des künftigen Sozialismus**

Scheinbar stehen die Völker heute vor der Wahl zwischen bürokratischer Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft. Tatsächlich stehen die Völker Europas aber heute vor der Aufgabe, eine Gesellschaftsordnung zu gestalten, die den bestehenden Gegensatz zwischen Ost und West ins Museum der Geschichte verbannt. Die durch den Sturz des Kapitalismus im Westen den wirtschaftlichen und militärischen Druck auf die Sowjetunion und Osteuropa beseitigt und damit ihren Völkern den Weg für eine höhere Entwicklung freigibt.

Die heute in den entwickelten Industriestaaten auf die Tagesordnung gerückte Umwälzung unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den bisherigen sozialistischen Revolutionen, aus denen die heutigen planwirtschaftlichen Regimes hervorgegangen sind.

Das treibende Motiv ist nicht die relative Rückständigkeit wie in der Sowjetunion, in China, Albanien oder Cuba. Grundlage der anstehenden Revolution hier ist gerade die hochentwickelte Technologie und Industrie.

Für Westdeutschland wie für das übrige Westeuropa kann es nicht um die Abwendung vom Westen und die Zuwendung zum Osten gehen, so wie dies 1945 den schon entwickelteren Industrien Polens, der CSSR und der DDR aufgezwungen wurde. Heute kann es für die europäischen Völker nur darum gehen, sich aus der Rolle zu befreien, Spielball und Puffer zwischen den beiden so ungleichen Hegemonialmächten der Gegenwart zu sein.

Soweit die bisherigen sozialistischen Umwälzungen einen wesentlichen Fortschritt brachten, bestand dieser in der Durchsetzung der industriellen Produktionsweise in rückständigen Ländern, denen dieser Weg unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen, unter dem Kommando des Weltmarktes versperrt war. Die in den entwickelten Industriestaaten anstehende Revolution hat zum Zweck die Überwindung dieser Produktionsweise, die Bändigung und Zählung der gewaltigen produktiven und zerstörerischen Kräfte, die der Kapitalismus freigesetzt hat.

Die bisherigen sozialistischen Revolutionen zielten auf die Abkoppelung vom kapitalistischen Weltmarkt. Die anstehende Revolution zielt auf die Beseitigung des kapitalistischen Weltmarktes.

Die bisherigen sozialistischen Revolutionen haben im wesentlichen nur die kapitalistischen Verteilungsverhältnisse beseitigt, Arbeitslosigkeit und Hunger überwunden und den allgemeinen Mangel etwas gerechter verteilt. Die anstehende Revolution muß die vom Kapitalismus hervorgebrachte industrielle Produktionsweise selbst umwälzen.

Die bisherigen sozialistischen Revolutionen haben die Planwirtschaft und die Kommandoverhältnisse des einzelnen kapitalistischen Konzerns auf die ganze Gesellschaft übertragen, die ganze Gesellschaft in eine einzige Fabrik verwandelt. Die anstehende Revolution der entwickelten Industriestaaten muß die innere Struktur der Fabrik selbst umwälzen die bisherige bürokratische Planwirtschaft überwinden.

Der bisherige Sozialismus hat die Parteienherrschaft auf die Spitze getrieben. In dem Maße, wie es aber nicht mehr darum geht, den allgemeinen Mangel zu verwalten, muß auch der Kampf um den Anteil am Gesamtprodukt aufhören und damit der Parteienkampf.

Der bisherige Sozialismus hat den Zugang zu den Machtstellungen der Gesellschaft abhängig gemacht von der richtigen Gesinnung — bzw. der zur Schau getragenen Gesinnung. In dem Maße, wie die Inangasetzung der Maschinerie und die Unterhaltung der Maschinerie nicht mehr ein besonders Kommando über ein Heer von Arbeitssklaven verlangt, muß auch aufhören der Kampf um die Machtstellung und die richtige Gesinnung.

In dem Maße, wie die Unterordnung der Mehrheit unter die Herrschaft der Maschine aufhört gesellschaftlich notwendig zu sein, muß auch der Zugang zu höherer Bildung aufhören, Privileg einer Minderheit zu sein.

Der bisherige Sozialismus konnte die Gegensätze von Intelligenz und Bürokratie einerseits, arbeitenden Klassen andererseits nur zu überbrücken versuchen durch Minderung der Einkommensunterschiede. Zwang zu periodischer körperlicher Arbeit für die Funktionäre, allgemeinen Zwang zur Erlernung eines praktischen Berufes als Voraussetzung für geistige Berufe. Der künftige Sozialismus hat die Mittel in der Hand, diese Gegensätze überhaupt aufzuheben.

Der Sturz des Kapitalismus in seinen europäischen Kernländern ist heute nicht nur Voraussetzung für deren eigene Weiterentwicklung, sondern zugleich die entscheidende Voraussetzung für die Höherentwicklung aller rückständigen Völker.

Begründung:

1. Politikverständnis. — Das ZK hat die Beschränkung des Aktionsradius der Partei, der sich aus der notwendigen Kon-

zentration ihrer Kräfte auf das Industrieproletariat ergab, sozusagen zum Programm erhoben. Probleme der Landwirtschaft, der Jugend, des Internationalismus sind aus dem Programm herausgefallen oder zusammengestrichen.

Die Partei kann heute zwar nicht zu allen Problemen der Gesellschaft umfassende Aussagen machen (Wissenschaftspolitik, Gesundheitspolitik, Städtebaupolitik). Aber doch muß das Programm den Fortschritt der ganzen Gesellschaft im Auge haben, muß es die Grundlage legen für eine umfassendere, breitere politische Tätigkeit der Partei als bloß in den Gewerkschaften, in der Friedens- und Antifa-Bewegung.

Unser Programm muß in den Grundzügen die Fähigkeit des Proletariats ausdrücken, Anwalt des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts, Führer der ganzen Gesellschaft zu sein. Mit diesem überbetonten Blick auf die Zustände in Osteuropa, diesem sich-um-jeden-Preis-abgrenzen-wollen verengt der Programmtext des ZK das Programm der Partei auf das Nur-Arbeiter-Interesse. Auf dieser Grundlage ist der revolutionäre Sozialismus nicht imstande, das Banner des gesamtgesellschaftlichen Fortschritts der kleinbürgerlichen Demokratie (Grün-Alternative) bzw. der Sozialdemokratie aus der Hand zu nehmen.

Dieser Alternativentwurf für die Programmeinleitung zielt insofern auf ein etwas anderes Programm. Im ZK-Entwurf für die Einleitung drückt sich das beschränkte Politikverständnis vor allem aus im

2. Verständnis der Krise. Die Krise der alten Gesellschaft ist die Geburtswehe der neuen Gesellschaft. — Dagegen schildert der ZK-Entwurf in seinem etwas übertriebenen Bemühen, am Bewußtsein der spontanen Bewegung anzuknüpfen, die Krise entsprechend dem (vor allem in der grün-alternativen Bewegung) verbreiteten Katastrophengeist: „Sorge ... Empfindung von Entfremdung und Leere ... Gefühl der Ohnmacht ... Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und Angst ...“ „O nein, das drückt nicht einmal das Lebensgefühl der Industriearbeiterschaft aus, die sich durch einen gesunden Zynismus oder schweijischen Optimismus davor schützt. Und schon gar nicht ist dies der Geist, den die Partei atmen sollte.“

Die Partei ist der Geburtshelfer der neuen Gesellschaft. Und ihr Programm muß ein anderes Lebensgefühl ausdrücken, wenn wir nicht diesen Geburtshelfer gleich bei Beginn der Operation ohnmächtig zu Boden sinken sehen wollen.

Die vom ZK beabsichtigte besondere Betonung der Auswirkungen des Kapitalismus auf die Lage der Arbeiterschaft verstellt dem ZK den Blick für die innere Entwicklung des Kapitalismus. Abgelehnt wird zu Recht eine Darstellung der allgemeinen Bewegungsgesetze des Kapitalismus wie im alten Programm. Notwendig aber ist eine Darstellung der tatsächlichen Entwicklung und Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten.

3. Ziel und Aufgaben der sozialistischen Revolution. In diesem Punkt stimmt der Alternativentwurf mit der Frage des Beitrages von W. S. „Wo ist der soziale Inhalt der Revolution“ in Roter Morgen 38/85 überein.

Wir bringen kein vollkommenes Kind zur Welt. „Sozialismus setzt nach marxistischer Auffassung voraus: tatsächliche Macht und Freiheit der Arbeiterklasse, Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung, Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und im Interesse der Arbeiterklasse.“ heißt es im ZK-Entwurf — das ist allzu vollkommen, allzu schön. Fortschritt ist immer relativ. Und es gilt, möglichst präzise diesen notwendigen relativen Fortschritt zu benennen — auf der Grundlage der im Schoße der alten Gesellschaft heranreifenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten und im Unterschied zu den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der bisherigen sozialistischen Revolutionen. Das ist wenigstens die Absicht des Alternativentwurfes.

4. Einschätzung der planwirtschaftlichen Staaten. Der ZK-Entwurf verzichtet auf die alten maoistischen ML-Begriffe wie neue Bourgeoisie, Sozialimperialismus, hält aber an der Gleichsetzung beider Gesellschaftssysteme fest: „Ausbeutung, Lohnarbeit etc. wie bei uns“. Inzwischen macht das ZK in der Auseinandersetzung mit der GIM einige Abstriche.

Mir scheint diese Gleichsetzung ein schäbiger Rest der groben Vereinfachung zu sein, die das ML-Weltbild von 1970 auszeichneten: SPD und CDU, die gleiche Scheiße, Gewerkschaftsbözen und Kapitalisten, kein Unterschied. Und schließlich USA = UdSSR.

Es ist der gleiche Fehler wie bei der These der KPD in den 20er Jahren, die Faschismus und Sozialdemokratie zu Zwillingen erklärte und die klassenmäßigen Unterschiede verwischte.

Die westeuropäische Revolution kann nicht wie Odysseus mit gleichem Abstand zwischen Skylla und Charybdis hindurchsegeln zwischen Ost und West — sowenig wie die KPD zwischen Sozialdemokratie und Faschismus in den zwanziger Jahren.

Die groben Vereinfachungen und Gleichsetzungen sind für eine politische Partei der Tod. Für die heutige revolutionäre kommunistische Bewegung sind sie eine Fessel, die sie hindert, das Sektenwesen abzulegen.

Der Alternativ-Entwurf für die Einleitung geht davon aus, daß es nicht angeht, nach 70 Jahren sozialistischer Revolutionen in einem kommunistischen Programm nur „Verrat, Verrat“ zu schreiben. Wenn das Proletariat den Glauben an seine politische Befähigung wiedergewinnen will, dann muß es zu einem nüchternen Verständnis finden, wie diese Revolutionen eine Entwicklung haben nehmen können, die den kommunistischen Idealen so sehr ins Gesicht schlägt.

5. Selbstverständnis der Partei. — Im ZK-Entwurf heißt es: „Die Kommunisten kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse und streben keine besondere Herrschaft für sich an.“

Der Alternativentwurf verzichtet auf eine entsprechende Aussage. Er geht vom Parteiverständnis des gesunden Menschenverstandes aus, der hier ganz richtig liegt: Jede Partei ist Ausdruck bestimmter gesellschaftlicher oder Klasseninteressen. Sie ist das Machtorgan, mit dessen Hilfe sich die Interessen durchzusetzen versuchen. Der gesunde Menschenverstand fragt nur nach dem relativen Nutzen dieser oder jener Partei und macht sich keine Illusionen über die Neigung der Partei- und Staatsbeamten, die gegensätzlichen Interessen zum eigenen Nutzen gegeneinander auszuspielen. Der gesunde Menschenverstand verlangt von keiner Partei derartige fromme Versprechungen, sondern nur die statuten- oder verfassungsmäßige Möglichkeit zur Abwahl untauglicher Beamter.

6. Freiheitsbegriff. Der ZK-Entwurf beschreibt die Entwicklung zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, „in der alle Menschen völlig frei von staatlichem und wirtschaftlichem Zwang entsprechend ihren Bedürfnissen leben und sich frei entfalten können.“

Der Kommunismus beseitigt zwar staatlichen Zwang mit dem Absterben des Staates, den Zwang zur Unterordnung unter eine Hierarchie, er beseitigt aber nicht jeden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zwang. Freiheit bleibt „Einsicht in die Notwendigkeit“. Die höhere Freiheit des Kommunismus ist keine individuelle, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit, eine höhere Stufe in der Wechselbeziehung zwischen Mensch und Natur. Die Hoesch-Zelle fordert zu Recht die Streichung dieses Satzes. Jeder Fortschritt in der Freiheit kann nur ein relativer Fortschritt dabei sein, wie der Mensch seine eigenen Lebensbedingungen beherrscht.

7. Es ist offenkundig, daß die Anschauungen dieses Alternativentwurfes nicht auf einer breiten Diskussion in der Partei beruhen und nicht den heutigen Anschauungen der Parteimehrheit entsprechen.

In der Beurteilung der planwirtschaftlichen Länder ging die Parteimehrheit bisher wie die MLPD und die ausgetretene Fraktion und andere Gruppierungen von der Gleichsetzung des östlichen Gesellschaftssystems mit dem westlichen aus.

Die Gruppierungen, die diese Anschauung nicht teilen oder nicht mehr teilen — GIM, Arpo, KB, BWK — sind hinsichtlich der strategischen Schlußfolgerungen z.T. in einiger Verwirrung: Frage des Bündnisses mit der Sowjetunion im Kriegsfall usw.

Ich meine, daß man diese Widersprüche nicht mit einer Kompromißformel gegenüber der GIM verkleistern darf und sehe mich nicht in der Lage „mehrheitsfähige Verbesserungsvorschläge“ zum vorliegenden Entwurf zu machen.

Obwohl der Alternativentwurf den Anschauungen der GIM näher steht als denen des ZK, bin ich entschieden der Ansicht „Erst Klarheit — dann Einheit“, in allen wesentlichen Fragen. Diese aber zähle ich dazu. Denn in der Haltung zum bisherigen Sozialismus (früher: hoch Stalin, oder hoch Trotzki, oder hoch Mao Tsetung) drückt sich eben eine bestimmte Vorstellung vom Ziel aus, für das wir kämpfen.

R. S., Bochum

13

Antrag zum Programmtext

Betr.: Einschätzung der revisionistischen Länder, Einleitung, 9. Absatz

Der Parteitag möge folgende Passage

1. „Tatsache ist es, daß in diesen Ländern die Arbeiterklasse wie bei uns in Westdeutschland und Westberlin ausgebeutet wird, daß die Arbeiter wie bei uns Lohnarbeiter sind und nicht für sich und den gesellschaftlichen Fortschritt in ihrem Interesse arbeiten, sondern für den Profit der herrschenden Klasse.“

ersetzen durch:

„Auch in diesen Ländern bestimmen nicht die Werktätigen, was mit den Früchten ihrer Arbeit geschieht. Sie haben keinen tatsächlichen Einfluß auf die Leitung der Betriebe und noch weniger auf die Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Mehrprodukts. Auf der anderen Seite vergrößert eine privilegierte Schicht in Partei, Staat und Betrieben beständig ihre Vorrechte und Pfründe auf Kosten der Werktätigen und läßt zudem ein ständiges Wachsen des privatwirtschaftlichen Sektors zu.“

Begründung:

Zu diesen und ähnlichen Aussagen des Programmtextes meine ich: Es gibt und gab in unserer Partei nie eine wissenschaftliche Analyse, die beweisen würde, daß in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ der Kapitalismus „wie bei uns“ wiederhergestellt wurde.

Es gibt die traditionelle „ml“- bzw. chinesische Analyse, die sich vor allem mit der Ideologie und Theorie, mit der Politik der in diesen Ländern herrschenden Schicht auseinandersetzt und mit Erscheinungsformen des wirtschaftlichen Lebens beschäftigt. In vielen Punkten ist diese Kritik berechtigt und auch die Schlußfolgerung, daß in diesen Ländern der Sozialismus „entartet“ ist. Nur ist diese Analyse kein Beweis dafür, daß in diesen Ländern der Kapitalismus wiederhergestellt wurde.

Es gibt die revisionistische Analyse und Erklärung, die behauptet, daß in diesen Ländern die Arbeiterklasse bzw. das Volk als ganzes Eigner der Produktionsmittel ist und dieses Eigentum über den Staatsapparat realisiert. Fehlentwicklungen hierbei werden durchaus zugestanden.

Es gibt die Analyse der Trotzkisten um Ernest Mandel (auch die GIM), die davon ausgeht, daß es sich bei diesen Staaten um bürokratisch entartete Arbeiterstaaten handelt, in denen die Produktionsmittel den Kapitalisten entrisen sind, in denen nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln die vorherrschende Wirtschaftsform darstellt, in denen aber die politische Macht von einer Bürokratschicht gehalten wird. Ökonomisch — so diese Analyse — sei dies eine Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Es gibt gute Gründe, sich mit diesen Analysen auseinanderzusetzen. Um einige zu nennen:

1. Gegen die Behauptung, daß in diesen Ländern die Arbeiter „wie bei uns“ „für den Profit der herrschenden Klasse“ ausgebeutet werden, spricht: Zumindest die juristische Form des Eigentums ist anders: Das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln (ich spreche jetzt nicht vom privatwirtschaftlichen Sektor, weil dies nicht die bestimmende Eigentumsform ist) gehört nicht den Kapitalisten und auch nicht einer von uns zum kollektiven Kapitalisten erklärten Bürokratschicht. Die Konstruktion, daß dieses Eigentum über den Umweg des staatlichen Eigentums faktisch besteht (ähnlich einer Aktiengesellschaft hierzulande) ist zumindest zweifelhaft: Dies Eigentum ist nicht vererbbar und an die jeweilige Funktion gebunden.

2. Gegen die Behauptung, daß die Arbeiter ausgebeutet werden „wie hier“ spricht, daß die Arbeitskraft in diesen Ländern vor allem eine Plangröße ist, nur in eingeschränktem Maß dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt, was sich auch darin ausdrückt, daß es zumindest in der SU und der DDR keine Dauerarbeitslosigkeit gibt und keinen Arbeitsmarkt vergleichbar mit dem hiesigen.

Es ist zumindest fraglich, daß die treibende Kraft für die Wirtschaft dieser Länder ist, aus den Werktätigen einen möglichst höheren Mehrwert zu pressen.

Man sollte diese Frage nicht in einen Topf werfen mit der Tatsache, daß die Produzenten in diesen Ländern tatsächlich ebensowenig Einfluß auf die Verwertung ihres Mehrproduktes haben wie im Kapitalismus. Denn die wird wesentlich bestimmt durch Eigeninteressen der privilegierten Schicht in Staat, Partei und Betrieben.

3. Gegen die Behauptung, daß dort Kapitalismus herrsche „wie hier“ spricht, daß es dort keine Überproduktionskrisen gibt „wie hier“ und die sich hieraus ergebende Arbeitslosigkeit, sondern eher Mangelkrisen, Krisen, die ihre Ursache in der falschen Proportion der Wirtschaftszweige haben, in Widersprüchen zwischen Konsum- und Investitionsinteressen und in Eigeninteressen der privilegierten Schicht.

Unabhängig von der theoretisch-wissenschaftlichen Analyse meine ich aber: Es ist politisch falsch, Erscheinungsformen in diesen Gesellschaften einfach mit Erscheinungsformen in unserer Gesellschaft gleichzusetzen, und sie von der inneren Logik dieser Systeme und von der geschichtlichen Entwicklung dieser Länder zu trennen.

Unabhängig davon, wie man die heutigen Verhältnisse in diesen Ländern beurteilt: Allein wegen der geschichtlichen Herkunft und auch wegen der noch jetzt verkündeten sozialistischen Ansprüche sind entscheidende Dinge im gesellschaftlichen und gerade auch im betrieblichen Alltag dort eben nicht „wie bei uns“ (und auch nicht automatisch schlimmer als bei uns): das Arbeitsrecht, Herrschafts- und Entscheidungsstrukturen in den Betrieben, geringere Konkurrenz unter den Arbeitern, größere Gleichberechtigung der Frauen usw.

+ + + + +

Die grundsätzliche Klärung dieser Fragen haben wir uns ja schon lange vorgenommen und wieder aufgeschoben. Ich meine aber, daß unabhängig davon, jetzt Korrekturen in unserer Programmatik vorgenommen werden müssen, (oder zumindest nicht durch solche Formulierungen wie im Programmtext eine einseitige Festlegung erfolgen darf). Denn:

Der plumpe Antisowjetismus und Antirevisionismus früherer Jahre, der seinen (sicher schwachen) Nachhall noch in diesen Formulierungen hat, trennt uns von all den Linken, auch gerade den Linken in der Gewerkschaft, von fortschrittlichen Arbeitern und von linken Intellektuellen, die Kritik haben an den Verhältnissen dort, die diese Verhältnisse ablehnen, aber die auch nicht bereit sind, das gleiche Unverständnis zu zeigen und die gleiche Sprache zu sprechen wie die Russenhaser und die Antikommunisten. Wir haben in schlimmen Zeiten (Vaterlandsverteidigung!) diese Sprache gesprochen.

Auch die Auseinandersetzung mit DKP-Genossen darüber, was die wirklichen Fehlentwicklungen und restaurativen Züge dieser Länder sind, ist schwer, wenn man von vornherein alles in einen Topf wirft.

Und auch im Lager links von der DKP sind unsere Positionen nur mit der MLPD bündnisfähig, trennen uns unsere Positionen z. B. im Friedenskampf von KB, BWK und Trotzkiisten.

Auch in der Parteidiskussion haben die Schwarzweißbeurteilungen, die Plumps- und Putschtheorien es uns schwer

gemacht, die tatsächlichen Fehler, Fehlentwicklungen und Revisionen des Marxismus von historisch notwendigen Schritten zu trennen. Wir haben uns damit einen ehrlichen Weg verbaut, Schlußfolgerungen für den Charakter unserer Partei und für den Weg der Revolution in der BRD zu ziehen.

Das undialektische und unhistorische Herangehen an den Revisionismus hat es uns bisher fast unmöglich gemacht, verschiedene Formen der Revolution, verschiedene Formen des Aufbaus einer neuen Gesellschaft marxistisch zu bewerten, das geschichtlich Positive von den Fehlentwicklungen zu trennen. Wir waren nur in der Lage, Schubladen zu öffnen und das, was da nicht reinpaßte, zu ignorieren. (Ein Beispiel: „25 Jahre China — 25 Jahre Lug und Betrug“!!!) Nur so kann man erklären, daß wir es (im Gegensatz z. B. zur GIM) nie für nötig befunden haben, uns mit der Entwicklung von Korea, Vietnam, Kuba usw. nach der Befreiung dieser Länder zu befassen und daraus zu lernen.

Zum Schluß:

Entgegen der Logik aller anderen Diskussionen — z. B. über den Charakter der Partei, über die Entwicklung der SU und der DDR — hat sich die Partei bisher um eine Änderung dieser Einschätzung mit verdächtiger Konsequenz gedrückt.

Der Grund scheint mir klar: Der Antirevisionismus unserer letzten 15 Jahre scheint der entscheidende Grund für die Existenz einer Partei wie unserer zu sein. Es besteht eine heilige Angst in der Partei, diese Kuh zu schlachten, es besteht eine berechnete Angst, die eigene Identität und Daseinsberechtigung zu verlieren.

Diese Angst ist falsch und politisch schädlich.

Wir sollten uns erinnern: Der plumpe Antirevisionismus, wie wir ihn in den letzten 15 Jahren mit verschiedenen Exzessen vertreten haben (SU = aggressivste Macht der Welt, Revisionismus = Sozialfaschismus usw.), die Schlüsse, die wir daraus gezogen haben (für Vaterlandsverteidigung, für noch mehr Staat im Sozialismus, für die „reine“ strenge Partei) — das war nicht der Antirevisionismus, der der ML-Bewegung Ende der sechziger Jahre ihren Schwung und ihre Anziehungskraft gegeben hat, von der wir heute noch zehren:

- der Antirevisionismus, der sich in unserer Sympathie für die Kulturrevolution ausdrückte,
- der Antirevisionismus, der eine ständige Revolutionierung aller Verhältnisse forderte, der gegen Zwang und Bürokratie aufbegehrte: („Die Arbeiter müssen das Sagen haben, die Partei muß sich auf die Massen stützen!“)

Mit dem schon fast religiösen „Antirevisionismus“ der folgenden Jahre sind wir in Wirklichkeit den Revisionisten immer ähnlicher geworden: In unserem Verständnis von Partei, Staat und Revolution und in unserer Art, Geschichte (auch Parteigeschichte) umzuschreiben.

Ich meine: Es ist höchste Zeit, die heilige Kuh zu schlachten.

Anna (Zelle Metall/Bau, Dortmund)

14

Antrag zum Programmtextwurf
Betrifft: Einleitung

Absatz 9 soll lauten:

„Tatsache ist, daß sich in diesen Ländern Verhältnisse herausgebildet haben, in denen die Arbeiterklasse von der Verfügung über die wesentlichen Produktionsmittel weitgehend ausgeschlossen ist und die Ausbeutung im Sinne einer wirklich gesellschaftlichen Aneignung der Arbeitsprodukte längst nicht beseitigt ist.“ (...)

U. L., Dortmund

15

Antrag zum Programmtextwurf
Betrifft: Einleitung

Beilage S. 17/1. Spalte, Abs. 11 — Kommunist S. 1, Abs. 11 Text im Programmtextwurf:

„Tatsache ist, daß diese Länder auch in der Frage des Kampfes um die Vorherrschaft in der Welt und des Wetttristens oder in der Frage der Umweltzerstörung keinen Weg eingeschlagen haben, der sich grundsätzlich von dem der westlichen imperialistischen Länder unterscheidet.“

Änderungsantrag:

„Tatsache ist, daß diese Länder auch in der Frage des Wetttristens oder in der Frage der Umweltzerstörung keinen Weg eingeschlagen haben, der sich grundsätzlich von dem der imperialistischen Länder unterscheidet.“

P. S., Dortmund

16

Antrag zum Programmtextwurf
Betrifft: Einleitung

Absatz 12 soll lauten:

„Wir fügen hinzu: Tatsache ist, daß diese Länder nach marxistischer Auffassung, wonach der Sozialismus die tatsächliche Macht und Freiheit der Arbeiterklasse, Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung, Leitung der Wirtschaft durch die Arbeiterklasse und im Interesse der Arbeiterklasse voraussetzt, nicht sozialistisch sind.“

U. L., Dortmund

17

Anträge zum Programmtextwurf — Einleitung

2. Zu dem vom ZK vorgelegten Programmtextwurf schlagen wir folgende Änderungen vor, die wir als Anträge an den Parteitag stellen: 1. Kapitel, 15. Abschnitt:

Den Satz: „Die Kommunisten kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse und streben keine besondere Herrschaft für sich an.“ ändern in: „Die Kommunisten kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse und streben dagegen keine Diktatur über die Arbeiterklasse an.“

Begründung:

So wie wir es formulieren, ist es auch im ZK-Entwurf gemeint, nur drückt der sich krampfhaft elegant um das, was eigentlich gemeint ist.

Zelle Mainz

18

An den Sonderparteitag

An die LDK Ruhr

Antrag zum Programm-Entwurf

Der Satz (S. 1) „Die Kommunisten kämpfen für die politische Macht der Arbeiterklasse und streben keine besondere Herrschaft für sich an“ soll an dieser Stelle gestrichen werden und ersetzt werden durch folgenden Absatz am Ende des ersten Abschnittes nach „... sich frei entfalten können.“ (S. 2):

„Für die Erreichung dieser Ziele braucht die Arbeiterklasse eine politische Partei, die keine besonderen Interessen gegenüber den Bestrebungen und Kämpfen der Arbeiter vertritt, die für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft und keine besondere Herrschaft für sich anstrebt. Die kommunistische Partei will den Zusammenschluß der Arbeiter und ihre Organisiertheit fördern, denn nur organisiert und mit klaren politischen Zielen läßt sich der Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihre Regierungen bestehen. Die Kommunisten wollen den Zusammenschluß aller Kräfte in einer Partei erreichen, die für den Sturz der Bourgeoisie, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates sind, die die Arbeiterklasse als Hauptkraft der Gesellschaft anerkennen und für die Erhebung der politischen Macht der Arbeiterklasse und für den Sozialismus als Durchgangsgesellschaft zum Kommunismus eintreten, die aber die jetzige Gesellschaftsform in der DDR als nicht sozialistische ablehnen. Innerhalb der kommunistischen Partei soll die Verwirklichung der Grundprinzipien der kommunistischen Gesellschaft vorbereitet werden zur Erziehung der Klasse und der Gesellschaft. Ebenso muß sich die kommunistische Partei der Beurteilung und Erziehung ihrer Politik und Organisation durch die Arbeiterklasse unterwerfen. Die Kommunisten in der BRD müssen sich zusammenschließen, um die großen Ziele der Arbeiterklasse als politische Partei in allen Bewegungen und Kämpfen der Gesellschaft zu vertreten, in allen Organisationen der Arbeiter und Werktätigen und auch im Parlament.“

Das Programm der KPD dient diesem Ziel. Es ist kein fix und fertiges Ideengebäude für alle Zeiten. Wichtiger als alle Programme sind die tatsächlichen Fortschritte, die die Arbeiterschaft im Kampf macht und im Zusammenschluß und der Organisierung für ihre Interessen und Ziele.“

Zelle „General Blumenthal“, Recklinghausen

19

Antrag zum Programmtextwurf
Einleitung

Seite 2, 1. Abs. (Kommunist)

soll ergänzt werden:

„Die Arbeiterklasse, ... Beamten gehört, deren entscheidender Kern das Industrieproletariat ist, ist die Klasse ...“

Begründung:

Gerade, wenn der Begriff Arbeiterklasse so weit gefaßt ist, ist es wichtig, im Zusammenhang mit der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse hervorzuheben, welcher Teil hier die entscheidende treibende Kraft ist.

MV/LV-HH

20

Antrag zum Programmtextwurf, Einleitung
Betrifft: Frauen

Seite 2 (S. 17, Spalte 1)

... letztlich vom Fortschritt der Arbeiterbewegung ab.

Das heißt nicht, daß alle sozialen Bewegungen im Kapitalismus umstandslos dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit unterzuordnen sind. Es beinhaltet vielmehr die Notwendigkeit des Unterstützens aller Bestrebungen, die sich gegen jegliche Art von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung wenden.

Dies gilt vor allem für den Kampf der Frauen gegen ihre besondere Unterdrückung durch patriarchalische Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft.

Das sagen wir auch in Abgrenzung zu jener schlechten Tradition der Arbeiterbewegung, einschließlich ihres kommunistischen Teils, die den Widerspruch zwischen Mann und Frau schematisch als Nebenwiderspruch abtut, um der Frauenbewegung jede eigenständige Rolle

abzusprechen. Um die Frauen, also mehr als 50 Prozent unserer Bevölkerung in den Kampf um Freiheit und Sozialismus einzubeziehen, muß die Arbeiterklasse beides, den Kampf der Frauen gegen die sie ausbeutenden Kapitalisten und den Kampf der Frauen gegen den sie unterdrückenden Mann unterstützen.

Indem die Arbeiterklasse ...

ZK der KPD

21

Änderungsantrag zum Programmtextwurf

Kapitel: „Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar“

Seite 3 (Kommunist), Abs. 2

streiche: „arbeitenden Menschen“

setze: „Arbeiterklasse und übrigen Werktätigen“

Begründung:

„arbeitende Menschen“ ist zu eng gefaßt, vor allem, wenn man davon ausgeht, daß es Aufgabe der Gewerkschaften ist, auch die Interessen der Arbeitslosen zu vertreten.

Zelle Hannover

22

Antrag zum Programmtextwurf

Kapitel: „Kapitalismus und ...“

Seite 3 (Kommunist), Abs. 7

streiche: „willens und fähig“

setze: „besser in der Lage“

Begründung:

Auch die Schmidt-Regierung war willens, die Kapitalinteressen um nahezu jeden Preis durchzusetzen. Es entspricht auch nicht der Rolle der SPD, anzunehmen, sie sei dazu nicht fähig — allein, sie nützt der Bourgeoisie mehr (und es tut auch den Parteikassen wohl und bringt Wählerstimmen), wenn sie in der Opposition Protestpotentiale binden kann und das Proletariat an das System fesselt. Die einzige Rücksicht, die die SPD nehmen muß, betrifft den Faktor Wählerstimmen, was eine gewisse Pufferwirkung gemessen an den Absichten der Monopolbourgeoisie erzeugt. Daß sie jedoch fähig ist, diese Rücksicht zu vernachlässigen, beweist die Geschichte nachdrücklich genug.

Zelle Hannover

23

Antrag zum Programmtextwurf
Betrifft: Frauen

Seite 4 (Seite 17, Spalte 3)

... in die Familien verlegt werden.

Frauen fungieren im Kapitalismus als industrielle Reservearmee. Entsprechend dem Arbeitskräftebedarf der Unternehmer werden sie in Perioden starker Ausweitung der Produktion zwar verstärkt zum Eintritt in das Erwerbsleben bewegt, aber in Zeiten hoher Massenarbeitslosigkeit unter großem Druck aus dem Erwerbsleben gedrängt. Frauenlöhne sind niedriger als Männerlöhne und die Arbeitsmöglichkeiten von Frauen sind im allgemeinen nur auf bestimmte Berufe beschränkt. Diese besonders gedrückte ökonomische Stellung der Frau ist nur möglich, weil die bürgerliche Gesellschaft die historisch vorgefundene gesellschaftliche Unterdrückung der Frau fortsetzt, zum Teil entsprechend den kapitalistischen Herrschafts- und Gewinninteressen modifiziert.

Nach wie vor wird die Rolle der Frau vor allem in den Schranken der Familie definiert, wo sie durch unbezahlte und gering geschätzte Arbeit vor allem die gesellschaftlich „bedeutende“ Tätigkeit der Männer zu ermöglichen haben. In allen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft existiert die Vorherrschaft des Mannes über die Frau: Ungleichstellung im politischen Leben und in der Öffentlichkeit, rechtliche und soziale Benachteiligung, ökonomische Abhängigkeit vom Mann, Gewalt gegen Frauen, sexistische Diskriminierung — die Unterdrückung der Frau erfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Auf breiter Front greift die Reaktion erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen an, versucht sie ...

ZK der KPD

24

Antrag zum Programmtextwurf

Kapitel: „Kapitalismus und ...“

Seite 4 (Kommunist) / Seite 17, Spalte 3 bis Seite 18 Spalte 1 (Beilage)

Nach dem neuen Frauen-Absatz: „Nach wie vor wird die Rolle der Frau ... die Unterdrückung der Frau erfaßt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.“

soll es heißen:

„Für die Entwicklung des Industriekapitalismus in unserem Land ist kennzeichnend, daß er die Jugend aller Klassen und Schichten für einen immer längeren Zeitraum aus dem Arbeitsprozeß heraushält, so daß insbesondere für die Arbeiterjugend eine längere Jugendphase in ihrem Leben

Realität geworden ist. Doch dieser Prozeß geht nicht einher
a. mit der Verbesserung der Schul- und Berufsausbildung für alle,

b. mit mehr ökonomischer Unabhängigkeit für die Jugendlichen,

c. mit der Anerkennung ihrer vollen „Mündigkeit“ in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Im Gegenteil, die anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit, die Katastrophe der Berufsausbildung (keine freie Wahl des Berufes, Ausbildung in Berufen ohne Zukunft, keine sinnvolle Ausbildung usw.), fehlendes Geld und fehlender Wohnraum, bringen immer mehr Jugendliche in ihrer Lebensplanung in Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität. Die Jugend ist heute weitgehend aus den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen ausgegrenzt, ihr wird das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Die bürgerliche Jugendideologie betrachtet Jugend weiterhin als Erziehungsobjekt, die fremdbestimmte Rolle zu übernehmen hat. Immer mehr reagieren mit Verweigerung gegenüber dem Parteiensystem, ziehen sich in den Bereich der jugendlichen Alterskultur zurück oder versuchen durch Selbstinitiative und -aktion sich einen „Freiraum“ zu erkämpfen, worauf der Staatsapparat in der Regel mit zügelloser Härte reagiert.

(Dann weiter:) „Auf breiter Front greift die Reaktion erkämpfte demokratische Rechte der Werktätigen an, versucht sie ...“

Jugendabteilung des ZK

25

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: „Kapitalismus und ...“

Seite 4 (Kommunist), Abs. 5

Streiche: „die Europäische Gemeinschaft unter seine Vorherrschaft“;

setze: „in der Europäischen Gemeinschaft eine starke Machtstellung zu erlangen und die EG selbst ...“

Streiche: „der größte Exporteur“;

setze: „einer der größten Exporteure“

Streiche: die stärkste Militärmacht“

setze: „eine der stärksten Militärmächte“

Begründung

Die EG ist ein politisches Bündnis der westeuropäischen Imperialisten. Es trifft nicht zu, daß die BRD dort eine Vorherrschaft ausübt. Auch wenn die BRD vielleicht wirtschaftlich die stärkste Macht darstellt, beherrscht sie die EG noch lange nicht — abgesehen davon, daß auch auf diesem Sektor — ebenso wie beim Terminus „stärkste Militärmacht“ keine für alle Zeiten Bestand habende Fakten geschaffen werden — ist sie etwa der „größte Exporteur“, kann das schon in einem Jahr anders aussehen. Das Programm sollte daher solche Superlative vermeiden und doch das Wesentliche ausdrücken.

Zelle Hannover

26

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: „Kapitalismus und ...“

Beilage S. 18/1. Sp./Abs. 4 und 4 — Kommunist S. 4/Abs. 6

Text im Programmentwurf:

„Das äußert sich in der wachsenden Tendenz zu lokalen Kriegen. Angesichts der bestehenden globalen Konfrontation zwischen den beiden aggressiven Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt erwächst daraus die Möglichkeit eines militärischen Konflikts zwischen diesen Blöcken und ihren Führungsmächten, den USA und der Sowjetunion, und somit die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkriegs, der unweigerlich Europa zum zentralen Kriegsschauplatz haben und aller Voraussicht nach in einer atomaren Katastrophe für die gesamte Menschheit enden würde.“

Änderungsantrag:

„Das äußert sich auch in dem Versuch des Aufbaus von militärischen Erstschlags- und Enthauptungskapazitäten der NATO gegenüber dem Warschauer Vertrag. Im Schutz dieser Kapazitäten soll eine weltweite Operationsfähigkeit der imperialistischen Staaten gesichert und ausgebaut werden, v. a. die kolonialistische und neokolonialistische Ausbeutung der Länder der sogenannten 3. Welt und die Möglichkeiten für einen ‚siegreichen Krieg‘ gegen den Warschauer Vertrag aufgebaut werden, um ihn aus der Weltpolitik auszuschalten und seine weiten Absatzmärkte und Rohstoffquellen voll in den imperialistischen Weltmarkt zu integrieren.“

Angesichts der globalen Konfrontation zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Vertrag erwächst daraus die Möglichkeit eines militärischen Konflikts zwischen den Blöcken und ihren Führungsmächten, den USA und der SU und somit die Gefahr eines 3. Weltkriegs, der unweigerlich Europa zum zentralen Kriegsschauplatz haben und aller Voraussicht nach in einer atomaren Katastrophe für die gesamte Menschheit enden würde. Von ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stärke her ist nur die NATO mit den USA als Führungsmacht in der Lage, die Aufteilung der Welt erneut in Frage zu stellen und sie tut es auch. Deshalb geht von ihr heute die Kriegsgefahr aus.

Obwohl in einem möglichen kommenden Konflikt wahr-

scheinlich angegriffen, würde die SU in einem solchen Krieg keine gerechte Seite darstellen, für deren Sieg die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten eintreten müßten. Auch in der SU und in den anderen Ländern des WV eignet sich eine Minderheit die Früchte der Arbeit der Arbeiterklasse und der Werktätigen privat an. Auch in ihr stellt sich für die Arbeiterklasse nicht die Frage, das ‚Vaterland‘ zu verteidigen, denn sie haben nichts zu verlieren. Schon längst setzt die SU in ihrer Militärpolitik nicht mehr auf den Friedenskampf in den imperialistischen Ländern, sondern versucht die militärische Bedrohung durch die NATO und ihre Verbündeten mit immer stärkeren militärischen Kräften abzuschrecken. Obwohl immer als „Nachrüstung“ macht die SU jede neue Spirale des Wettrüstens mit, nimmt auf die Werktätigen anderer Länder in ihrer Militärpolitik keine Rücksicht und erfüllt nicht die Forderungen der autonomen Friedensbewegung im eigenen Lager.

Aus dieser Einschätzung der Kriegsgefahr ergibt sich für die revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten in der BRD und Westberlin eine konsequente Strategie einseitiger Abrüstung, aber auch der Solidarität mit den autonomen Friedensbewegungen in den Ländern des Warschauer Vertrags.

Begründung:

Die beantragte Änderung stellt die bisherige Parteidoctrin von der gegenüber den westlichen Ländern aggressiven sozialimperialistischen Supermacht SU in Frage.

Eine Begründung für diesen Antrag kann keine komplette neue Theorie der internationalen Rolle der Sowjetunion liefern, jedoch Thesen und einige diese erhärtende Tatsachen, die es sinnvoll erscheinen lassen, den bisherigen Standpunkt der Partei in dieser Frage zumindest zu modifizieren.

1. Die These im Programmentwurf von der „globalen Konfrontation der beiden aggressiven Militärblöcke NATO und Warschauer Vertrag“ als Ursache der Kriegsgefahr, macht keinen Unterschied zwischen der Aggressivität der NATO und der Aggressivität des Warschauer Pakts. Sie unterstellt eine weitgehende Gleichartigkeit und Gleichwertigkeit der internationalen Rolle beider Militärblöcke. Tatsache ist jedoch, daß die NATO dem Warschauer Vertrag ökonomisch und militärisch weit überlegen ist.

Tatsache ist ferner, daß die NATO darauf aus ist, Kriegsführungsfähigkeit aufzubauen, während der Warschauer Vertrag eher „das Gleichgewicht des Schreckens“, den Status quo, zementieren will. Eine Aggressivität des Warschauer Vertrages im Sinne von expansiv in Europa ist nicht feststellbar, während die NATO nach wie vor mit den Herrschenden in unserem Land in dieser Frage vorneweg — die europäischen Nachkriegsgrenzen in Frage stellt.

Äußerst aggressiv geht die WV-Führungsmacht SU jedoch in ihrem eigenen Lager oder in der von ihr beanspruchten „Sicherheitszone“ (z. B. Afghanistan) gegen nationale oder soziale Emanzipationsbewegungen vor.

Dazu einige Fakten:

a. Bekanntlich ist eine der wesentlichen Grundlagen für die militärische Kraft eines Staates bzw. Blockes seine gesamtwirtschaftliche Stärke. 1980 war die Industriemacht der NATO noch 2,5 mal so stark wie die des WVs. Das „Weißbuch 79“ der Bundesregierung dazu: „Mit diesem Potential an Menschen und mit der dem Warschauer Pakt doppelt überlegenen Wirtschaftskraft des Westens können wir unsere Verteidigungskraft aufrechterhalten, unsere Entspannungspolitik fortsetzen und gemeinsam eine Welt größerer Sicherheit und Stabilität schaffen.“

b. Militärisch ist der Warschauer Vertrag der NATO weit unterlegen. Von den Rüstungsausgaben der Welt gab die NATO 1983 46,2 Prozent und die WVO 24,0 Prozent aus. Die KPD-Broschüre „Deutschland darf kein Schlachtfeld werden“ machte 1981 folgenden Vergleich der militärischen Stärke beider Blöcke auf: 4500 Atomsprengköpfe der SU standen 12000 Atomsprengköpfe der USA, 500 Britanniens und 200 Frankreichs gegenüber. 5639000 Soldaten der WVO einschließlich der verbündeten Länder Kuba und Vietnam standen 9413660 Soldaten der NATO, einschließlich Frankreichs, Japans und Chinas gegenüber. Bei Kampfflugzeugen hieß das Verhältnis: 12290 zu 14450; bei Kriegsschiffen 539 zu 830, lediglich bei Panzern wird eine Überlegenheit des WV mit 56700 zu 37770 der NATO plus Verbündeter ausgemacht. Zu dieser Panzerüberlegenheit der SU wird aber zugleich einschränkend festgestellt: nur ein Drittel ihrer Panzer und Flugzeuge entsprechen dem westlichen Standard. 1982 hatte sich das Verhältnis bei den Atomsprengköpfen so entwickelt: USA 30000, SU 15670, China 920, Großbritannien 680, Frankreich 720.

c. Offizielle westliche Statistiken legen ein anderes Bild nahe: 252 Divisionen des WV stehen 117 NATO-Divisionen gegenüber; 62900 Ostpanzer sollen 25330 Westpanzer hinwegfegen. 5,8 Millionen WVO-Soldaten stehen 4,4 Millionen NATO-Soldaten gegenüber. Diese Statistik ist jedoch propagandistisch aufgebaut; sie ist folgendermaßen zu relativieren: beim Vergleich der Soldaten wird Frankreich weggelassen; Spanien wird prinzipiell nicht mitgezählt; die US-Truppen, die im „Konfliktfall“ in die BRD eingeflogen werden und deren Material bereits eingelagert ist (POMCUS) werden nicht mitgezählt; das Gegenüberstellen von Divisionen ist komplett irreführend: eine WV-Division hat im Durchschnitt 11000 Soldaten, eine NATO-Division 18000 Soldaten, die NATO-Divisionen sind zu 100 Prozent kampfbereit, während von den WV-Divisionen nur 49 als kampfbereit gelten. Die 62900 Panzer schlüsseln sich wie folgt auf: 5000 vom Typ t-34 stammen aus 1942, 40000 stammen aus einem 1954 entwickelten Typ; die beiden genannten Gruppen gelten z. T. als schrottartig und untermotorisiert. Über moderne, ab 1965 gebaute Panzer verfügen die NATO über 17000 und der WV über 12000.

Die auch zuweilen in der Parteipresse behauptete Fähigkeit des WV mittels seiner Panzerverbände binnen weniger Tage bis zum Rhein vordringen zu können, dürfte also kaum gegeben sein.

d. Als zahlenmäßiger Beweis für die „imperialistische Aufrüstungspolitik“ der SU wurde in der Parteipresse auch öfters die „gigantische Aufrüstung der Roten Flotte“ angesehen. Sie ist zwar groß und kreuzt auch auf Meeren, wo sie keine Küsten hat, aber wesentlich kleiner als die US-Navy. Die Rote Flotte umfaßt 490000 Soldaten, Die US-Navy 761000. Die Rote Flotte ist kaum in der Lage, Landungsunternehmen auszuführen: sie hat fast keine Flugzeugträger und ihre Großkampfschiffe sind für die Bekämpfung von Seezielen nicht von Landzielen bewaffnet.

2. Die These von der „Rivalität der beiden aggressiven Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt“ als Ursache der Kriegsgefahr fußt auf der Sozialimperialismus-Theorie. Der Begriff zur Kennzeichnung der SU „Sozialimperialismus“ wird in der marxistisch-leninistischen Weltbewegung seit dem Überfall der SU am Ussuri verwandt, während die Sowjetrevisionisten bis dahin wegen ihrer Kollaboration mit dem US-Imperialismus gegen die nationalen Befreiungsbewegungen angegriffen wurde, die VR China wird in der Weltbewegung seit ihrer wirtschaftlichen Sabotage in Albanien als imperialistisch oder sozialimperialistisch bezeichnet. Eine sozialökonomische Analyse dieser Gesellschaften im Hinblick auf die Existenz von Imperialismus, liegt aber kaum vor. Politisch haben wir inzwischen soweit diskutiert, daß eine Durchsetzung des Begriffs „Sozialimperialismus“ zur Kennzeichnung der SU im Einigungsprozeß der revolutionären Sozialisten kaum möglich und auch nicht erforderlich ist. Ob aber tatsächlich „Sozialimperialismus“ nachweisbar ist, scheint zumindest fraglich. Abgesehen davon wäre mit diesem Nachweis noch wenig darüber ausgesagt, ob die SU zu denjenigen Staaten gehört — nach der Einteilung, die Stalin einmal vorgenommen hat — die den gegenwärtigen Frieden wenigstens erhalten wollen oder die auf Krieg drängen.

Gegen die Sozialimperialismus-Theorie spricht:

Als ein wesentliches Charakteristikum des Imperialismus gilt, daß der Kapitalexport gegenüber dem Warenexport besonders wichtige Bedeutung gewonnen hat. Der Kapitalexport ist deshalb charakteristisch, weil aufgrund von Überakkumulation von Kapital in den imperialistischen Ländern Kapitalanlagesphären fehlen. Statt durch Überakkumulation von Kapital ist die SU aber durch chronischen Kapitalmangel gekennzeichnet und holt sich deshalb immer wieder westliche Kredite.

Daß der Kapitalexport der SU im Gegensatz zum Warenexport besonders wichtige Bedeutung gewonnen hätte, läßt sich nur für ihr Verhältnis zu den anderen Ländern des RGW vermuten, nicht aber für ihr Verhältnis zu 3. Ländern. Gegenüber der BRD ist das Verhältnis der SU so: die BRD importiert sowjetische Rohstoffe und exportiert dafür Industrieerzeugnisse.

Der Handel der SU mit Ländern der 3. Welt weist allerdings die klassische Arbeitsteilung zwischen Industrieländern und unterentwickelten gehaltenen Ländern auf: die SU exportiert Industrieerzeugnisse und importiert Rohstoffe.

Der Kapitalexport der SU läuft im wesentlichen auf Kreditbasis (kaum sowjetische Firmen in 3. Ländern), hat einen ganz erheblich kleineren Umfang als der des Westens und weist vergleichsweise günstige Konditionen für die 3. Länder auf.

An zweiter Stelle in der Welt liegt die SU allerdings im Waffenexport.

Dazu einige Fakten:

Zum Kapitalexport der SU liegen kaum Zahlen vor. Klar ist, daß der sowjetische Kapitalexport hauptsächlich über Kredite und Anleihen läuft. Die Zinssätze sind relativ niedrig. Willi Dickhut schreibt in seinem Buch „Die Restauration des Kapitalismus in der SU“: „Deshalb gibt der Sozialimperialismus oft seine Kredite zu wesentlich günstigeren Bedingungen als die US-Imperialisten, um zunächst einmal Fuß zu fassen.“ (S. 186). Eigene sowjetische Betriebe in 3. Ländern sind kaum bekannt, dafür aber zahlreiche „gemischte Beteiligungen“. Bei diesen Beteiligungen wird jedoch ein wesentlich geringerer Gewinnanteil als bei klassisch-imperialistischen Beteiligungen genommen. Wenn die (von der SU aufgestellten) Produktionsanlagen bezahlt sind, gehen sie in das Eigentum der betreffenden Länder oder Firmen über.

Zum Verhältnis im RGW: Bis 1956 etwa war Linie im RGW, daß die Mitgliedsstaaten eine eigene Schwerindustrie und eine produktmäßig gefächerte Industrie insgesamt aufbauen. Chruschtschow kreierte den Begriff der „internationalen Arbeitsteilung“, was besagt: die Sowjetwirtschaft bleibt bis zu einem gewissen Grad autarkiefähig und ausgeglichen, während die anderen RGW-Länder sich auf bestimmte Produkte spezialisieren. Der Hauptabnehmer von Exporten ist die SU (Abhängigkeit vom sowjetischen Markt), während die wichtigsten Importe aus der SU und dem westlichen Ausland bezogen werden müssen. Über den

Kapitaltransfer der SU in andere RGW-Länder ist wenig bekannt, dürfte aber über die 1971 gegründete „Internationale Investitionsbank“ stattfinden. Kuba hatte z.B. 1971 mit der SU ein Handelsbilanzdefizit von 300 Millionen Rubel. Für das Defizit werden vermutlich Zinsen eingestrichen. Die Waffenexporte der SU gehen überwiegend in Länder, die für die SU von geostrategischer Bedeutung sind.

3. Die Entwicklung revolutionär-sozialistischer Politik zu Friedensfragen in der BRD hat zu berücksichtigen:

a. Die Diskreditierung des Sozialismus durch die realen Verhältnisse in den Ländern des WV; die Rigorosität, mit der die dort Herrschenden — auch militärisch — das Emanzipationsstreben der Arbeiterklasse unterdrücken und ihren Einflußbereich gegen jede Aufweichung „sichern“ (Tschechoslowakei, Afghanistan, koreanischer Jumbo, Polen — als Beispiele).

b. Die Tatsache, daß die Sowjetunion keine Friedensmacht ist, weil sie in ihrer Aufrüstung mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen droht, sich am Rüstungswettlauf beteiligt, anstatt sich auf eine Politik einseitiger Abrüstungsschritte und der Mobilisierung der Friedenskräfte zu verlassen.

c. Aber auch, daß die bürgerliche These vom expansiven Weltkommunismus, von der Bedrohung Westeuropas durch die SU eine der zentralen Mobilisierungslinien der Reaktion darstellt und die immer noch weitgehende gesellschaftliche Akzeptanz der Aufrüstung, der Bundeswehr, der NATO-Mitgliedschaft sichert.

d. Daß deshalb viele Teile der Gewerkschaftslinken, der revolutionären Sozialisten um eine differenzierte Kritik der sowjetischen Militärpolitik bemüht sind. Die Aussagen, die unser Programmwurf bislang dazu macht, scheinen nur mit der MLPD bündnisfähig.

P. S., Dortmund

27

Anträge zum Programmwurf — Kapitel: „Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar“

Kapitel „Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar“, 3. letzter Abschnitt

Folgender Satz soll ergänzt werden:

„Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der internationalen Solidarität und der verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen“, ergänzt durch:

„besonders der kommunistischen Parteien aller Länder.“

Begründung:

Außer der internationalen Solidarität der Organisationen der AK, wie Gewerkschaften, antifaschistische Organisationen, ist besonders die Zusammenarbeit der KPs wichtig und sollte auch benannt werden.

Zelle Mainz

28

Kapitel „Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar“, 2. letzter Abschnitt

Dieser Abschnitt, der aus einem Satz besteht, kann theoretisch als Anerkennung der trotzkistischen Theorie „Sozialismus in einem Land ist unmöglich“ verstanden werden.

Geänderte Fassung: (Änderungsvorschlag)

„Daß der Kampf der AK für ihre politische und soziale Befreiung in einem Land zum Sturz der imperialistischen Herrschaft führt, ist möglich. Erleichtert wird dies, wenn weltweit die Positionen des Imperialismus durch den Kampf der AK und der unterdrückten Völker geschwächt und ...“

Zelle Mainz

29

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Ohne politische Macht ...“

Seite 6 (Kommunist) Abs. 9

Streiche: „Notstandsgesetze“

setze: „Notstands- und Antiterrorgesetze“

Begründung:

Der Vollständigkeit und Wichtigkeit halber.

Zelle Hannover

30

Antrag zum Programmwurf

Betrifft: Frauen

Seite 7 (Seite 19, Spalte 1)

... sozialen Widerstandspotentials erwarten.

Unverzichtbar für die Einheit der Arbeiterklasse wird auch der Kampf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen sein. Je ernsterhafter die Arbeiterklasse diesen Kampf unterstützt und selbst führt, um so eher wird sie die in der doppelten Unterdrückung der Frauen liegende Spaltung der Arbeiterklasse überwinden.

Der notwendige Kampf um die Einflußnahme auf die staatliche Politik ...

ZK der KPD

31

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Ohne politische Macht ...“

Seite 7 (Kommunist), Abs. 9, 1. Satz

Setze: „... in letzter Konsequenz politisch herrschend ...“

Begründung:

Es gibt noch andere Gründe für die politische Herrschaft der Kapitalisten. Diese lassen sich wiederum alle auf die ökonomische Herrschaft zurückführen. Wenn man das nicht alles erklären will, sollte man die von uns beantragte Formulierung wählen.

Zelle Hannover

32

Antrag zum Programmwurf

Kapitel „Ohne politische Macht ...“

S. 8 oben (Kommunist)

Ergänzung:

„Im Kampf gegen ..., ohne um politischen Einfluß zu ringen.“

„Um die politische Macht auf dem kürzesten Weg zu erringen, ist es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse organisiert, d.h. eine Partei schafft, die mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus in der Lage ist, die Mehrheit der Arbeiterklasse zur Entfaltung einer eigenen Klassenpolitik zu befähigen.“

Begründung:

Im Programmwurf wird ausführlich die politische Situation dargelegt, die Notwendigkeit des Strebens nach politischer Macht. Es wird mit den Schwerpunkten auch der Weg dorthin aufgezeigt. Es fehlt aber, daß zu diesem Weg auch die Notwendigkeit einer eigenständigen Organisation gehört. Es reicht eben nicht aus, eine Bewegung zu haben oder sich in Gewerkschaft, SPD oder sonstwo zu organisieren. Als Marxisten wissen wir, daß dazu eine Partei, auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, notwendig ist.

MV/LV-HH

33

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Ohne politische Macht...“

Seite 8 (Kommunist), Abs. 2

In dem Satz: „Im Kampf gegen ... ohne um politischen Einfluß zu ringen.“

streiche: „politischen Einfluß“

setze: „politische Macht“.

Begründung:

Es sollte klar sein, daß sich die Arbeiterklasse gegen Reaktion und Kapital nur durchsetzen kann, wenn sie die Machtfrage d.h. die bestehenden Machtverhältnisse in Frage stellt und sich nicht mit Einflußausübung in institutionalisierten Formen der Interessensäußerung und Interessenvertretung im Rahmen des bestehenden Systems bescheidet.

Es ist zu bezweifeln, daß in der DDR die „Volksmassen“ keinen Einfluß ausüben. Freilich ist das dort nur unter wesentlich engeren Bedingungen möglich als z.B. hier: nur in den halbstaatlichen Organisationen und auch dort nur zu einem festumrissenen Problemkreis, wie etwa die Plandiskussion auf die Diskussion um die Erfüllung reduziert ist. Unter den Begriff „Einfluß“ fällt eine solche Diskussion aber allemal.

Die Arbeiterklasse soll das Subjekt der Entfaltung sozialistischer Machtverhältnisse sein — sie soll die Macht ausüben, und nicht auf einen losgelösten Machtapparat lediglich Einfluß.

Selbstverständlich hat das Parlament bei uns nicht viel zu sagen. „Einfluß“ bedeutet aber laut Duden, „Wirkung auf das Verhalten einer Person oder Sache“, in diesem Sinne übt das Parlament aber zweifellos „Einfluß“ aus — allerdings keinen bestimmenden.

Zelle Hannover

34

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: Ohne politische Macht ...

Seite 8 (Kommunist), Abs. 2

Dieser Absatz ist folgendermaßen zu ergänzen:

„Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, insbesondere auch der deutschen, zeigen: um in einer solchen zugespitzten Situation mit Erfolg die bürgerliche Herrschaft stürzen und die Macht der Arbeiterklasse errichten und behaupten zu können, muß die Arbeiterklasse ihren politischen Willen organisiert zum Ausdruck bringen, muß sie ihre Aktionen organisiert vorbereiten und durchführen. Zu diesem Zweck benötigt die Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei. Ohne die Existenz einer von breiten Teilen der Werktätigen unterstützten revolutionären Partei ist an den Sturz der bürgerlichen Herrschaft kaum zu denken.“

In dem Aufbau einer solchen Partei sehen wir Kommunisten daher eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Befreiung der Arbeiterklasse. Daß wir heute von diesem Zustand noch weit entfernt sind, daß heute keine der bestehenden revolutionären Organisationen, einschließlich der KPD, beanspruchen kann, als die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse anerkannt zu werden, macht den Aufbau einer solchen Partei nicht überflüssig, sondern vielmehr zu einer dringenden Aufgabe. Dabei strebt die KPD bewußt die Einheit aller revolutionären Kräfte der Arbeiterbewegung in einer Partei an. Einen irgendwie gearteten Führungs- oder Alleinvertretungsanspruch darf es dabei nicht geben, da er die Vereinigung der revolutionären Kräfte eher verhindert als fördert.“

Hoesch-Zelle, Dortmund

35

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 8 (Kommunist), Abs. 4

Streiche: „und durch beschäftigungspolitische Maßnahmen“.

Begründung:

Beschäftigungspolitische Maßnahmen haben den Beigeschmack von Almosen auf der einen, Zwangsarbeit auf der anderen Seite. Unter sozialistischen Machtverhältnissen muß aber grundsätzlich jeder/m der Zugang zu produktiver Arbeit ermöglicht werden. Parkfegen etc. sind zwar nötige Arbeiten, die aber niemals von bestimmten Personen ausschließlich ausgeübt werden sollten. Erst recht nicht, um sie zu beschäftigen (im Sinne von Beschäftigungstherapie).

Zelle Hannover

36

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 8 (Kommunist), Abs. 7

Der Satz: „Die Schaffung aller politischen und rechtlichen Voraussetzungen, die ...“ soll lauten:

„Die Schaffung aller politischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen, die ...“

Begründung:

Der Vollständigkeit halber

Zelle Hannover

37

Antrag

Im Kapitel „Freiheit und Arbeitermacht“ im Abschnitt über die sozialistischen Sofortmaßnahmen ist der Satz „Umwandlung ... des Grund und Bodens in Gemeineigentum“ zu ersetzen durch den Satz „Umwandlung ... der Bodenschätze und des großen Grundbesitzes in Gemeineigentum.“

Stadtteilzelle Dortmund West/Ost

38

Antrag

Im Kapitel „Freiheit und Arbeitermacht“ im Abschnitt über die sozialistischen Maßnahmen soll folgender Passus ergänzt werden:

„... Maßnahmen, um jedem Jugendlichen die Ausbildung und Ausübung eines sinnvollen Berufs zu ermöglichen. Darüber hinaus soll alles getan werden, um jedem, insbesondere aber den Jugendlichen, zu ermöglichen, seine Fähigkeiten und Neigungen zu entwickeln und weiterzubilden. Dazu gehört, daß jeder Jugendliche auf Grund staatlicher Garantien die Möglichkeit hat, eine unabhängige Existenz zu führen.“

Stadtteilzelle Dortmund West/Ost

39

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 8, (Kommunist), Seite 19, 2. Spalte (Beilage)

Nach dem Absatz Frauen: „Sofortige Abschaffung aller Gesetze ... daß alle Frauen in den Produktionsprozeß einbezogen werden.“ soll eingefügt werden:

„Durchsetzung eines gesellschaftlichen Selbstbestimmungsrechts für die Jugend. Das heißt, Befreiung der Jugend aus ihrer dreifachen Unmündigkeit: a. ökonomisch, b. gesellschaftlich, c. juristisch. Insbesondere: Erziehung und Befähigung der Kinder und Jugendlichen zur Selbstbestimmung; vollständige rechtliche Gleichstellung der Jugendlichen; Mitentscheidungsrecht in allen gesellschaftlichen Bereichen; Bereitstellung aller gesellschaftlichen Mittel für eine umfassende, qualifizierte, sinnvolle Schul-, Berufs- und Weiterbildung für alle; staatliche Garantien für eine unabhängige Existenz von den Eltern und für die Entwicklung neuer Lebensformen; Förderung und Weiterentwicklung der selbstständigen Jugendbewegung.“

(Dann weiter:) „Anerkennung der Tatsache, daß die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist ...“

Jugendabteilung des ZK

40

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 8 (Kommunist), Abs. 11

Den Absatz „Vollständiger Bruch ... eines dritten imperialistischen Weltkrieges wesentlich verbessern.“ streichen.

Setze stattdessen:

„Dieser Umsturz vollendet die Bestrebungen der Friedensbewegung und bedeutet einen vollständigen Bruch mit der imperialistischen Kriegspolitik und dem Rüstungswahnsinn. Teil dieses Prozesses wird die Zerschlagung der imperialistischen Bundeswehr und die Verwirklichung der Volksbewaffnung sein, seine Ergebnisse u. a. die Beseitigung aller atomaren und sonstigen Massenvernichtungswaffen auf dem Gebiet der BRD und Westberlin, das Eintreten für die internationale Ächtung von Atom- und chemischen Waffen durch die Arbeitermacht, die Erzwingung des Abzugs der US-amerikanischen und allern NATO-Truppen, vor allem der Austritt aus dem imperialistischen Kriegspakt NATO und die Erklärung der Neutralität. Dadurch verbessern sich auch die Bedingungen des Kampfes gegen die Gefahr eines dritten imperialistischen Weltkriegs.“

Begründung:

Es ist bei annähernd realistischer Einschätzung wohl kaum anzunehmen, daß eine Revolution stattfindet, in der die Bourgeoisie nicht versuchen wird, ihre Macht zu erhalten. Sie tut dies, indem sie ihre Machtorgane, wie z. B. Polizei und Bundeswehr einsetzt. Deshalb ist eine Zerschlagung dieser Organe notwendiger Bestandteil des revolutionären Prozesses und deshalb kann von einer (friedlichen?) „Auflösung“ der Bundeswehr nicht die Rede sein.

Der Begriff „Atomwaffenfreie Zone“ ist als Protesterklärung gegen die NATO-Hochrüstungspolitik vielleicht noch brauchbar, eine sozialistische Republik auf dem Gebiet der heutigen BRD aber muß nicht nur selbst auf diese Waffen verzichten, sie muß auch auf internationaler Ebene für die Ächtung und Nichtanwendung dieser Waffen wirken.

Zelle Hannover

41

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 9 (Kommunist), Abs. 4

Zu dem Absatz: „Sie kann auch nicht dulden, ... einer neuen herrschenden Klasse fungiert,“ soll das Wort vollständig gestrichen werden.

Setze: „... und ihrem Einfluß nahezu vollständig entzogener Staatsapparat ...“

Begründung:

Siehe Antrag Nr. 33

Zelle Hannover

42

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit und ...“

Kommunist S. 9, Abs. 4

In diesem Absatz soll „vollständig“ durch „weitgehend“ ersetzt werden, so daß es heißt:

„(...) und ihrem Einfluß weitgehend entzogener Staatsapparat alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kontrolliert und als Macht- und Unterdrückungsinstrument einer herrschenden Minderheit fungiert.“

U. L., Dortmund

43

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 9 (Kommunist), Abs. 5

In dem Satz: „Die Arbeiterklasse muß ... Minderheit übergehen.“ streiche: „der entscheidende politische Einfluß“ setze: „die Macht und die Kontrolle.“

Begründung:

siehe Antrag Nr. 33

Zelle Hannover

44

Antrag:

von Zelle „General Blumenthal“ für Parteitag

Der Satz des PE „Die Arbeiterklasse muß nach dem Sturz der bürgerlichen Macht vielmehr sicherstellen, daß der entscheidende politische Einfluß tatsächlich bei den arbeitenden Massen verbleibt und nicht erneut an eine kleine herrschende Minderheit übergeht. Deshalb sind für die Arbeiterklasse jene Grundrechte unverzichtbar, die es ihr erlauben, den Kampf für ihre Interessen und Forderungen frei von staatlichen Verboten und Beschränkungen — wenn nötig auch gegen den Arbeiterstaat — zu führen.“ soll gestrichen werden.

Begründung:

Er enthält grundlegende Irrtümer über das Wesen der proletarischen Staatsmacht, über das Wesen des Sozialismus. Die Arbeiterklasse, die den bürgerlichen Staat zerschlagen hat, benötigt in der Übergangsgesellschaft zum Kommunismus

aus unterschiedlichen Gründen noch einen Staatsapparat (hier nicht näher ausgeführt).

Dieser proletarische Staatsapparat ist seinem Wesen nach etwas qualitativ anderes als der bürgerliche Staat. Es wird „aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) (in) etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist“ (LW 25, S. 432)

Lenin schreibt: „Wenn (aber) die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine ‚besondere Repressionsgewalt‘ schon nicht mehr nötig.“ Man kann nicht mehr sprechen „von Staat als ‚besonderer Gewalt‘ zur Niederhaltung einer bestimmten Klasse“, sondern nur noch von Staat „zur Niederhaltung durch die allgemeine Gewalt der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern.“

Der entscheidende Wesenszug des proletarischen Staates ist: Er ist „allgemeine Gewalt der Mehrheit des Volkes“, also etwas, was auf dem Weg hin zum Kommunismus immer mehr verschwindet, „abstirbt“, dessen Funktionen sich letztlich vollständig in die kommunistische Gesellschaft auflösen.

Von daher ist es falsch, wie im PE von „Grundrechten“ der Arbeiter und „staatlichen Verboten“ an sich zu sprechen, die sich gegenüberstehen können und von denen die Arbeiter die Grundrechte zu verteidigen, die Verbote aber abzulehnen hätten. In dieser Auffassung hat der Staat (scheinbar) keinen klassenmäßigen Inhalt mehr, sondern wird (ebenso scheinbar) eine klassenneutrale Form, die irgendetwas erläßt oder verbietet. In der Wirklichkeit ist aber jede Maßnahme des Staates immer Ausdruck des Klasseninteresses, entweder der proletarischen oder der bürgerlichen Klasse. Der scheinbar klassenneutrale Staat ist nicht etwa Ausdruck eines Klasseninteresses, sondern ebenfalls Ausdruck einer herrschenden Klasse. Die ist in diesem Fall nur sicher nicht das Proletariat. Von daher kann die Arbeiterklasse nicht dabei „stehenbleiben“, den „entscheidenden Einfluß“ „sicherzustellen“, sondern sie muß einen, sicher komplizierten und schwierigen Kampf führen, tatsächlich einen proletarischen Staat aufzubauen, der Ausdruck ihrer Klassenherrschaft ist und den Willen der Mehrheit des Volkes zur Errichtung des Sozialismus und Kommunismus unter der Leitung der Arbeiterklasse und ihrer Partei zum Ausdruck bringt.

Ohne Zweifel geht das nicht ohne Widersprüche. Es kann und wird zu Widersprüchen zwischen den Interessen der Klasse und den Maßnahmen des Staates oder den Maßnahmen von Teilen des Apparats kommen.

Zweifellos ist notwendig, alle demokratischen Rechte zu garantieren, aber die Garantie dieser demokratischen Rechte reicht nicht aus, um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu sichern.

Recht auf Meinungsfreiheit und Verbot der Freiheit, erneut für Ausbeutungsverhältnisse einzutreten, sind zwei gleichgewichtige Seiten der proletarischen Demokratie.

Auch die Wünsche von Teilen der Arbeiterklasse können in Widerspruch zu den Interessen der gesamten Arbeiterklasse treten und im Widerspruch zu den Maßnahmen des proletarischen Staates stehen. Streiken beispielsweise Teile der Arbeiter für die Wiedereinführung privater Unternehmer, so haben sie zwar das Recht zum Streik, aber nicht die proletarischen Interessen auf ihrer Seite. Der Staat arbeitet dann mit dem Verbot eines solchen Streiks, setzt also in diesem Fall das Streikrecht außer Kraft, übt so die proletarische Demokratie aus. Sicher, er wird versuchen, das Verbot in erster Linie durch breite Überzeugungsarbeit durchzusetzen, dennoch wird er aber „zu Recht“ an dem Verbot festhalten.

Alternativvorschlag:

„Nach dem Sturz der bürgerlichen Macht errichtet die Arbeiterklasse gemeinsam mit den verbündeten Klassen und Schichten unter Leitung ihrer Partei, welche sich mit anderen Parteien und Organisationen in der Revolution zu einem Bündnis zusammengeschlossen hat, ihre politische Macht, die sozialistische Staatsmacht, welche ihrem Wesenskern nach zum erstenmal breiteste Demokratie für das Volk verwirklicht und über die ehemalige Ausbeuterklasse ihre Diktatur, die Diktatur des Proletariats ausübt.“

Der sozialistische Staat ist seinem Wesen nach etwas völlig anderes als jede frühere Staatsform, welche immer nur eine besondere Gewalt, Gewalt einer kleinen Minderheit über das Volk darstellte. Die Gewalt des sozialistischen Staates ist die allgemeine Gewalt der Mehrheit der Bevölkerung über die ehemaligen Ausbeuter, der sozialistische Staat ist ein Staat, der seinem Wesen nach sich immer mehr aufhebt und letztlich im Kommunismus völlig abgestorben ist. Er ist nur deshalb notwendig, weil in der sozialistischen Übergangsgesellschaft die Überreste der alten Gesellschaft noch vorhanden sind, die Gefahr einer Restauration der alten Verhältnisse noch lange Zeit besteht. Neben andern Aufgaben muß der sozialistische Staat die Unterdrückung der ehemals herrschenden Ausbeuter garantieren, da sie mit aller Macht darauf hinarbeiten werden, den Sozialismus zu stürzen. Dies entspricht ihren grundlegenden Klasseninteressen und ist eine unumstößliche geschichtliche Erfahrung.

Der Staat ist nie ein Instrument, das neutral über oder neben den Klassen steht, sondern immer ein Instrument zur Durchsetzung von Klasseninteressen. Solange Klassen existieren, existiert auch Staat.

Entscheidend für die sozialistische Staatsmacht ist, daß sich nicht innerhalb des Staates eine neue, über das Volk herrschende Klasse entwickelt. Um dies zu verhindern, muß die

sozialistische Staatsmacht so unmittelbar wie möglich in der Hand der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten liegen, zu verwirklichen etwa durch ein umfassendes System der Räte. Sie muß eine umfassende Kontrolle und jederzeitige Ablösbarkeit der Bediensteten des Staates gewährleisten. Die Staatsbediensteten werden nach durchschnittlichem Arbeiterlohn bezahlt und regelmäßig ausgewechselt. Alle demokratischen Rechte werden garantiert, im Bewußtsein, daß das nicht ausreicht, um die Herrschaft der Arbeiterklasse zu sichern. **Recht auf Meinungsfreiheit und Verbot der Freiheit,** erneut für Ausbeutungsverhältnisse einzutreten, sind zwei gleichgewichtige Seiten der proletarischen Demokratie.“

Die entscheidende Aufgabe der Arbeiterklasse ist, durch die Weiterführung der Revolution zum Kommunismus voranzuschreiten, das kommunistische Bewußtsein immer weiter zu entwickeln und die Funktionen des Staates immer mehr in die Gesellschaft zurückzunehmen bis zum letztendlichen völligen Absterben eines Staates.

45

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 9, 6. Abs. (Kommunist)

„Deshalb sind für die Arbeiterklasse ... um sie völlig uneingeschränkt für die Arbeiterklasse ...“

hier ergänzen um:

„und die mit ihr verbündeten Schichten ...“

„zu verwirklichen“.

oder folgende Ergänzung: „und die anderen nicht kapitalistischen Teile des Volkes ...“

M., Hamburg

45 a

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 10, 6. Abs., 3. Satz (Kommunist)

Hier ergänzen:

„Die Kommunisten setzen sich für eine atheistische Erziehung ein.“

oder

„bekämpfen alle Formen des Aberglaubens und religiöser Vernebelung.“

M., Hamburg

46

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 10 (Kommunist), Abs. 1

streiche: „Einfluß“

setze: „Zugriff“

Begründung:

siehe Antrag Nr. 33

Zelle Hannover

47

Antrag zum Programmtext

Kapitel: „Für Freiheit ...“

Seite 10 (Kommunist), Abs. 2

Streiche: „einer wirklichen Einflußnahme auf die Regierungstätigkeit gegeben“,

setze: „gegeben, bestimmenden Einfluß auf die Regierungstätigkeit auszuüben“.

Begründung:

siehe Antrag Nr. 33

Zelle Hannover

48

Anträge zum Programmtext — Kapitel: „Für Freiheit und Arbeitermacht“

Kapitel „Für Freiheit und Arbeitermacht“, 4. letzter Abschnitt

Hier wird von dem staatlichen Prinzip der Religionsfreiheit gesprochen. Das ist soweit o.k. In einem passenden Zusammenhang müßte aber unserer Meinung nach folgendes eingefügt werden:

„Das Ziel der kommunistischen Partei bleibt dabei, der Weltanschauung des wissenschaftlichen Materialismus gegen alle Sekten und Religionen zum Durchbruch zu verhelfen und ihn ständig zu propagieren.“

Zelle Mainz

49

Antrag zum Programmtext

Betrifft: Frauen

S. 10/11 (Seite 20, Spalte 1)

... zu reißen, entschieden weiterführt.

Dann letzter Absatz dieses Kapitels:

Ohne Unterdrückung der Konterrevolution ... bis ...

Aktion der werktätigen Massen selbst vollziehen.

Denn Macht und Freiheit der Arbeiterklasse im

Sozialismus beinhaltet den Auftrag, das Selbstbestimmungsrecht der Frauen anzuerkennen und die Frauen in ihrem Kampf, die gesellschaftliche Vorherrschaft des Mannes abzuschaffen, aktiv zu unterstützen. Das beinhaltet ein Infragestellen der Familie — der „Keimzelle“ der alten Gesellschaftsordnung —, die die Stellung der Frauen und Kinder als unselbständige Wesen manifestiert. Es erfordert eine Sozialisierung der von den Frauen bisher unentgeltlich geleisteten Arbeiten im Bereich der Reproduktion, d.h. nicht nur weitestgehende Vergesellschaftung der Hausarbeit, sondern vor allem auch eine andere, ökonomisch unabhängige Stellung der Frauen, Jugendlichen und Kinder in der neuen Gesellschaft.

Weiter:

Die Lösung von Widersprüchen ... Massen voraus. Kurz gesagt: Die Fortführung ... bis ... Fortschreiten zum Kommunismus.

ZK der KPD

50

Antrag an den Programm-Parteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Auf Seite 11 des **Programmentwurfs** wird der Begriff „Diktatur des Proletariats“ durch den Begriff „Herrschaft der Arbeiterklasse“ ersetzt.

Begründung:

Der Begriff „Herrschaft der Arbeiterklasse“ sagt dasselbe aus. Dabei ist er aber verständlicher und nicht so stark mit negativen Urteilen über die Situation in den revisionistischen Ländern behaftet.

Zelle Still

51

Antrag zum Programmentwurf (Kapitel: Für Freiheit ...)

S. 11 Kommunist oben nach dem 2. Absatz ergänzen:

Als ganz wesentliche Schlußfolgerung aus den negativen Erfahrungender Entartung der ehemals sozialistischen Länder sehen wir, daß die kommunistische Partei auch im Sozialismus niemals eine besondere Macht für sich beanspruchen darf, daß die Kommunisten bei aller Entschiedenheit, mit der sie am Aufbau des Sozialismus teilnehmen, bei aller Entschlossenheit, mit der sie gegen eine Rückkehr zum Kapitalismus kämpfen und den sozialistischen Staat gegen innere und äußere Feinde verteidigen, nicht nach der Revolution zu einer konservativen, lediglich staatstreuen oder staatstragenden Kraft erstarren. Wir Kommunisten sehen auch nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unser Hauptziel in der weiteren Revolutionierung der Gesellschaft, in dem schrittweisen Absterben des Staates überhaupt, in der Hebung der Aktivität der Klasse selbst.

Die Teilnahme an der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Leitung des sozialistischen Staates, seiner Wirtschaft usw. darf die Kommunisten niemals dazu veranlassen, bei der Lösung von Widersprüchen, Problemen und Interessensgegensätzen in der sozialistischen Gesellschaft ihre politischen Ziele und ihren politischen Willen mittels staatlicher Autorität oder Gewalt durchzudrücken. Die kommunistische Partei muß auch im Sozialismus Situationen akzeptieren, wo die Werktätigen nicht ihren Vorstellungen folgen. Sie muß insbesondere dafür sorgen können, daß die Rechte der Arbeiterklasse, wie z. B. das Versammlungs- oder Streikrecht, nicht eingeschränkt werden, wenn es zu Konfliktsituationen zwischen Partei, Staat und Klasse kommt. Aus den bisherigen negativen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus folgern wir, daß bei der Lösung solche unweigerlich auftauchender Widersprüche die kommunistische Partei niemals in den Fehler verfallen darf, ihre bei den Werktätigen erworbene Autorität mit der Loyalität zum Sozialismus und seinem Staat zu verwechseln. Langfristig ist es wichtiger, die demokratische Herrschaft der Arbeiterklasse mit all ihren Rechten zu entwickeln und zu stärken. Zwangsläufig bedeutet dies auch, Situationen zu akzeptieren, in denen die Kommunisten überstimmt werden, in der Minderheit bleiben etc. Dies ist aber erfahrungsgemäß weniger schädlich als möglicherweise viele richtige, aber eben auch viele falsche Entscheidungen in bekannter Weise „durchzudrücken“. Vordenker mit noch so richtiger Politik haben, das zeigen die Erfahrungen, negativen Einfluß auf die Aktivität und Wachsamkeit der Klasse selbst. Die Klasse selbst muß sich befreien, Sozialismus muß tatsächlich Macht für die Arbeiter sein, nicht aber Allmacht für viele wirkliche aber auch vermeintliche Arbeitervertreter. Die apathische Haltung „da oben machen das schon für uns“ führte stets dazu, daß die da unten sich nicht auflehnten, wenn die da oben die Farbe wechselten.

Unser Ziel ist die Macht und Herrschaft der Klasse und nicht Macht und Herrschaft für tatsächliche oder angebliche Interessenvertreter der Klasse.

Begründung:

Durch eine solche Darstellung legen wir deutlicher unsere Absichten dar, vermeiden den Eindruck, als ob wir hier lediglich Patentrezepte hätten, wie der Sozialismus gegen die Entartung geschützt werden kann.

Hoesch-Zelle

52

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: „Für die sozialistische ...“

Seite 11 (Kommunist), Abs. 6

In dem Satz: „trotz aller Behauptungen und ..., die ihn schaffen“ streiche: „trotz des im Grundgesetz verankerten Anspruchs, die Marktwirtschaft ‚sozial‘ zu machen.“

Begründung:

Es kann doch wohl nicht positiv zu bewerten sein, sozusagen dem Grundgesetz Geltung verschaffen zu wollen, indem man der Illusion einer „sozialen Marktwirtschaft“ nachhängt. Genau diese Wirkung aber hat der Einschub. Unsere Aufgabe ist es aber, genau diesen Illusionen entgegenzutreten.

Zelle Hannover

53

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: „Für eine sozialistische ...“

Seite 12 (Kommunist), Abs. 3

In dem Satz „Dies ist nicht die Folge ... Planung nicht existiert“

ergänze: „nach den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht existiert.“

Begründung:

In der DDR/UdSSR/usw. wird zentral geplant, der Plan hat Gesetzeskraft — wenn das keine „einheitliche Planung“ ist, gibt es eine solche nicht. Die Einheitlichkeit ist nämlich zunächst völlig unabhängig davon, was geplant wird und was nicht. Es gibt eine zentrale staatliche Planung, die verbindlich ist, also ist sie einheitlich.

Zelle Hannover

54

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: „Für eine sozialistische ...“

Seite 12 (Kommunist), Abs. 6

Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„Was im Kapitalismus über den Weg der Mitbestimmung nicht erreicht werden kann, tatsächliche Entscheidungsgewalt und Kontrolle der Arbeiter und Angestellten, kann und muß im Sozialismus in vollem Umfang verwirklicht werden.“

Begründung:

siehe Antrag Nr. 33

Zelle Hannover

55

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: Für die sozialistische ...

Seite 12 (Kommunist) letzter Absatz

Die Formulierung: „in der Menschen frei von jedem Zwang leben können“, ist ersatzlos zu streichen, weil uns das sowieso keiner glaubt. Auch im Kommunismus wird sicherlich nach bestimmten Regeln gelebt und gearbeitet.

Hoesch-Zelle, Dortmund

56

Stellungnahme zum Programmentwurf

Trotz der ausdrücklich betonten Notwendigkeit vieler Änderungen und Ergänzungen wird der Programmentwurf des Zentralkomitees begrüßt.

Landesdelegiertenkonferenz Ruhr

57

Stellungnahme zum Programmentwurf

Trotz der ausdrücklich betonten Notwendigkeit vieler Änderungen und Ergänzungen wird der Programmentwurf des Zentralkomitees begrüßt, weil er in drei wichtigen Punkten eine richtige Orientierung für die zukünftige Parteipolitik gibt:

1. Der Programmentwurf geht davon aus, daß die Notwendigkeit des Sozialismus an Hand der Probleme entwickelt werden muß, die die Diskussion in der Arbeiterbewegung bestimmen, und an denen sich hauptsächlich die Kritik am Kapitalismus entzündet. Der Programmentwurf geht davon aus, daß dies jetzt und in der nächsten Zeit die ökonomischen Fragen sind.

2. Der Programmentwurf geht davon aus, daß in der Arbeiterklasse vor allem für die Einsicht eingetreten werden muß, daß ein erfolgreicher Kampf für Arbeiterinteressen nur geführt werden kann, wenn die Arbeiterklasse sich entscheidenden politischen Einfluß verschafft. Ohne daß einflußreiche Teile der Arbeiterklasse den Anspruch stellen, eine Regierung in ihrem Interesse zu installieren, wird es nicht möglich sein, die politische Macht der Kapitalisten zu brechen.

3. Der Programmentwurf geht davon aus, daß die Zustände in den Ländern des „realen“ Sozialismus ein wesentliches Hindernis für die Hinwendung der Arbeiterklasse zum Sozialismus sind.

Dabei ist das im Programmentwurf entwickelte Verständnis von sozialistischer Demokratie und Machtausübung der

Arbeiterklasse (im Gegensatz zu früheren Auffassungen, daß sich die Diktatur des Proletariats vor allem durch die Partei verwirklicht) von besonderer Bedeutung.

Landesdelegiertenkonferenz Ruhr

58

Antrag an den Sonderparteitag

Der Sonderparteitag möge beschließen, daß der gesamte Programmentwurf stilistisch überarbeitet wird.

Begründung:

Es ist notwendig, daß der PE durch kürzere Sätze und durch Zwischenüberschriften übersichtlicher und besser lesbar wird. Auch wenn die Diskussion noch weiter geht, muß der Entwurf überarbeitet werden, damit auch Arbeiter sich an der Diskussion beteiligen können und nicht nur Polit-Freaks.

MV/LV-HH

59

An den Sonderparteitag

An die LDK Ruhr

Antrag zum Programm-Entwurf

Betr.: Die Kapitel „Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar“ und „Ohne politische Macht ...“

Kapitalismus und Arbeiterinteressen sind unvereinbar — so lautet die Überschrift — so weit so gut. Nur wird unserer Meinung nach diese Tatsache im vorliegenden Text zwar durchaus ausführlich veranschaulicht, aber nur ganz ungenügend in ihrer Gesetzmäßigkeit herausgearbeitet. Unser Antrag ist, die zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten im Programm nicht nur zu umschreiben, sondern klar zu benennen:

Warum sind Kapital- und Arbeiterinteressen unvereinbar? Die Lohnarbeit, die Arbeiterklasse schafft die Werte, die Lohnarbeit verschafft aber nur den Kapitalisten Eigentum, nämlich das Kapital, das wiederum nur Lohnarbeit ausbeutet, um sich zu vermehren, um die Lohnarbeit erneut auszu-beuten. Die Arbeit hat gesellschaftlichen Charakter angenommen, wird aber privat angeeignet als Kapital. Zwischen beiden besteht ein Zwangsverhältnis. Die kapitalistische Produktion ist allein nach den Profitinteressen der Privateigentümer an den Produktionsmitteln ausgerichtet.

Solange Fabriken etc. das private Eigentum der Kapitalisten sind, mit dem sie ihrem Profitinteresse entsprechend wirtschaften (ja, wirtschaften müssen, um nicht unterzugehen), solange kann die Wirtschaft nicht am Interesse der Arbeitenden ausgerichtet sein. Entweder — oder.

Deshalb ist letzten Endes eine wirkliche Veränderung der Lage der Arbeiter auch nur zu erreichen durch die Enteignung der Kapitalisten und Überführung der Fabriken etc. in Gemeineigentum. Ohne die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln können die Interessen der Arbeiter, der breiten Massen nicht gesichert werden.

Deshalb kann es auch nicht ausreichen, daß die Arbeiterklasse bestrebt ist, politischen Einfluß auf die Regierung zu nehmen, sie muß nach der politischen Macht streben und die des Kapitals zerbrechen. In der Frage der politischen Macht kann es keinen Kompromiß zwischen Klassen geben. Die oder wir — und die Entscheidung wird nur gewaltsam herbeigeführt werden können.

Es stimmt wohl, daß all dies irgendwo im Programmentwurf auch zu finden ist. Wir begrüßen auch, daß die konkreten Verhältnisse darin ausführlich beschrieben sind. Aber doch wird die Sache nicht konsequent auf den Punkt gebracht, so als scheue man sich, die Dinge klar beim Namen zu nennen, weil uns darin noch so wenige folgen. Wir sind aber nach wie vor der Ansicht, daß gerade dies auch Aufgabe der Kommunisten ist: die Gesetzmäßigkeiten klar herauszuarbeiten und die Arbeiterklasse dazu anzuleiten, daß sie nach der politischen Macht strebt.

Unserer Meinung nach ist dieser Mangel an Klarheit im Programmentwurf auch der Grund dafür, daß die Rolle der Partei, die Notwendigkeit, daß die Arbeiter sich als Partei organisieren, im Programmentwurf nicht vorkommt. Tatsächlich aber müßte das Programm doch gerade darin münden. Daß dem, der es liest, die Notwendigkeit erläutert wird, der KPD beizutreten.

Zelle „General Blumenthal“, Recklinghausen

60

Antrag zum Programmentwurf

Betrifft: Partei

Für unerläßlich halte ich im Gegensatz zur Meinung des ZK einen Abschnitt über die Partei, ihr Selbstverständnis und ihre Rolle im Sozialismus.

Hoesch-Zelle Dortmund

61

Antrag zum Programmentwurf

Betrifft: Frauen

Abschnitt über die Bedeutung der Frauenarbeit etc. finde ich unbedingt notwendig. Ohne Befreiung der Frauen keine Befreiung der Gesellschaft. Ohne Befreiung der Gesellschaft keine Befreiung der Frauen.

Hoesch-Zelle, Dortmund

62

Antrag zum Programmwurf Betrifft: Jugend

Unerlässlich sind Aussagen zur Jugend.

Hoesch-Zelle, Dortmund

63

Anmerkungen zum Programmwurf

Kapitel „Für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft“, letzter Abschnitt

Das, was hier geschrieben wird, ist doch offensichtlich vor 150 Jahren aktueller Stand gewesen. Der Gegensatz „Kopf-arbeit — Handarbeit“ stellt sich durch die technologische Entwicklung doch mittlerweile ganz anders. Besonders die Schlußfolgerung ist so extrem schief, daß sie geändert werden muß. — Der knechtende Charakter der Arbeit ist abhängig von den Produktionsverhältnissen (Ausbeutung, etc.) und nicht vom Widerspruch Kopf- und Handarbeit. Sonst würde mit fortschreitender Technisierung, Automation, Computereinsatz etc. ganz von alleine der knechtende Charakter der Arbeit verschwinden — Sozialismus durch Mikro-Chip!

Zelle Mainz der KPD

Juli 1985

64

Antrag zum Programmwurf

Kapitel: „Für die sozialistische ...“

Seite 12, 3. Absatz

„Die dort vorhandenen Elemente wirtschaftlicher Planung sind am Gewinn und an den ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse orientiert.“

Diese Schlußfolgerung ist bisher durch keine Analyse der Partei belegt. Vorsichtiger formulieren! und Analyse in Auseinandersetzung mit der GIM etc. vorantreiben.

M., Hamburg

65

Anmerkungen zum Programmwurf

Seite 1

Zu den Dingen, die in schlechtem Sinne unsere Gesellschaft heute prägen, gehört auch die Kulturlosigkeit bzw. die Überfremdung unserer Kultur durch vor allem amerikanische Einflüsse.

Seite 2

Im gesamten Entwurf wird sehr wenig zur Klassenanalyse gesagt. Sicher, es braucht nicht so ausführlich zu geschehen wie im geltenden Programm. Ich denke aber, deshalb braucht es nun nicht so dünn auszufallen wie im Entwurf. So ist auch z. B. nichts über die Bauern gesagt.

Seite 2

Zum vorletzten Satz im vorletzten Abschnitt: Ich frage mich, ob das nicht früher auch schon so war, ob das wirklich eine neue Erscheinung ist. Und wenn das anders gemeint ist, dann muß das klarer ausgedrückt werden; was ist daran besonders für unsere heutige Zeit?

Seite 3

Zum 4. Abschnitt, 3. Satz: was soll das heißen, daß alles nach seinem Wert beurteilt wird? Das scheint doch erstmal nicht negativ. Oder verlangt jemand, daß er etwa unter Wert beurteilt wird? Ich weiß zwar nicht, was mit dem Satz gesagt werden soll, aber wenn da ein revolutionärer Gedanke hintersteckt, dann sollte der auch klar formuliert sein.

Seite 4

Zur letzten Zeile: Ich finde es schon verwunderlich, daß im Programmwurf des ZK (!) der Begriff „Dritte Welt“ auftaucht — wie auf der nächsten Seite übrigens auch. Das haben wir doch nun gewiß genügend durchgekaut und verurteilt. Und was geschieht? Das ZK redet von der „dritten Welt“! Oder steht dahinter ein Wandel in der Anschauung zum chinesischen Revisionismus? Ich hoffe doch nicht. Das kann man bestimmt auch anders ausdrücken.

Seite 5

Zur Zwischenüberschrift: Diese Überschrift erscheint mir als sehr verwachsen, wenn nicht gar falsch. Die Frage ist doch, welche Macht ist gemeint; die Frage ist, will die Arbeiterklasse eine „Verbesserung“ ihrer Lage oder will sie nicht überhaupt eine gute Lage schaffen? Eine Verbesserung bedeutet ja wohl, daß es der Arbeiterklasse schon ganz gut geht, aber es muß eben besser gehen. Ich frage mich: Verbesserung in welchem Sinne?

Seite 6

Mitte: Was wird unter den „Mittelschichten“ verstanden? Das muß doch etwas ausgeführt werden.

Seite 7

Dritter Abschnitt, erster Satz: Welches sind denn die Bewegungsgesetze? Das wird hier nicht ausgeführt. Dazu läßt sich doch eine Menge sagen.

Seite 7

Untere Hälfte: Das ist von Einflußnahme durch die Arbeiterklasse die Rede. Das ist auch wieder so eine verwachsene Formulierung. Einfluß, in welchem Sinne ist gemeint? Und

auch Einfluß bis zu welchem Grade? Das läßt doch Interpretationen breiten Raum. Und außerdem: will die Arbeiterklasse nur „Einfluß“ erlangen oder will sie die ganze Macht erlangen?

Seite 8

Der Abschnitt über die gewaltsame Revolution erscheint mir viel zu knapp. Das ist doch unter anderem gerade der Punkt, in dem wir uns von den modernen Revisionisten unterscheiden (wollen). Dabei gilt es doch gerade, viele falsche Vorstellungen auszuräumen.

Seite 8

Erster Satz unter der Zwischenüberschrift: Warum wird denn hier so ein Wort wie „installieren“ benutzt? Das klingt recht gekünstelt. Man kann doch sagen „einrichten“ oder ähnliches.

Seite 9

Zweiter Abschnitt: Dieser Abschnitt zur nationalen Frage erscheint mir zu knapp. Dadurch wird die Bedeutung der nationalen Frage in unserem Land heruntergespielt.

Seite 9

4. Abschnitt: Hier wäre es vielleicht am richtigen Platz, auch mal ein positives Wort über Albanien zu verlieren in Abgrenzung zu den RGW-Staaten. Es steht ja sowieso im Entwurf sonst nichts über Albanien drin.

Seite 10

Zum 4. Abschnitt: Warum die Bezeichnung „direkte Demokratie“? Kann es im Gegensatz dazu eine „indirekte“ Demokratie geben? Doch wohl kaum. Denn das ist ja dann auch keine Demokratie. Hier hätte das Wort „wirkliche“ Demokratie besser gepaßt.

Seite 11

Zweiter Abschnitt: Hier taucht das einzige Mal der Begriff „Diktatur des Proletariats“ auf. Immerhin. Ich finde aber, zu unvermittelt. Dieser Begriff ist doch auch gerade unter den Arbeitern sehr vorbelastet. Dazu müßten meiner Meinung nach einige erläuternde Worte geschrieben werden.

Seite 11

5. Abschnitt: „... hat sich offensichtlich als falsch erwiesen.“ Wer hat den anfangs daran geglaubt, daß sich die Behauptung der Sozialdemokratie nicht als falsch erweisen würde? Wir oder wer sonst? Das klingt hier recht unklar.

Seite 11

Drittletzter Abschnitt: Zur Verstaatlichung müßte doch etwas mehr gesagt werden; nämlich, es ist ein Unterschied, ob im Kapitalismus verstaatlicht wird oder im Sozialismus. Ansonsten erweckt man doch die Illusion, Verstaatlichung sei das Allheilmittel.

Seite 12

7. Abschnitt: Kann im gesamten Land unter der Diktatur des Proletariats eine Wirtschaftsplanung ohne Leitung durch den Staat erfolgen? So klingt das hier. Ich meine, über die Aufgabe des Staates bei der Wirtschaftsplanung sollte doch einiges gesagt werden.

Seite 13

Der Abschnitt über den Kommunismus erscheint doch recht kurz. Etwas mehr kann man da doch schreiben, zumal auch die Klassiker einiges dazu geäußert haben. Z. B.: kein Geld mehr, jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen; die Arbeit macht Spaß und ist kein Zwang mehr usw.

H., Berlin

IV. Anträge zur Weiterführung der Programmdebatte

66

Antrag zur Weiterführung der Programmdiskussion

Bei der weiteren Diskussion des Programmwurfs nach dem Sonderparteitag ist eine neue Gliederung mit dem sozialen Inhalt der Revolution als Ausgangspunkt zur Grundlage zu machen mit im Groben folgendem Inhalt:

„Es ist schon verrückt! Unsere Gesellschaft hat einen sagenhaften Reichtum: Eine vollausgebildete Infrastruktur für die Bildung, beim Wohnen, für die Arbeit. Wir stellen genügend und mehr Waren her, die jedem Menschen ein gesichertes Lebens Einkommen sichern können. Es gibt genügend Lehrer und Lehrerinnen, was unseren Kindern kleine Klassen ermöglichen könnte. Wir haben genügend Arbeitskräfte, um die Arbeit verkürzen zu können, daß sich keiner mehr krankarbeiten müßte. Unsere Umweltschutztechnologie könnte unsere Umwelt und Arbeitsplätze lebenswert machen, die neue Technologie die Gesellschaft von einem Großteil harter und monotoner Arbeit befreien. Wir könnten mehr Zeit haben, mit unseren Freundinnen und Freunden, mit unseren Nachbarn zu leben, gemeinsam an unseren Wohnhäusern herumbasteln, sie umbauen und aus den Mietskasernen wieder eine gemütliche Atmosphäre herausholen. Wir hätten Kraft und Zeit, uns gesellschaftlich zu engagieren, zu musizieren, zu basteln, zu tüfteln, zu dichten usw. Ohne Sorgen könnten wir alt werden. Viele Krankheiten würden verschwinden, wissen wir doch, daß die wesentlichen Ursachen in der Hektik des Alltags, in schlechten Arbeitsbedingungen und in einer verkorksten Um-

welt liegen.

Man könnte mit den Möglichkeiten dieser Gesellschaft noch einiges mehr verkirklichen!

Stattdessen wissen viele nicht, ob sie morgen noch genügend Geld für sich und ihre Familie haben, um menschenwürdig leben zu können, weil sie morgen vielleicht schon keinen Arbeitsplatz mehr haben. Usw., usw., usw. (aber nicht zuviel)

Damit muß einfach Schluß werden. Damit wir nicht in immer größere Not, ja vielleicht sogar in den Umweltuntergang geraten, muß die Gesellschaft grundsätzlich umgeändert werden. Ziel muß eine Gesellschaft sein, wie sie zu Beginn beschrieben wurde. Und die ist erreichbar, wenn wir es wollen!

Jetzt müßten sich die verschiedenen Hauptprogramm-punkte anschließen: Möglicherweise so oder ähnlich:

• Arbeit und Leben mit der Kernforderung „sinnvolle Arbeit für alle!“

U. a. Wachstumsfrage; Arbeitszeitverkürzung; Existenz-lohn; Ausbildung; neue Technologie; Konsumwünsche

• Wohnen und Leben

U. a. Mindestquadratmeterzahl; Mindestkomfort; Höchstmieten; offene Wohnmöglichkeiten wie Wohngemeinschaften; Kindergärten, Kindertagesstätten in verschiedenen Formen

• Lernen und Leben

U. a. Schulpflicht; verschiedene Schulformen: freie Schulen; Zugang zur Uni

• Kultur und Leben

U. a. freies Theater — subventionierte Theater; Bibliothekenausbau; Fernsehen: öffentlich-rechtlich — Kabelfernsehen; Presseerzeugnisse; Leistungssport

• Umwelt und Leben

U. a. Energiefragen: Atom — Kohle — alternative Energien; Regeneration von Flüssen und Seen, Wälder und Tierwelt — Verursacherprinzip

• Soziale Sicherheit und Leben

U. a. Rentenminimum; Krankenversicherung

• Gesellschaftliche Gleichberechtigung aller

U. a. Aufbrechen der patriarchalischen Gesellschaft durch Quotenregelung für Frauen, möglicherweise auch für Ausländer/innen; Wahlrecht auch für Ausländer; Achtung und Schutz gesellschaftlicher Minderheiten

• Außenpolitik und Frieden

Anerkennung, daß unser Reichtum auch auf Kosten anderer Völker gegangen ist — Streichung der Schulden gegenüber der dritten Welt; Neutralität; Anerkennung der DDR (gut hier der Programmwurf); Anerkennung der Westgrenze Polens u. a. m.

Nun müßte sich die Darstellung der gesellschaftlichen Hindernisse anschließen v. a. die ökonomischen Grundlagen der Macht, die existieren, um heute in der BRD dieses Programm zu verwirklichen. Es müßte deutlich gemacht werden, daß, diese Hindernisse nicht zu sehen bzw. sich zu weigern, diese grundlegend zu ändern, heißt, sich letztlich gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen, gegen die Mehrheit der Bevölkerung zu stellen. Das ist nicht Boshaftigkeit einzelner Politiker oder Politikerinnen bzw. Parteien, sondern zwangsläufig. Durch die Darstellung der Zwangsläufigkeit solch eines Verhaltens, wenn man die ökonomischen Ursachen nicht sieht und nicht grundlegend ändern will, kommt man auch nicht in den Zwang, der SPD z. B. bewußten Verrat zu unterstellen, wie das im Programmwurf steht. Mit der Darstellung der Möglichkeiten, diese politischen Verhältnisse zu verändern (Notwendigkeit der Revolution — auch hier der Programm-entwurf gut), und der Darstellung der gesellschaftlichen Organisation der neuen Gesellschaft kann dann das Programm schließen. Hier kann man sich gut auf die Grundgedanken und -ausführungen des Programmwurfs stützen, ergänzt durch die eingangs gemachten Bemerkungen.

Begründung:

Den vorliegenden Programmwurf finde ich grundsätzlich erst mal gut, v. a. deshalb, weil er sich traut, neue grundsätzliche Positionen zu beziehen und alte grundsätzliche Positionen zu überwinden. Insofern stimme ich voll mit den Ausführungen des Genossen Marian/Tirana im RM 27-28/1985 überein, der sehr gut die historische Abhängigkeit bestimmter „grundsätzlicher Positionen“ aufzeigt.

Schade beim Programmwurf finde ich jedoch, daß er immer noch hinter dem Diskussionsstand der Partei, wie er sich in dem TO zu Marx/Engels (z. B. in der Verwaltungsfrage der Kommunen, in Richtung Dezentralisierung der Macht, Polizei ohne politische Funktion) oder sogar schon in den Thesen vom November 1984 widerspiegelt, zurückbleibt. In dieser Richtung sollte er unbedingt ergänzt werden, v. a. deshalb, weil das Punkte sind, die deutlich machen, wie hoch die Emanzipation und Denkfähigkeit des/r Normalbürgers/in von uns geschätzt wird.

Aber auch diese Änderungen würden an der grundsätzlichen Kritik am Programmwurf nichts wesentlich ändern. Diese bezieht sich darauf, daß nicht der „soziale Inhalt“ (s. TO zu Marx/Engels) der Revolution zum Programm gemacht wird, sondern die revolutionäre Form der neuen Gesellschaft. Anders ausgedrückt: Ich kämpfe doch nicht für den Sozialismus, weil dort die Arbeiterdemokratie verwirklicht wird, die Macht dezentralisiert und später mehr und mehr aufgelöst wird, Wirtschaftspläne demokratisch erstellt werden usw. usw., sondern weil ich in einer vernünftigen nicht zerstörten Umwelt leben will, wo ich wenig entfremdete Arbeit machen muß, wo ich glücklich und sicher vor Elend mit Kindern und

Eltern leben, neue Lebensformen ausprobieren kann, wo mein Geist, meine Geschicklichkeit gefordert wird für sinnvolle Dinge usw. Dieser „soziale Inhalt“ ist das Programm, für das wir Kommunisten und Kommunistinnen kämpfen, und um dieses Programm umsetzen zu können, brauchen wir neue Formen in der Gesellschaft. **Von der technologischen Entwicklung der Gesellschaft her ist dieses Leben heute schon möglich, nur politisch nicht! Da gibt es Machtstrukturen, die das verhindern: kapitalistische Machtstrukturen.** Aufgrund historischer Analysen wissen wir als KP, daß diese neue Gesellschaft der Sozialismus mit neuen Formen ist: Arbeiterdemokratie, Wirtschaftsdemokratie, Machtdezentralisierung usw.

Liest man jedoch den Programmentwurf, weiß man nur sehr vage, weshalb man für den Sozialismus ist. **Sozialismus ist aber nicht das Ziel, sondern ein menschenwürdiges Leben und dafür braucht man den Sozialismus als Instrument!** Indem der Programmentwurf es vermeidet, das menschenwürdige Leben zum Programm zu machen und es programmatisch zu beschreiben, vermeidet es die inhaltliche Diskussion darum, was Ziel des Programms ist. Aber nur damit können wir positiven Einfluß nehmen auf die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD und Westberlin. **Die Menschen wollen doch zu Recht wissen, was sie sozialistisch organisieren und planen sollen, wie inhaltlich die Zerstörung der Umwelt, die Arbeitslosigkeit, das soziale Elend usw. überwunden werden soll.** Und genau das muß konkreter im Programm gefaßt werden, muß sozusagen das Herz des Programms sein, damit nicht die Meinung entsteht, was nützt es mir, wenn ich Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit usw. mitorganisiere, wenn die neue Form mir nicht konkret einen Ausweg weist.

Wenn ich das feststelle, geht es mir nicht um eine detaillierte Gesamtdarstellung einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. **Aber es geht durchaus darum, daß in unserem Programm die für die Gesellschaftsentwicklung typischen Merkmale aufgegriffen werden und angestrebt werden.** „Typisch“ hier gemeint als das zukünftige Neue, was heute schon erkennbar in der alten (BRD-)Gesellschaft existiert, aber am für die Bevölkerung positiven Durchbruch gehindert wird. Im folgenden stelle ich mal einige Fragen auf, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben und auch keine Festlegung der Reihenfolge bedeuten, die aber im Bewußtsein breiter Bevölkerungsteile existieren:

- Streben wir ein fortwährendes Wirtschaftswachstum an — quantitativ oder qualitativ?
- Kann man nicht eigentlich sehr viel an Produktion einstellen, die unnötig ist (Verschleißwirtschaft, Rüstungsproduktion, usw.)?
- Autoorientierung der Gesellschaft — Nahverkehr, Schienenverkehr?
- Umstellung der Produktion auf sinnvolle Waren — möglich?
- Einkommensminimum, Rentenminimum?
- Neue Technologien und ihre Chancen — das ist doch eigentlich gut, wenn z.B. die Autolackierung von Maschinen übernommen wird, aber Arbeitsplatz?
- Umweltgerechtes Wohnen — wie verwirklichen die existierenden Möglichkeiten?
- Neue Beziehungen Arbeit — Umwelt — Krankheit statt Kostenexplosion im Gesundheitswesen?
- Anderen Völkern mit unserer Technologie bei ihrer Entwicklung helfen?
- Streichung der Schulden der Länder der dritten Welt?

Das Argument von Genossinnen und Genossen, man könne auf diese Fragen nicht eingehen, weil wir doch nicht wissen, wie sich alles entwickelt, zählt nicht, denn es stimmt nur sehr beschränkt. Was es zu wenig gibt, sind längerfristig organisierte kollektive Überlegungen der KPD zu diesen Themen. Glücklicherweise haben sich andere mehr Überlegungen dazu gemacht, und wir können von ihnen viel erhalten.

Um unserem Programm den „sozialen Inhalt“ der Revolution zur Grundlage zu machen, der auch wirklich den Wünschen und Vorstellungen der Bevölkerung entspricht, müssen wir nur die Möglichkeit nützen, die wir haben: dem Volk aufs Maul schauen und zuhören. Diese Möglichkeiten haben sich mittlerweile wohl die meisten Mitgliederinnen und Mitglieder der Partei geschaffen, denn im gesellschaftspolitischen Getto lebt wohl keine/r mehr.

Unsere Erfahrungen zeigen doch, daß sich viele Menschen bei uns durchaus theoretisch bessere Lebensbedingungen ausdenken können, sich aber deren Realisierung nicht. Entweder sagen sie: Wer soll das bezahlen? Auf uns nimmt ja doch keiner Rücksicht. Oder: Mag ja sein, aber ich muß ja da arbeiten. Besonders deutlich wird das bei der Umweltschutzdiskussion. Auch viele, die über Die Grünen, Greenpeace, Robin Wood usw. schimpfen, weil sie z.B. in der Energiewirtschaft arbeiten, sehen, daß es ja „eigentlich“ richtig ist, was die da machen. Und „eigentlich“ ist es ja auch richtig, wenn die Asbestfabriken geschlossen würden oder Buschhaus oder oder ... Aber unter den heutigen Bedingungen können sie dafür nicht sein, weil sie dann kein Geld verdienen können.

Hier z.B. kann unser Programm einsetzen: diese Gesellschaft der BRD hat genug Reichtum, um jedem ein gesichertes Einkommen zu verschaffen. Es muß nicht jeder acht Stunden am Tag arbeiten, Waren sind genug da. Was ist schlimm daran, wenn eine bestimmte Fabrik geschlossen würde, weil deren Produktion über ist oder schädlich ist (z.B. Einwegverpackungen, Pharmaindustrie)? Dann könnte man die freiege-

wordenen Arbeitskräfte doch auf die anderen Fabriken verteilen und dort arbeiten alle weniger. Das heißt z.B., daß im Kapitel „Arbeit“ z.B. die Forderung aufgestellt würde, daß im Sozialismus erst mal untersucht werden müßte, welche Produktionsstätten wirklich notwendig sind. Und dabei wäre man flugs in der „Wirtschaftswachstumsdiskussion“. Wir müssen hier Antworten geben, dem „Neuen“ Bahn brechen! Ausgangspunkt dürfte bei der „Produktionsstättenuntersuchung“ nicht ein abstrakter Arbeitsbegriff sein — Arbeit für alle! — sondern das Leben menschenwürdig zu machen — Sinnvolle Arbeit für alle! Feststellen aber, welche Produktionsstätten sinnvoll sind, welche über sind oder umgestellt werden sollten, können nur die Konsumenten, die oft auch letztlich die Produzenten sind. Deshalb muß die gesamte Entscheidungsbefugnis — d.h. letztlich die Macht — nach unten verlagert werden und deshalb brauchen wir Arbeiterdemokratie usw.

Mit dem Beispiel „Produktionsstättenuntersuchung“ wollte ich nur zeigen, wie sich die gesellschaftlichen Formen des Sozialismus ableiten lassen müssen vom sozialen Inhalt der Revolution — hier: „sinnvolle Arbeit“ und nicht allgemein „Arbeit“ egal welche. Denn dieses Bedürfnis, gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu machen und damit zum Gelingen des Gesellschaftslebens beizutragen, hat wohl jeder Mensch. Wir sind doch heute in der im Gegensatz zu früher gesellschaftlichen Situation, wo materielle Produkte zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse gesamtgesellschaftlich nahezu genügend vorhanden sind (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, Verkehrsmittel, Lebensmittel usw.), aber auf Grund politischer und wirtschaftlicher Machtverhältnisse ungleich verteilt werden. Und auch das gilt es, im Programm als Begründung für neue realistische Gesellschaftsvorstellungen festzustellen.

Durch diese historisch neue Situation — die Sowjetunion, China, Albanien usw. hatten völlig andere Voraussetzungen —, werden neue Ideen für eine menschenwürdige Gesellschaft gefordert, alte müssen über Bord geworfen werden. Und genau hier, was den sozialen Inhalt der Revolution angeht, vermisste ich im Programmentwurf diese neuen Ideen.

Der Programmentwurf kann nicht einfach um den sozialen Inhalt ergänzt werden, sondern er muß völlig neu geschrieben werden mit dem sozialen Inhalt als Kernpunkt. Dadurch würde das Programm auch einen optimistischen Grundton bekommen und offensiv wirken.

Zum Umfang des Programms meine ich, daß er nicht künstlich beschränkt werden sollte. Mit dem oben Dargestellten ist der Umfang sicherlich größer als der des Programmentwurfs. **Ein Programm muß einen begründeten Inhalt haben, begründete Konzepte darstellen aber nicht begründen im Sinne einer wissenschaftlichen Arbeit.** Es muß auf Untersuchungen fußen (s. z.B. die TÖs zur EG, zur Wirtschaftsentwicklung usw.), Erfahrungen der Allgemeinheit zum Ausgangspunkt machen. Wenn wir das berücksichtigen, dann werden wir ein gut lesbares, lebendiges, nicht überlanges Programm haben.

Gleichzeitig mit dieser Forderung, ein begründetes Programm zu erhalten, sollten wir uns vor Perfektionismus hüten. Aus welchen Gründen auch immer sind wir heute nicht in der Lage, zu allen wesentlichen Punkten feste Positionen zu vertreten. Das sollten wir akzeptieren und uns daran machen, diese Fragen zu beantworten. Wir sollten deshalb aber nicht warten, ein Programm zu verabschieden, aber wir sollten das im Vorwort zum Programm vermerken mit dem Hinweis, daß diese Positionen während der Arbeit der Partei entwickelt werden und nach und nach das Programm ergänzen werden.

W. aus Bochum

67

Der Parteitag möge beschließen:

Die Arbeiterklasse kann den Sozialismus nur im Bündnis mit anderen Schichten der Bevölkerung erkämpfen. Die Grundlage für die richtige Bestimmung der Bündnispartner bildet eine Analyse der Klassen in der BRD. Die Ausführungen im Programmentwurf werden dieser Aufgabe nicht gerecht.

Die Erarbeitung einer Klassenanalyse wird vom neuen ZK nach dem 6. Parteitag angepackt.

Begründung

- Nicht zuletzt mit der Einführung neuer Technik gibt es in der Arbeiterklasse Veränderungen. Der Anteil von Angestellten nimmt zu.
 - Die neuen Mittelschichten haben sich neben der FDP als Partei des Kleinbürgertums mit den Grünen eine politische Interessenvertretung geschaffen.
 - Das Kapital selbst besteht auch nicht mehr aus den berühmten Schlotbaronen.
- Drei Hinweise, die verdeutlichen, warum die Erarbeitung einer Klassenanalyse aktuell notwendig ist.

Still-Zelle Hamburg

15. Juli 1985

68

Antrag an den Sonderparteitag der KPD

Betrifft: Untersuchung des jugoslawischen Modells des „realen Sozialismus“ und seiner Entwicklungsgeschichte

Der Sonderparteitag beauftragt das ZK, eine Untersuchung über die Voraussetzungen, die Entwicklung und realen Ergebnisse des jugoslawischen Modells des „Aufbaus des Sozialismus“ einzuleiten. Diese Untersuchung steht — wie die bisher vorliegenden Analysen zur Sowjetunion (1917—23) und zur DDR — im Rahmen der vom 5. Parteitag beschlossenen Sozialismusdiskussion.

Begründung:

Dazu zunächst ein Zitat eines Verfechters des „jugoslawischen Wegs“ des Philosophen Mihailo Markovic:

Der bedeutendste Versuch nach der Pariser Kommune, in der Praxis die Marxschen Ideen von der Selbstverwaltung zu verwirklichen, ist an die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in Jugoslawien gebunden.

Der unmittelbare Impuls für die ersten Schritte in der Verwirklichung neuer Gesellschaftsverhältnisse in Richtung Selbstverwaltung war der Konflikt mit dem Stalinismus. Der grobe Angriff auf die gesamte Politik der jugoslawischen KP, die im Laufe eines ganzen Jahrzehnts zuvor nur Erfolge zu verzeichnen hatte (...), wurde in Jugoslawien als Zeichen dafür aufgefaßt, daß im damaligen sozialistischen Lager etwas an der Wurzel nicht in Ordnung war. Die zwei Jahre währende erneute Untersuchung der Klassiker des Marxismus führte zu dem Schluß, das Grundübel sei in der Hypertrophie (übermäßiges Wachstum, StS) des Staates zu suchen, im administrativen Zentralismus, in der Bürokratisierung aller gesellschaftlicher Institutionen. Nach dieser Bestandsaufnahme konnte es am einzig möglichen Ausweg keinen Zweifel geben. Statt Stalins Formel nachzugeben, daß der Staat „erstarken müsse, um abzusterben“, wurde beschlossen, den Staat allmählich „absterben“ zu lassen und einen Teil seiner Funktionen in der Wirtschaft den Arbeiterräten zu übertragen.“ (In: Folgen einer Theorie, Essays über „Das Kapital“ von Karl Marx, edition suhrkamp 226 (1969), S. 194).

Das ist doch zweifellos ein sehr interessanter Ansatz, und gar nicht unsympathisch: gegen Hypertrophie des Staates, administrativen Zentralismus, Bürokratisierung — für allmähliches Absterben des Staates, Übertragung staatlicher Funktionen in der Wirtschaft an die Arbeiterräte ...

Wie aus diesem interessanten Ansatz und sympathischen Motiven sich die kapitalistische Realität des heutigen Jugoslawien entwickelt hat (Frage am Rande: Wie steht die GIM dazu?), das könnte uns in der Sozialismusdiskussion wichtige Ergebnisse und neue Gesichtspunkte liefern, die bisher ungenügend berücksichtigt wurden.

Von daher sollten die Untersuchungen der UdSSR und der DDR durch eine Untersuchung des „jugoslawischen Wegs“ ergänzt werden.

StS, Dortmund

69

Antrag an den Sonderparteitag der KPD

Betrifft: Weiterführung der Programmdiskussion nach dem Sonderparteitag

Die weitere Programmdiskussion muß besser als bisher organisiert und strukturiert werden. Die Strukturierung erfolgt auf der Grundlage der Fragen und Kontroversen zum Programmentwurf, die sich bisher in der Partei und unter den Organisationen der revolutionären Sozialisten herausgeschält haben (also nicht allein auf Grundlage der Fragen, wie sie von einer Strömung aufgeworfen werden).

Die Diskussion ist methodisch als Auseinandersetzung mit den vorliegenden kontroversen Positionen zu führen. Dem dient die Zusammenstellung von Material zum jeweiligen Problemkreis (insbesondere bisher vorliegende Diskussionsbeiträge/Stellungnahmen/Artikel).

Für diese Diskussion sind regelmäßig Versammlungen (je nach Bedingungen auf Zellen- oder Ortsebene) vorzusehen, auf denen jeweils ein Problemkreis gründlich diskutiert werden kann.

Die Diskussion ist unbedingt zu ergänzen durch eine Schulung zu den jeweiligen Problemkreisen, die sich problemorientiert die „Klassiker“ und andere Theoretiker(innen) der revolutionären Arbeiterbewegung und Erfahrungen aus der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung vornimmt.

Begründung:

Der Programmentwurf hat eine (Un-)Menge von Fragen in der Partei und unter den revolutionären Sozialisten insgesamt aufgeworfen. Diese werden mit Sicherheit nicht mit dem Sonderparteitag verschwinden. Sie sind in den bisherigen Diskussionen meist nur mehr aufgeworfen worden, eine gründliche Behandlung der Fragen war kaum möglich (ich gehe hier aus von meinen Erfahrungen auf Zellen- und Ortsebene).

Es ist von daher zu begrüßen, wenn das ZK den Antrag stellt, die Verabschiedung eines neuen Programms noch zu verschieben.

Damit ist es allerdings nicht getan. Der niedrige Diskussionsstand ist nämlich nicht allein eine Frage der Zeit. Es fehlt auch an einer Systematisierung der aufgeworfenen Fragen, einer Strukturierung der Diskussion, einer lebendigen Methode, um zu besseren Ergebnissen zu kommen, sprich die angeschnittenen Fragen entweder in die eine oder andere Richtung wirklich zu klären. Und nicht zuletzt fehlen einfach vielfach die ideologischen und theoretischen Voraussetzungen, um Klarheit zu schaffen (ich weiß, daß nicht nur mir das so geht;

ein Ergebnis der äußerst mangelhaften ideologischen Arbeit in der Partei).

Wenn die Diskussion nicht in dieser Richtung verbessert wird, steht zu befürchten, daß auch in einem Jahr die Voraussetzungen für die Verabschiedung eines neuen Programms zu verschieben.

Damit ist es allerdings nicht getan. Der niedrige Diskussionsstand ist nämlich nicht allein eine Frage der Zeit. Es fehlt auch an einer Systematisierung der aufgeworfenen Fragen, einer Strukturierung der Diskussion, einer lebendigen Methode, um zu besseren Ergebnissen zu kommen, sprich die angeschnittenen Fragen entweder in die eine oder andere Richtung wirklich zu klären. Und nicht zuletzt fehlen einfach vielfach die ideologischen und theoretischen Voraussetzungen, um Klarheit zu schaffen (ich weiß, daß nicht nur mir das so geht; ein Ergebnis der äußerst mangelhaften ideologischen Arbeit in der Partei).

Wenn die Diskussion nicht in dieser Richtung verbessert wird, steht zu befürchten, daß auch in einem Jahr die Voraussetzungen für die Verabschiedung eines neuen Programms sich nicht wesentlich geändert haben und die Chance vertan ist, über die Diskussion die Fragen in der einen oder anderen Richtung zu klären, soll heißen, die zu Lösung anstehenden strategischen und programmatischen Fragen der westdeutschen Revolution möglichst richtig und vorwärtsbringend zu beantworten und auf dieser Grundlage eine größtmögliche, fundierte Einheit herzustellen.

StS, Dortmund

V. Anträge zum Statutentwurf

70

Antrag zum Statutentwurf

Der Parteitag möge beschließen:

1. Der vorliegende Statutentwurf wird abgelehnt.

Begründung:

Der vorliegende Entwurf stellt nur einen faulen Kompromiß dar. Entscheidenden Punkten wird aus dem Weg gegangen. Der Statutentwurf drückt sich um die Formulierung einer Präambel, die unser Selbstverständnis konzentriert zusammenfaßt. Der notwendige Bruch mit der monolithischen Einheitspartei wird nicht vollzogen.

2. Das Verständnis einer revolutionären Partei als monolithische Einheitspartei kann nicht mehr unseres sein. Die „12 Thesen zur Bolschewisierung der KPD“ und eine dogmatische Übernahme der Organisationsformen der Partei der 3. Internationale lehnen wir ab.

3. Das neue Statut erhält eine Präambel in der a) unser Verständnis von Rolle und Aufgaben der Kommunisten benannt ist und b) die Rolle unserer Organisation in der Herausbildung einer soz. Massenpartei in der BRD beschrieben wird.

4. Im neuen Statut werden die Funktionsträger der Partei in erster Linie auf die Parteibasis verpflichtet und nicht auf die nächsthöhere „Leitung“.

Sämtliche Benennungen im Statut, die aus einer Übernahme überholter Begriffe oder aus dem Verständnis der monolithischen Einheitspartei entspringen, werden verändert. Z. B. ZK — Bundesvorstand, Ortsleitung — Ortsvorstand, OG — Ortsverband, Politbüro — Geschäftsführender Ausschuß usw.

In die zu verabschiedende Resolution über das Selbstverständnis der KPD wird zur Frage der Organisation aufgenommen:

„Wir gehen davon aus, daß in einer revolutionären Massenpartei die politische Kultur der angestrebten Gesellschaft erkennbar sein muß. Darin wird heutzutage ein Teil der Faszination und Ausstrahlung einer solchen Partei und ihrer Ziele bestehen.“

Puki, Bochum

71

Vorschlag für eine Präambel zum Statut der KPD

Von einem Genossen der Zelle Druck Stuttgart, die den Vorschlag befürwortet.

I. Im Bewußtsein, daß die Arbeiterklasse ihre tagtäglichen Kämpfe nur erfolgreich bis hin zur Beseitigung der Herrschaft des Kapitals, zur Errichtung ihrer eigenen politischen Herrschaft und schließlich zur Abschaffung aller Klassen entwickeln kann,

a. wenn sie ihre eigene ständig von der kapitalistischen Konkurrenz hervorgebrachte Zwietracht überwindet;

b. wenn sie lernt, die Absichten, Theorien und Handlungen der Kapitalistenklasse und ihrer Vertreter in allen Bereichen der Gesellschaft zu durchschauen, insbesondere den in ihren eigenen Reihen wirkenden Kräften der Versöhnung mit dem Kapital und der Unterwerfung von Arbeiterinteressen unter sein Diktat eine Absage erteilt;

c. wenn sie Vertrauen in die eigene Kraft und ihre Fähigkeit gewinnt, die Geschicke der gesamten Gesellschaft in ihre eigenen Hände zu nehmen;

d. und sie so zur in ihrer Mehrheit politisch einig handelnden Klasse wird, die in der Lage ist, auch die anderen ausge-

beuteten und unterdrückten Schichten mit sich zu reißen,

II. haben sich Arbeiter/innen und Menschen aus anderen Schichten des Volkes freiwillig in der KPD zusammengeschlossen,

a. um die Kämpfe der verschiedenen Teile der Arbeiterklasse nach Kräften voranzubringen, in ihnen stets die Gesamt- und Zukunftsinteressen der Klasse zu vertreten und zu einem möglichst organisierten und koordinierten Zusammenwirken der westdeutschen und internationalen Arbeiterklasse beizutragen;

b. um mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus und der geschichtlichen und aktuellen Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung die jeweilige politische Lage zu analysieren und sich auf dieser Grundlage für wirksame Forderungen, Zielsetzungen und Vorgehensweisen in der Arbeiterbewegung einzusetzen;

c. um so schließlich der Arbeiterklasse zu ermöglichen, im Bündnis mit anderen gegen das Kapital gerichteten Schichten und Kräften ihre geschichtliche Aufgabe zu erfüllen.

III. Die KPD verpflichtet sich

a. ihre gesamten Fähigkeiten sowie materiellen und organisatorischen Mittel in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen;

b. ihre Mitglieder stets zu vorbildlichem persönlichem Einsatz für die Sache der Arbeiter anzuhalten;

c. um der Ziele der Arbeiterklasse willen sich, wo immer dies möglich ist, für ein wirksames gemeinsames Handeln aller Menschen und Organisationen einzusetzen, die dazu bereit sind;

d. alles in ihren Kräften Stehende für die politische und organisatorische Vereinigung aller Kommunisten zu unternehmen.

IV. Die KPD ruft alle klassenbewußten Arbeiter/innen und fortschrittlichen Menschen dazu auf, ihren persönlichen Beitrag zur Stärkung der kommunistischen Bewegung zu leisten.

Begründung zum Formulierungsvorschlag für eine Präambel zum Statut

Ohne Zweifel ist die Frage, wie sich die KP selber, ihre Aufgaben, ihre Mittel und vor allem ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse sieht, eines der zentralen Probleme für die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung. In dieser Frage bündeln sich die Zweifel, ob fortschrittliche politische Zukunftsvorstellungen nur als mehr oder minder abgewandelte Kopien eines realen Sozialismus denkbar sind und ob Chance besteht, in der krisengeschüttelten Arbeiterklasse der BRD eine klassenmäßige politische Orientierung jenseits von Sozialdemokratie und kleinbürgerlichen Radikaldemokraten zu verankern.

Dazu keine programmatische Position zu beziehen, wäre für jede linke Organisation ein Unding. Eine Sonderresolution des Parteitags reicht m. E. dazu allerdings nicht aus, da Programm und Statut nun mal die Grundlagen und „Ausgangspunkt“ der Partei sind, die auch zu den wesentlichen Fragen Stellung nehmen müssen.

Programm und Statut haben unterschiedliche Schwerpunkte. Das Programm antwortet auf die Frage „Wofür sind die Kommunisten“, das Statut stellt dar „Warum gibt es die Kommunisten, wie sind sie organisiert, wie arbeiten sie“. Gerade weil die meisten Genoss/innen nach 15 Jahren Parteigeschichte endlich Abschied von einer Vergötterung der Partei genommen haben und die Partei nüchtern als ein Instrument der Arbeiterklasse begreifen, das seine Existenzberechtigung einzig aus ihrem Nutzen für die Klasse gewinnen kann, sollten Ziele und Instrument eben sauberlich getrennt in Programm und Statut behandelt werden.

Existenz und Aufbau der Partei ergeben sich wie bei jeder Organisation aus den Bedürfnissen der Gruppe, die sie vertritt. Die Erfordernisse von Einheit (a), Durchblick (b), Vertrauen in die eigene Kraft (c) und damit Klassenbewußtsein entsprechen den Erfahrungen und Einsichten der Fortschrittlichsten der Klasse. Sie erwarten, daß die Kommunisten ihren Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten. Die Partei kann als Vertreter der Einheit (a), als Theoretiker, Agitator/Propagandist und Organisator (b) ihre einzig legitime Aufgabe erfüllen, „Geburtshelfer“ zu sein für eine neue Etappe in der Geschichte der Menschheit, die klassenlose Gesellschaft.

Zu einigen umstrittenen Punkten: Das Schreckgespenst überzogener Idealkader-Eigenschaften aus den Mitgliedsverpflichtungen zu streichen, ist völlig o. k. Aber daß das persönliche Verhalten von Kommunisten im Klassenkampf ein entscheidender Faktor für das Ansehen des Kommunismus in der Arbeiterklasse ist, sollte nicht unterschätzt werden, und deshalb sind Förderung und Kontrolle der Mitglieder unverzichtbare Aufgaben der Gesamtorganisation, die allgemein, aber eben doch im Statut genannt werden sollten.

Die Einheit der Kommunisten (andere Begriffe drücken jeweils wieder Schattierungen aus, die eher verwirren, als das Grundlegende ausdrücken, auf das man sich einigen soll) ist sicher im Statut nicht ausführlich zu erörtern. Eine Parteitags-Resolution mit einer Analyse der konkreten Situation der linken Bewegung und Richtlinien für eine diesbezügliche Politik der Partei ist sicher vonnöten. Dennoch bleibt der Kampf um die Einheit der Kommunisten neben der Schaffung der Einheitsfront für absehbare Zeit eine wichtige Aufgabe der Kommunisten in der BRD. Dies sollte auch im Statut seinen Niederschlag finden.

Der Vorschlag für eine Präambel zum Statut ist bewußt sehr bescheiden und ohne das gewohnte Pathos formuliert, da die Arbeiterklasse schon zu oft die Erfahrung machen mußte, daß die größten Schreier den geringsten Nutzen für die Klasse brachten. Unsere programmatischen Dokumente sollten auch von ihrem Stil her keinen doppelten Boden haben, sondern so sprechen, wie jeder Kommunist mit seinen Kollegen spricht.

Laßt uns in diesem Sinne die Einheit und Reinheit der Partei verteidigen!

72

Antrag zum Statutentwurf

Das neue Statut erhält eine Präambel in der a. unser Verständnis von Rolle und Aufgaben der Kommunisten benannt ist und b. die Rolle unserer Organisation in der Herausbildung einer sozialistischen Massenpartei in der BRD beschrieben wird.

LDK Ruhr

73

Antrag zum Statut

Betrifft: Präambel

Der Parteitag möge beschließen:

Dem Statut wird eine Präambel vorangestellt, in der das Selbstverständnis der Partei zum Ausdruck kommt, wie es im Vorschlag der Zelle Druck Stuttgart formuliert ist, jedoch möchten wir den Punkt IIIb gestrichen haben.

Begründung:

Wir schließen uns im wesentlichen der Begründung der Stuttgarter an.

LDK Ruhr

74

Antrag zum Statut:

Betrifft: Präambel

Der Parteitag möge beschließen:

Dem Statut wird eine Präambel vorangestellt, in der das Selbstverständnis der Partei zum Ausdruck kommt, wie es im Vorschlag der Zelle Druck Stuttgart formuliert ist.

Begründung:

Wir schließen uns im wesentlichen der Begründung der Stuttgarter an.

Ortsgruppe Witten

75

Antrag des ZK an den Sonderparteitag

Betrifft: Statut

In Abänderung des bestehenden Statuts und des vorliegenden Statutentwurfs beantragen wir, der Parteitag möge beschließen, daß der Anteil der Frauen auf den Delegiertenkonferenzen aller Ebenen bis hin zum Parteitag mindestens 50 % der Delegierten betragen soll.

Begründung:

Es ist bekannt und braucht eigentlich nicht wiederholt zu werden, daß der Anteil der Frauen in der BRD über 50 % liegt. Weder in den Gewerkschaften noch in irgendeiner politischen Partei sind Frauen entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke vertreten. Die Zeiten, wo diese Tatsache allein mit der Rückschrittlichkeit der Frauen begründet wird, sind nun selbst in bürgerlichen Parteien vorbei. Ein Mittel, die Frauen in gewerkschaftliche und politische Entscheidungsprozesse einzubinden und jahrhundertelange Diskriminierung aus den Angeln zu heben, ist die Quotierung. Sie besagt nichts anderes, als solange Frauen den Vorzug zu geben, bis sie in einer festgelegten Prozentzahl in einem bestimmten Gremium etc. vertreten sind.

Die Übermacht der Männer, ihre zahlenmäßige Überlegenheit in den meisten Gewerkschaften und in allen politischen Parteien hat — auch bei uns — dazu geführt, daß Frauen noch nicht einmal gemäß ihren Anteilen in den entsprechenden Organisationen — bei uns liegt er bei 30 Prozent — in Entscheidungsgremien vertreten sind. Damit ist hinlänglich bewiesen, daß durch rein „demokratisches“ Wählen oder nach dem bei uns angewandten „Bestenprinzip“ eine einigermaßen akzeptable Vertretung von Frauen nicht möglich ist.

Die Delegiertenkonferenzen der verschiedenen Ebenen bis hin zum Parteitag sind die Entscheidungsgremien unserer Partei, die die Politik der Partei diskutieren, bestimmen und die entsprechenden Leitungen wählen. Hier ist die breiteste politische Willensbildung möglich. Deshalb halten wir hier eine Änderung der bisherigen Praxis der Partei für vordringlich.

76

Antrag des ZK an den Sonderparteitag

Betrifft: Statut

In Abänderung des bestehenden Statuts und des vorliegenden Statutentwurfs beantragen wir, der Parteitag möge beschließen, daß der Anteil der in das Zentralkomi-

tee zu wählenden Mitglieder und Kandidaten mindestens 50 Prozent Frauen beträgt.

Begründung:

Zu den in Antrag 1 genannten Gründen sind wir der Auffassung, daß der in der Vergangenheit zahlenmäßig äußerst niedrige Anteil von Frauen im Zentralkomitee mit dazu beigetragen hat, daß eine Entwicklung von sozialistischer Frauenpolitik für die BRD mit der allgemeinen politischen Entwicklung unserer Partei nicht nur nicht Schritt gehalten hat, sondern faktisch in den Kinderschuhen steckt. Sozialistische Frauenpolitik und damit politische Aktivierung von Frauen wird aber für die sozialistische Revolution mehr denn je notwendig sein. Weiter meinen wir, daß die Zeiten vorbei sind, wo die proletarische Frau dem proletarischen Manne bis zur Revolution dient und dann die Revolution die gleichberechtigte Frau hervorbringt... so wie einst der Phoenix aus der Asche entstieg...

77

Antrag zum Statut

Betrifft: Organisationsprinzipien

Dem Statut werden Organisationsprinzipien vorangestellt (nach der Präambel)

Organisationsprinzipien

1. Ohne freie politische Debatte in der Partei kann eine erfolgreiche kommunistische Politik nicht entwickelt werden. Die Herausbildung von unterschiedlichen Positionen und Strömungen in der Partei ist dabei ein normaler Bestandteil der innerparteilichen Demokratie und des notwendigen Meinungskampfes.

2. Um Positionen, Vorschläge und Anträge in der gesamten Partei zur Diskussion stellen und dafür werben zu können, hat jedes Mitglied und jede Organisation der Partei das Recht, sie auf Parteiversammlungen vorzutragen und in der parteiinternen Presse zu veröffentlichen.

3. Alle Mitglieder werden umfassend informiert und in die politische Debatte und Meinungsbildung einbezogen. Kontroversen werden offengelegt und nicht durch Gremien- disziplin verschleiert.

4. Eine erfolgreiche kommunistische Politik erfordert aber auch die Wahrung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Partei.

5. Entscheidungen über die Politik der Partei sind mehrheitsentscheidungen. Sie werden in der Regel durch Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen getroffen, können aber auch — unter der Bedingung einer entfalteten Auseinandersetzung — durch Urabstimmung herbeigeführt werden. Delegierte können von den jeweiligen Versammlungen mit Aufträgen versehen werden. Im Interesse einer weiterführenden inhaltlichen Diskussion sind aber sowohl imperatives Mandat als auch Fraktionszwang ausgeschlossen.

6. Unterschiedliche Strömungen sollen sich möglichst in der Besetzung von Parteiorganen widerspiegeln. Die Minderheit hat das Recht, ihre Meinung weiter zu vertreten und auf dieser Basis politische Praxis zu entfalten, soweit dadurch die Handlungsfähigkeit der Partei nicht gefährdet wird. In keinem Fall ist sie jedoch berechtigt, im Namen der Partei gegen Mehrheitsbeschlüsse der Partei aufzutreten.

7. Die Partei strebt das selbständige politische Handeln all ihrer Organisationen an.

Begründung:

Der Statutentwurf trägt dem Verständnis von innerparteilicher Demokratie, das wir in der letzten Zeit gewonnen haben, nur ungenügend Rechnung. Es wird zwar allen Mitgliedern netterweise erlaubt, eine eigene Meinung zu haben und diese auch zu äußern, aber das ist unserer Meinung nach zu wenig. Ein Verständnis von innerparteilicher Demokratie, das davon ausgeht, daß sich notwendig im Prozeß der politischen Willensbildung Strömungen in der Partei bilden, daß das folglich als normal und wünschenswert anzusehen ist und nicht als „Störfall“, läßt sich aus dem Statutentwurf nicht entnehmen. Besonders deutlich wird das an dem Abschnitt „Parteiaufbau und innerparteiliche Demokratie“, wo die ersten beiden Absätze zur innerparteilichen Demokratie mit der Beschwörung von „Einheit und Geschlossenheit“ anfangen und der dritte Absatz den demokratischen Zentralismus in einer Art beschreibt, wie er heute für sehr viele Organisationen — z. B. für eine so undemokratische Organisation wie die Gewerkschaft — auch zutrifft. Wir sind nun nicht der Meinung, daß man diesen Abschnitt insgesamt so stehen lassen kann und nur hier eine Formulierung, dort einen Nebensatz ändert. Denn wenn es auch stimmt, daß „Demokratischer Zentralismus“, „Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit“ usw. sich konkret in verschiedenen Formen abspielen kann, so bleibt es doch wohl eine Tatsache, daß wir in der Vergangenheit eine ganz bestimmte, und zwar sehr rigide, Form darunter verstanden haben. Wir sind dagegen, die alten Formeln so im Statut stehen zu lassen, wie sie immer darin gestanden haben, und ihnen nur stillschweigend eine neue Bedeutung zu unterschreiben. Deshalb sind wir dafür, diese drei Absätze zu streichen und statt dessen die oben angeführten Organisationsprinzipien dem Statut voranzustellen.

Im einzelnen: **Zur Unterordnung der Minderheit unter die**

Mehrheit. Das Verhältnis von Demokratie und Zentralismus hängt unbestritten ab von der politischen Situation. Es hängt aber unserer Meinung nach auch ab von der Größe der Partei. Je kleiner die Partei, desto begrenzter die Erfahrungen, die sie macht, desto ungesicherter die taktischen Schlußfolgerungen, die sie daraus zieht, desto gefährlicher die schnelle Dogmatisierung solcher Schlußfolgerungen. Von daher scheint es uns nicht ausreichend zu sein, daß die Minderheit nur ihre Meinung behalten darf, sondern sie sollte auf der Basis dieser Meinung auch eine Praxis entfalten dürfen, jedenfalls soweit es die Durchführung der Mehrheitsbeschlüsse nicht ernsthaft gefährdet. Für die großen und verlustreichen Diskussionen der letzten Zeit — RGO und Volksfront — hätte ein solches Vorgehen unserer Meinung nach zu einer Versachlichung und Bereicherung der Diskussion beigetragen.

Wenn man das ernst nimmt, daß die Frage, ob dieser oder jener Weg richtig ist, nicht eindeutig beweisbar beantwortet werden kann, warum soll man dann dagegen sein, daß die Minderheit, die einen anderen Weg für richtig hält, diesen auch ausprobiert? Es hätte der RGO nicht geschadet, wenn sie ein paar Dutzend Karteileichen weniger gehabt hätte, und es wäre doch mal interessant gewesen, wenn die Minderheit uns ihre „Fraktionsarbeit“ vorgeführt hätte. Vielleicht wären beide Seiten schneller und solidarischer dazu gekommen, dazu zu lernen.

Zudem hat die Dogmatisierung taktischer Konzepte zum Teil dazu geführt — bei dem Volksfront-Beschluß war es am krassesten — die politische Praxis von Genossinnen und Genossen zu liquidieren. Aller Erfahrungen nach bauen diejenigen, die gegen die Volksfront sind, nicht die Volksfront auf, und wenn man ihnen verbietet, anders zu arbeiten, ziehen sie sich zurück oder treten aus. Zumindest besteht da eine große Gefahr.

Wenn man die Demokratie-Vorstellungen des Programms ernst nimmt, kann man nicht von einer Partei ausgehen, in der — übertrieben gesagt — die Mitgliedschaft eine beliebige Manövriermasse der jeweiligen Führung darstellt. Wir treten entschieden für eine Mitgliederpartei ein, und man kann nicht von allen Parteimitgliedern umstandslos erwarten, daß sie das Gegenteil von dem tun, was sie für richtig halten. Der emanzipatorische Charakter dieses „Erziehungsziels“ ist uns auch in der gegenwärtigen politischen Situation, bei der gegebenen Größe und Autorität der Partei und bei den Erfahrungen, die wir in zehn Jahren mit der Richtigkeit unserer Politik gemacht haben, durchaus zweifelhaft.

Zu imperativem Mandat und Fraktionszwang:

Wir sind dafür, daß man den Delegierten Aufträge erteilen kann — z. B. einen bestimmten Standpunkt vorzutragen, bestimmte Initiativanträge zu stellen oder ähnliches. Aber ein Diskussionsprozeß, der auf allen höheren Ebenen nur den Diskussionsstand der unteren reproduziert, bzw. durch den Fraktionszwang auf allen Ebenen nur die vorhandenen unterschiedlichen Positionen festklopft, scheint uns nicht wünschenswert. Das eröffnet nicht einmal die Möglichkeit, daß im Laufe der Diskussion — durch breitere Zusammenfassung der Erfahrung, durch Integration verschiedener Vorstellungen usw. — eine neue Qualität und eine größere Einheit erreicht werden kann.

Zur Besetzung von Parteiorganen:

Wir finden es im allgemeinen falsch, wenn die Vertreter der Minderheit durch eine verbissene Mehrheit aus allen Gremien herausgedrängt werden. Einmal besteht dadurch die Gefahr, daß bestehende Widersprüche sich verschärfen, daß die Minderheit an den Rand gedrängt wird, zum anderen kann es für die Weiterführung der Diskussion und für die Integrationsfähigkeit der Politik nur nützlich sein, wenn die diversen Leitungen sich auch innerhalb ihrer Gremien mit der oder den Minderheitspositionen auseinandersetzen müssen.

Wir sind allerdings dagegen, daß Gremien von vornherein proporzmäßig aufgeteilt werden oder in irgendeiner anderen Art das aktive und passive Wahlrecht der Mitglieder beschnitten wird.

Zur Abwahl von Funktionären:

Wir halten diesen Punkt für notwendig, weil wir es für notwendig halten, bewußt zu brechen mit dem Verständnis, daß Leitungen ausführende Organe, verlängerte Arme der Zentrale sind, die sich für die „Durchsetzung“ der „richtigen Linie“ verantwortlich fühlen, die sich der jeweils höheren Leitung verantwortlich fühlen und nicht oder jedenfalls weniger denen, die sie gewählt haben. Das ist ein Organisationsverständnis, das jede demokratische Willensbildung in der Partei erschwert, statt fördert und das mit unserer Auffassung von sozialistischer Demokratie nicht mehr vereinbar ist.

Ortsgruppe Witten

78

Antrag zum Statut

Der Sonderparteitag möge beschließen:

Der vorliegende Statutentwurf wird um einen Absatz „Organisationsprinzipien“ ergänzt.

Nach Ziffer 1 „Name, Sitz und Tätigkeitsbereich“ kommt Ziffer 2 „Organisationsprinzipien“, dann Ziffer 3 „Mitgliedschaft“ usw.

Die ersten drei Absätze des Abschnitts „Parteiaufbau und innerparteiliche Demokratie“ entfallen. Der Abschnitt heißt

nur noch „Parteiaufbau“. Er beginnt wie folgt:

„Der Parteitag ...“

Nun der Formulierungsvorschlag für den beantragten Absatz 2 „Organisationsprinzipien“. Als Grundlage diene der Vorschlag der Ortsgruppe Witten:

2. Organisationsprinzipien

1. Ohne freie politische Debatte in der Partei kann eine erfolgreiche kommunistische Politik nicht entwickelt, die Einheit der Partei nicht gewahrt werden.

Die Herausbildung unterschiedlicher Positionen und Strömungen in der Partei ist dabei ein normaler Bestandteil der innerparteilichen Demokratie und des notwendigen Meinungskampfes. Dazu gehört die Möglichkeit, seine Positionen, Vorschläge und Anträge in der gesamten Partei zur Diskussion zu stellen und für sie zu werben. Es ist die Aufgabe der Leitungen, alle Mitglieder umfassend zu informieren und in die politische Debatte und Meinungsbildung einzubeziehen. Kontroversen sollen offengelegt werden und nicht — beispielsweise durch Gremien- disziplin — verschleiert werden.

Unterschiedliche Strömungen sollen sich möglichst in der Besetzung von Parteiorganen widerspiegeln, was natürlich ihre Bereitschaft zur Diskussion und ihr Bemühen um Politikfähigkeit voraussetzt. Nach Mehrheitsbeschlüssen hat die Minderheit das Recht, ihre Meinung weiterzuvertreten und eine entsprechende politische Praxis zu entwickeln, soweit sie nicht den generellen politischen Orientierungen der Partei widerspricht und soweit dadurch die Handlungsfähigkeit der Partei nicht gefährdet ist. In keinem Fall ist eine Minderheit berechtigt, im Namen der Partei gegen Mehrheitsbeschlüsse der Partei in der Öffentlichkeit aufzutreten.

2. Erfolgreiche kommunistische Politik erfordert auch die Wahrung und Stärkung der Handlungsfähigkeit der Partei. Entscheidungen über die Politik der Partei sind Mehrheitsentscheidungen. Sie werden in der Regel durch Delegierten- oder Mitgliederversammlungen getroffen, können aber auch — unter der Voraussetzung einer entfalteten Diskussion — durch Urabstimmung herbeigeführt werden.

Delegierte können von den jeweiligen Versammlungen mit Aufträgen versehen werden. Im Interesse einer weiterführenden inhaltlichen Diskussion sind aber imperatives Mandat, Fraktionszwang und Blockwahlen ausgeschlossen.

3. Grundeinheiten, Ortsgruppen und Landesbezirke sind nicht einfach ausführende Organe der auf zentraler Ebene beschlossenen Politik. Vielmehr strebt die Partei an, daß ihre Grundeinheiten, Ortsgruppen, Landesbezirke in ihren Bereichen selbständig politisch initiativ werden. Entsprechend haben sie das Recht, in ihrem Arbeitsbereich im Namen der Partei aufzutreten, zu publizieren, politische Aktionen durchzuführen u. a.

4. Alle Parteiorgane werden demokratisch von unten nach oben in geheimer Wahl gewählt. Die gewählten Parteiorgane sind zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet, durch die sie gewählt wurden.

Begründung:

Die Kritik am Statut-Entwurf, daß er unzureichend unser geändertes Verständnis von innerparteilicher Demokratie und freier politischer Auseinandersetzung zum Ausdruck bringt, ist zutreffend. Tatsächlich handelt es sich dabei nicht so sehr darum, daß einzelne formale Regeln zu ändern sind. Es geht mehr um ein grundsätzliches Verständnis, das sich nur schwer in formale Festlegungen fassen läßt, ohne zu einem Regelkatalog zu kommen, der erneut zum Hindernis für eine lebendige politische Auseinandersetzung werden muß. Darum erscheint es angemessen, dieses grundsätzliche Verständnis als Erklärung von Grundsätzen (Organisationsprinzipien) in das Statut aufzunehmen.

ZK der KPD

79

Änderungsantrag zum Statut

Betrifft: Punkt 2

Bei der Aufnahme entscheidet die 2/3-Mehrheit

Zelle Minden

80

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 2, Mitgliedschaft

Ergänzt werden soll hier folgendes: „Die Arbeit der KPD steht und fällt mit der Aktivität der Basis, sie lebt ganz entscheidend von den Initiativen von unten. Die KPD versteht sich — im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien — nicht als Wahlverein, sondern als Kampfpartei. Deshalb kommt der Aktivität ihrer Mitglieder entscheidende Bedeutung zu.“

Begründung:

Wenn man es schon nicht statutmäßig vorschreiben will, daß jedes Parteimitglied zu aktiver Mitarbeit verpflichtet ist, dann sollten wir dies wenigstens politisch deutlich machen.

Mitglieder der Hoesch-Zelle, Dortmund

81

Antrag an den Sonderparteitag
Betrifft: Statut, Punkt 2, Mitgliedschaft

Ich beantrage, den ersten Absatz „Mitglied kann sein ...“ hinter „... an den Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen teilnehmen“ durch folgenden Einschub zu erweitern:

„sich nach seinen jeweiligen persönlichen Möglichkeiten an der praktischen Arbeit der Partei beteiligt.“

Begründung:

Wir wollen eine Kampfpartei, wir wollen, daß sich die Mitglieder in der Partei persönlich entwickeln, wir wollen die Gesellschaft verändern und nicht nur eine andere Meinung haben. Das geht nur, wenn die Mitglieder lernen, sich und die Verhältnisse durch die Tat zu ändern.

In meiner Grundeinheit praktizieren wir das, was im Entwurf vorgeschlagen wird, seit längerer Zeit mit äußerst schlechtem Ergebnis. Die Diskussion ist unverbindlich, wir können nicht lernen, weil wir die Meinungen nicht in der gemeinsamen Praxis überprüfen. Die Diskussion entartet zu einem Streit um Zitate und Interpretationen. Die Mitglieder verlieren den Zusammenhalt untereinander. Die Zelle ist überfordert, um bestimmte strittige Punkte theoretisch gründlich zu untersuchen. Das Interesse an den Treffen der Grundeinheiten wird gering und hört auf, weil da doch nur geredet wird.

Das Problem, daß sich viele Mitglieder überfordert fühlen von dem Wust der praktischen Anforderungen, muß und kann anders gelöst werden.

J. P. Ammersbek

82

Änderungsantrag zum Statut
an den Sonderparteitag der KPD
Betrifft: Punkt 2. Mitgliedschaft

Das Wort „regelmäßig“ ist zu streichen.

Begründung:

Was ist regelmäßige Teilnahme an den Mitgliederversammlungen der Grundorganisation? Dies müßte genauer umschrieben werden. Ohne das Wort „regelmäßig“ ändert sich nichts am Sachverhalt. Wer nicht an den Mitgliederversammlungen teilnimmt, sollte austreten. Wer einmal an einer Mitgliederversammlung nicht teilnehmen kann, was auch hin und wieder vorkommen kann, entschuldigt sich normalerweise.

H. R., Bielefeld

83

Antrag an den Sonderparteitag
Betrifft: Statut

Der Sonderparteitag möge beschließen, daß in den neuen Statutentwurf die Kandidatenzeit aufgenommen wird.

Begründung:

Eine Kandidatenzeit erscheint in einer KP unerlässlich. Denn sie dient einmal der Partei zur Möglichkeit, das neue Mitglied kennenzulernen und dem neuen Kandidaten, die Partei kennenzulernen. Außerdem sollte die Kandidatenzeit ohne zu hohe Maßstäbe eine gewisse Bewährungsprobe darstellen. Ohne Kandidatenzeit ist es auch feindlichen Elementen leichter gemacht, in die Partei einzutreten. Es dürfte auch nicht so sein, daß die Kandidatenzeit wirklich revolutionär gesinnte Menschen davon abschreckt, in die Partei einzutreten.

Drei Genossen der Zelle Moabit, Berlin

84

Antrag zum Statut
Betrifft: Punkt 2

Der Parteitag möge folgenden Statutzusatz beschließen: „Mitglieder, die mit ihren Beitragszahlungen drei oder mehr Monate im Rückstand sind, verlieren ihr Stimmrecht.“

Begründung:

Diese Regelung trifft das Wertgefühl der betroffenen Mitglieder empfindlich. Die Folge wäre eine Hebung der Zahlungsmoral, damit eine Erleichterung für die Kassierer und eine bessere Finanzsituation in der KPD.

H., Köln

85

Antrag zum Statut
Betrifft: Punkt 2 und Punkt 3

Der Abschnitt „Mitgliedschaft“ ist wie folgt zu ändern:

„Mitglied der Partei kann sein, wer ihr Programm und Statut anerkennt, regelmäßig Beitrag zahlt, regelmäßig an den Mitgliederversammlungen der Grundorganisation teil-

nimmt, mindestens 14 Jahre alt ist und seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland oder Westberlin hat. Die Mitglieder haben in der Partei das aktive und passive Wahlrecht. Sie haben das Recht, sich mit jeder Frage, Kritik, Stellungnahme an jedes Organ der Partei und an die Parteiöffentlichkeit zu wenden.“

Statt „3. Rechte der Mitglieder“ folgt dann „Aufnahme von Mitgliedern“. Darunter die drei Abschnitte, die jetzt unter „Mitgliedschaft“ stehen.

Begründung:

Wenn dem Ganzen die von uns vorgeschlagenen Organisationsprinzipien vorangestellt werden, die wesentliche Rechte der Mitglieder enthalten, wird der Punkt „Rechte der Mitglieder“ einfach zu dünn und wirkt insgesamt etwas merkwürdig.

Das Mindestalter sollte von 16 auf 14 Jahre herabgesetzt werden, weil wir die Jugend nicht als Erziehungsobjekt betrachten, sondern als Klassenkämpfer ernst nehmen sollten. Jede/r, der das Recht hat, zu arbeiten, sollte auch das Recht haben, Mitglied in der KPD zu sein.

Betriebszelle Siemens/Witten

86

An den Sonderparteitag
An die LDK Ruhr

Antrag zum Statut

Der Abschnitt „3. Rechte der Mitglieder“ soll so anfangen:

„Alle Mitglieder bestimmen gleichberechtigt in den Organisationen der Partei durch Meinungsäußerung, Abstimmungen, Beschlüsse und Wahlen über die Politik der Partei. Sie haben das Recht

- in ihren Parteioorganisationen, auf Parteiversammlungen und in der internen Presse an der Erörterung aller Fragen der Partei teilzunehmen, Vorschläge zu unterbreiten und ihre Meinung frei zu äußern;
- Kritik an der Tätigkeit ...“ (weiter wie Entwurf)

Begründung: Die vorgeschlagene Formulierung, daß jedes Mitglied das Recht hat, „an der Willens- und Meinungsbildung in der Partei, an der Ausarbeitung ihrer Politik mitzuarbeiten“ scheint uns zu schwach und zu wenig für das Grundrecht jedes Mitglieds, durch Beschlußfassung und Wahlen über die Politik und Organisation zu bestimmen in der jeweiligen Parteioorganisation (sei es Grundeinheit oder Leitung), in der es tätig ist.

Zelle „General Blumenthal“, Recklinghausen

87

Antrag zum Statut

Betr.: Entwurf Punkt 3.

Die Überschrift soll lauten: „3. Rechte und Pflichten der Mitglieder“

Punkt 3. soll um folgenden Text ergänzt werden: „Das Parteimitglied hat die Pflicht • an der Erfüllung der Aufgaben seiner Grundorganisation mitzuwirken; • übernommene Aufgaben und Funktionen gewissenhaft und pünktlich zu erfüllen; • ehrlich gegenüber den Genossen zu sein, Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen.“

Landesleitung Westberlin

88

Änderungsantrag zum Statut:
Betrifft: Punkt 3 (Unterpunkt)

Die befragten Organe sind verpflichtet, umgehend auf Anfragen zu antworten.

Zelle Minden

89

Änderungsantrag zum Statut
Betrifft: Punkt 4

Der Ausschluß erfolgt nach dreimonatigem unentschuldigtem Fernbleiben bzw. Beitragszahlung.

Zelle Minden

90

Antrag zum Statut
Betrifft: Punkt 5

Nach dem Satz „Anträge auf Parteiordnungsmaßnahmen werden in 1. Instanz vor der jeweiligen Landesschiedskommission der Partei verhandelt und entschieden“ ist einzufügen:

„Bei diesem Verfahren hat sowohl das betroffene Mitglied als auch der/die Antragsteller das Recht, eine/n stimmberechtigte/n Beisitzer/in zu benennen.“

Begründung:

Wir halten grundsätzlich eine Stärkung der Mitgliederrechte gegenüber Organen und Instanzen für notwendig. Durch die Beisitzerbestimmung würde das geschehen.

Ortsgruppe Witten

91

Antrag zum Statut

Die Grundorganisationen sollen nicht nur das Recht haben neue Mitglieder aufzunehmen, sondern auch das Recht behalten Mitglieder aus der Partei auszuschließen. Ein Ausschluß eines Zellenmitglieds sollte allerdings nur mit Zweidrittelmehrheit aller Zellenmitglieder möglich sein.

Punkt 5. Parteiverfahren, Ausschluß ist entsprechend umzuformulieren.

Landesleitung Westberlin

92

Änderungsantrag zum Statut
Betrifft: Benennung der Parteiorgane

Parteitag (), Zentralkomitee (), Landeskongress (Landesdelegiertenkonferenz), Ortskongress (Orts-DK) oder Landes- und Ortskomitee. (Alte Bezeichnung in Klammern)

H. R. Bielefeld

93

Änderungsantrag zum Statut
Betrifft: Punkt 6

Als 5. sollen hier die Landesbezirke bzw. Unterbezirke (o. ä.) angeführt werden:

„Landesbezirke können in großen Landesverbänden (mit mehr als 20 Ortsgruppen) in Abstimmung mit Landes-DK und Ortsorganen der Partei zwischen Landes-DK und Ortsgruppen eingerichtet werden.“

H. R. Bielefeld

94

Änderungsantrag zum Statut
Betrifft: Punkt 6

Zusatzpunkt:

„Die Leitungen sind verpflichtet, regelmäßig Schulungen anzubieten und durchzuführen.“

Zelle Minden

95

Antrag zum Statut

Unter Punkt 6. im Entwurf soll der zweite Absatz „Es ist ... im ZK erhält.“ gestrichen werden.

Statt dessen soll es lauten:

„Die KPD gibt jedem Mitglied und jedem Gremium der Partei im internen Organ die Möglichkeit, sich mit seinen Ansichten an alle Genossen der Partei zu wenden.“

Die Entscheidung über die aufgeworfenen Fragen bleibt in jedem Falle den zuständigen Gremien der Partei überlassen.

Die Bildung von Fraktionen (zum Beispiel die Einberufung von Versammlungen, Verschickung von Rundschreiben, Beschlußfassungen und vergleichbare Aktivitäten außerhalb des eigenen Aufgabenbereichs) gefährdet die Einheit und die Handlungsfähigkeit der Partei und ist deshalb mit der Mitgliedschaft in der Partei unvereinbar. Solche Tätigkeiten führen automatisch zum Erlöschen der Mitgliedschaft.“

Landesleitung Westberlin

96

Der Parteitag möge beschließen:

Statutentwurf S. 16, 6. Parteiaufbau und innerparteilicher Demokratie:

Im 5. Absatz wird der 2. Satz ersatzlos gestrichen.

Begründung:

Der erste Satz beinhaltet den zweiten, geht sogar noch darüber hinaus.

Still Zelle, HH

97

Änderungsantrag zum Statut:
Betrifft: Punkt 6, 2. Absatz

Der 2. Absatz (Es ist mit den Zielen der Partei ... usw.) ist wie folgt zu formulieren:

„Es ist mit den Zielen der Partei, ihrer Einheit und Geschlossenheit unvereinbar, daß Meinungsunterschiede zwischen den Parteimitgliedern in der Form von Fraktionen außerhalb der Partei in Erscheinung treten. Die im Statut verankerten Rechte gelten für: jedes einzelne Parteimitglied und die Organe der Partei; also die Mitgliederversammlungen auf Orts- und Landes- (Bezirks-)Ebene, die Delegiertenkon-

ferenzen auf Landes- (Bezirks-)Ebene, und den Parteitag und das Zentralkomitee.

Der Meinungs- und Willensbildungsprozeß in der Partei schließt ein, daß auch die Parteimitglieder untereinander ihre Meinungen austauschen und Fragen der Parteiarbeit und der Politik diskutieren, die nicht an einem Ort oder einer Grundorganisation angehören. Dieser Meinungsaustausch wird dadurch gewährleistet, daß die gewählten Parteiorgane diesen Meinungsbildungs- und Diskussionsprozeß organisieren und fördern.

Begründung:

Bisher (nach dem geltenden Statut) war es strenggenommen nicht möglich, die politische Diskussion zwischen Mitgliedern verschiedener Grundorganisationen oder an verschiedenen Orten zu führen. Es galt das Prinzip, daß unlösliche oder wichtige Probleme und Kritiken den Weg der höheren Leitung gehen. Ob und welche Probleme und Fragen in der ganzen Partei, im ganzen Landesverband oder auch in der ganzen Ortsgruppe diskutiert werden sollen, entscheiden die Leitungen. Sicherlich ist die Praxis seit einiger Zeit längst nicht mehr so eng gefaßt worden, und es wurde den Strömungen in der Partei Rechnung getragen, wie es sich auch im „Kommunist“ niedergeschlagen hat. Es ist mir aber wichtig, die noch immer in dieser Frage festgeschriebene Führungsaufgabe der Leitungen aufzuheben. Entweder sind die Leitungen durch ihre Diskussionsbeiträge führend und überzeugend, oder sie sind es nicht.

H. R., Bielefeld

98

Antrag an den Sonderparteitag Betrifft: Statut Punkt 6

Ich beantrage im Abschnitt 6. Parteaufbau und innerparteiliche Demokratie den zweiten Abschnitt „Es ist mit ... Sitzen im ZK erhält.“ zu streichen und durch folgenden Absatz zu ersetzen:

„Zur freien Meinungsbildung ist es zulässig, daß sich Mitglieder ähnlicher Anschauungen unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Grundeinheiten oder anderen Gremien der Partei zusammenschließen, um ihre Meinung herauszuarbeiten und in die gesamte Diskussion einzubringen. Diese Meinungsgruppen können Anträge an den Parteitag stellen. Sie haben nicht das Recht, sich innerhalb der Partei eigenständig zu organisieren, Beschlüsse über die Politik der Partei zu fassen oder nach außen in Aktion zu treten.“

Begründung:

Es gab und gibt in der KPD im wesentlichen drei Wege der Meinungsbildung:

1. Von oben nach unten durch Stellungnahmen, ausrichtende Artikel im RM und TO und im Kommunist, durch Orgmitteilungen und Instruktionen. Dieser Weg ist nach wie vor die hauptsächlichste und am stärksten organisierte Art der Meinungsbildung.

2. Von unten nach oben durch Kritiken und Anfragen aus den Zellen an die jeweils übergeordnete Leitung, durch Anträge an Delegiertenversammlungen und Parteitag und neuerdings durch Leserbriefe an den RM, Stellungnahmen im Kommunist und Diskussion auf MVs.

Diese Art der Meinungsbildung ist unterentwickelt. Viele Zellen sind durch ihre Kleinheit, ihre Zusammensetzung und ihre Arbeitsweise nicht in der Lage, politische Fragen so weit zu diskutieren, daß daraus ein Beitrag für die Meinungsbildung in der Gesamtpartei wird. Die MVs finden nur unregelmäßig und selten statt. Einen Beitrag für den Kommunist zu schreiben, ist schon ein großer Schritt. Es kommt noch immer vor, daß Anträge, Anregungen, Kritiken ohne Echo in den Parteinstanzen versickern.

3. Horizontale Meinungsbildung quer durch verschiedene Parteiorganisationen durch informelle Kontakte bei den verschiedensten Gelegenheiten. Diese Art der Meinungsbildung hat immer eine große Rolle gespielt, aber wir haben sie bisher nicht wirklich zugelassen und als wichtig akzeptiert. Bei der Bildung von Fraktionen aber auch bei dem resignierten Zurückziehen von vielen Mitgliedern, die sich mit ihrer Meinung allein fühlten, spielte und spielt das eine Rolle.

Die Leserbriefdiskussion im RM und die unzensurierte Meinungsbildung im Kommunist sind die ersten Schritte gewesen, diese Art der Meinungsbildung zu ermöglichen. Wir sollten weitergehen und Möglichkeiten schaffen, daß Mitglieder ähnlicher Meinung sich quer zu allen Parteiorganisationen zusammenfinden können, um ihre Meinung herauszuarbeiten und in die gesamte Diskussion einzubringen. Diese Art der Meinungsbildung muß befreit werden vom Vorwurf der Fraktionsmacherei und Spaltung der Partei.

Solche Meinungsgruppen sollten das Recht haben, sich zu versammeln, ihre Meinung zu veröffentlichen in den Presseorganen der Partei und gemeinsame Anträge an die Entscheidungsgremien der Partei zu stellen. Sie sollen auch das Recht haben, ihre Meinung zu veröffentlichen innerhalb der Partei, wenn sie in der Minderheit sind oder nach einer Entscheidung in der Minderheit bleiben.

Unsere bisherige Angst, daß, wenn abweichende Meinungen organisiert zugelassen werden, die Einheit im

Handeln und die Organisationseinheit kaputt gehen, halte ich für unbegründet, jedenfalls solange die Mitglieder um konkrete gesellschaftliche Veränderungen kämpfen wollen. Wir haben in den letzten Jahren in verschiedenen Auseinandersetzungen selbst erlebt, daß Einheit im Handeln möglich ist, selbst bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten.

Demokratie in unserer Organisation kann es nur geben, wenn Minderheitenmeinungen toleriert und veröffentlicht werden, wenn die Mitglieder unabhängig von den Ansichten der übergeordneten Instanzen sich ihre Meinung bilden können, wenn untergeordnete Leitungsgremien eine eigene Meinung vertreten können.

Wir waren und sind der Ansicht, daß Demokratie und Zentralismus zusammengehören, um zu einer wirkungsvoll handelnden Organisation zu kommen. Nur waren wir bei der Seite der Demokratie immer vorsichtiger und skeptischer. Wir waren bisher geneigt, dem Zentralismus ein Übergewicht zu geben, wahrscheinlich wegen unserer eigenen autoritären Prägung. Wer von uns hat denn schon selbstbewußtes, lebendiges demokratisches Verhalten erlebt — im Betrieb nicht, in der Familie nicht, in den bürgerlichen Parteien nicht, in der Schule nicht, im bürgerlichen Parlamentarismus nicht!?

Wenn wir Menschen für unsere Organisation gewinnen wollen, müssen sie überzeugt sein, daß bei uns Meinungsfreiheit gesichert ist, nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch organisatorisch. Der Antikommunismus lebt hauptsächlich von dieser Überzeugung, daß es keine Meinungsfreiheit gibt bei den Kommunisten. Dies sollten wir durch unsere eigene Organisation praktisch entkräften.

J. P., Ammersbek

99

Änderungsantrag zum Statut Betrifft: Punkt 6, 3. Absatz (Organisationsaufbau)

Der 1. Satz ist wie folgt zu ändern:

„Der organisatorische Parteaufbau beruht auf demokratischen Prinzipien. Das heißt:“

(weiter wie im vorliegenden Entwurf)

Der 3. Punkt (daß alle Beschlüsse ...) ist wie folgt zu ändern:

„— daß alle Beschlüsse der Parteiorgane für alle Mitglieder, die dieses Parteiorgan vertritt, bindend sind und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet.“

Begründung:

Nach dem gültigen Statut und nach dem klassischen Verständnis des demokratischen Zentralismus sind Beschlüsse der Parteileitungen für alle im Bereich der jeweiligen Leitung organisierten Mitglieder verbindlich, ebenso wie für die nachgeordneten Parteiorgane bzw. Leitungen. Ich meine, daß diese Legitimation nicht nur in Frage gestellt werden muß, sondern daß sie sich in der Praxis oft selbst ad absurdum geführt hat. Es gibt in der Parteigeschichte Beispiele, wo Leitungen die Mitglieder — wenn auch durch vorhergegangene Diskussionen und „Ausrichtungen“ (ein bezeichnendes Wort übrigens) mehr oder weniger eingeordnet haben. Was nicht bedeuten soll, daß die Leitungen nicht das Recht (und die Pflicht) haben sollen, für ihre Meinungen Mehrheiten zu gewinnen. So war es aber bisher möglich, daß Beschlüsse einer Landesleitung auch für die darunterstehenden Ortsleitungen Verbindlichkeit hatten, auch dann, wenn diese Ortsleitungen oder Ortsleitungsmitglieder von diesen Beschlüssen nicht viel hielten. Die Praxis in den letzten Jahren hat sowieso gezeigt, daß sich politische Beschlüsse und Auffassungen nur mit den Genossen in praktische Arbeit umsetzen lassen, die wirklich von einer Sache überzeugt sind.

Von daher halte ich nichts mehr von Leitungen, sondern sehe in größeren Parteiorganen, die sich regelmäßig zusammensetzen, eine bessere Regelung (siehe weitere Anträge zum Statut).

Im übrigen hat das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Öffentlichkeit auch bei politisch interessierten Menschen einen vielleicht doch eher negativen Beigeschmack. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen aus den Parteien, die in den staatsmonopolistischen Ländern das Sagen haben, und in denen es formal nach diesem Prinzip läuft. Ein gewisses Maß an Unterordnung von Minderheiten unter die Meinung der Mehrheit sehe ich nach der von mir vorgeschlagenen Formulierung noch immer dadurch gegeben, daß auf einer Ebene wie z. B. im Landesverband alle Parteimitglieder den Beschlüssen des zuständigen Parteiorgans verpflichtet sind, die Mitglieder eines unteren Parteiorgans z. B. eines Ortes aber eben nur als Mitglieder der Partei (jedoch nicht als Organ Ortsleitung o. ä.) gefaßten Beschlüssen verpflichtet sind.

H. R., Bielefeld

100

Antrag an den Sonderparteitag Betrifft: Statutentwurf Punkt 6

Im letzten Punkt steht: „daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane für jede untere Organisation verbindlich sind

und sich die Minderheit der Mehrheit unterordnet.“

Wir beantragen, diesen Abschnitt folgendermaßen zu ändern: „daß alle Beschlüsse der höheren Parteileitungen für jede untere Parteileitung ...“

Begründung:

Wir halten es für praktikabel, sozusagen von den Funktionären Disziplin zu verlangen und sie dort notfalls auch durchzusetzen. Unter der Masse der Genossinnen und Genossen, die keine Funktion haben, kann dieses Prinzip nicht einfach durchgehalten werden. (Beispiel: Abstimmung mit den Füßen, mangelnde Mobilisierung). In der Realität hilft hier doch nur die politische Überzeugung. In NRW beispielsweise haben wir doch die Genossinnen und Genossen, die sich in der Wahlzeit passiv verhielten, auch nicht belangt.

Drei Genossen der Zelle Nippes

101

Antrag zum Statut Betrifft: Punkt 6

Das Statut wird im Punkt 6, „Parteaufbau und innerparteiliche Demokratie“ durch folgende Sätze ergänzt am Ende des ersten Abschnitts („... wie die bewußte Disziplin in den Reihen der Partei“)

„Es ist Aufgabe der Leitungen, sich regelmäßig einen Überblick über die in der Partei existierenden verschiedenen Meinungen und Ansichten zur Programmatik und Tagespolitik der Partei sowie zu anderen die Partei betreffenden Fragen zu verschaffen. Diese sind zusammenzufassen und in einem Überblick in der internen Parteipresse der gesamten Partei in Form eines Berichts zugänglich zu machen. Im Bericht ist zu vermerken, wozu es ausführlichere Stellungnahmen gibt und wie man die erhalten kann.“

Begründung:

Meiner Meinung nach ist der Hauptpunkt der ein gleichberechtigtes Diskutieren aller Mitglieder und ein gleichberechtigtes Treffen von Entscheidungen verhindert und Manipulationen Tür und Tor öffnet, der fehlende Zugang zu Informationen. Wenn wir diesen Punkt nicht knacken, helfen uns auch keine formalen Regeln der Demokratie wie „Fraktionen ja — nein“ usw.

Wir wollen selbständig denkende und entscheidende Genossinnen und Genossen. Um Entscheidungen treffen zu können, muß jeder bzw. jede die notwendigen Informationen haben. Da aber viele Mitglieder aus verschiedenen Gründen gar nicht in der Lage sind, alle Broschüren, Beiträge im „Kommunist“, Leserbriefe im RM usw. zu lesen und auszuwerten, müssen für sie die Grundlinien durch die Leitungen v. a. die zentrale Leitung einfach und klar dargelegt werden. Dabei muß für die zusammengefaßte Aussage, Position usw. die Herkunft angegeben werden und ein Hinweis, wie es möglich ist, wenn man es für nötig hält, diese oder jene Position näher kennenzulernen, ihre Begründung zu untersuchen o. ä. Diese Aufgabe v. a. der zentralen Leitung ist notwendig, um Manipulationen der Meinungen durch ausgewählte Informationen, die über den Parteiapparat weitergegeben werden, um bestimmte Aktionen, Meinungen, Entwicklungen in der Theorie „durchzubringen“, möglichst weit einzuschränken und zu verhindern. Ähnlich ist auch zu verfahren mit neuen Positionen in der Theorieentwicklung, wo nicht nur die in der Linken gängigen positiven Positionen, sondern auch die kritischen Positionen darzulegen sind. Daß das selbstverständlich nur für bekannte Positionen gilt und nicht heißt, daß man erst was sagen darf, wenn man alles gelesen hat, ist klar.

Indem die Leitungen gezwungen werden, so zu verfahren, werden sie auch zur aktiven Auseinandersetzung mit diesen Meinungen, Ideen, Vorschlägen, Kritiken usw. gezwungen, so daß es auch für sie persönlich schwieriger wird, Unangenehmes, was sie nicht widerlegen können, aber ihr „Konzept“ stört, zu verdrängen.

W. aus Bochum

102

Änderungsantrag zum Statut Betrifft: Punkt 6, Parteiorgane

Der Parteitag

Dieser Abschnitt ist wie folgt neu zu fassen:

„a. Das höchste Organ der Partei ist der Parteitag. Er soll regelmäßig jährlich bis anderthalbjährlich stattfinden, muß jedoch spätestens nach Ablauf von zwei Jahren durchgeführt werden. Vorläufige Tagesordnungspunkte sollen auf dem vorhergehenden Parteitag festgelegt werden. Weitere Tagesordnungspunkte werden vom Zentralkomitee oder auf Antrag eines anderen Parteiorgans auf die vorläufige Tagesordnung des Parteitages gesetzt (die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes auf die vorl. Tagesordnung des Parteitages auf Antrag eines Parteimitgliedes ist nur so möglich, daß dieser Antrag mehrheitlich von einem Parteiorgan unterstützt wird). Die vorläufige Tagesordnung des Parteitages wird zwei Monate vor dem Parteitag in der Partei veröffentlicht.“

Das Zentralkomitee kann aus eigener Initiative und mit Zustimmung von mehr als 2/3 der Parteimitglieder oder der

Mehrheit der Parteiorgane ausschließlich des ZK Parteitag einberufen.

Ebenso muß das ZK den Parteitag einberufen, wenn 2/3 der Parteimitglieder dies beantragen.

b. Der Schlüssel für die Delegierten zum Parteitag wird auf dem vorhergehenden Parteitag festgelegt. Eine Änderung des Delegiertenschlüssels für den Parteitag kann nur auf Antrag des ZK, eines anderen Parteiorgans und wenn dieser Antrag die Mehrheit aller Parteiorgane findet, oder wenn 2/3 der Parteimitglieder eine Änderung des Delegiertenschlüssels befürworten. Der Delegiertenschlüssel muß eine ausreichende repräsentative Vertretung aller Parteimitglieder sicherstellen.

C. Der Parteitag

- nimmt den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees über seine Tätigkeit und die Arbeit der gesamten Partei während der Zeit seit dem letzten Parteitag entgegen und diskutiert die Durchführung der Beschlüsse des vorangegangenen Parteitags.

- nimmt den Bericht der Schieds- und Revisionskommission entgegen.

- beschließt und ändert das Programm und das Statut der Partei mit 2/3-Mehrheit.

- legt die Anzahl der Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Schieds- und Revisionskommission fest und wählt beide Organe in geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit, wobei Blockwahl unzulässig ist.

- faßt die Beschlüsse für die Arbeit der Partei bis zum nächsten Parteitag und legt die allgemeinen Richtlinien für die Arbeit der Partei fest.

- berät und entscheidet über die Anträge, die an den Parteitag von Mitgliedern und Parteiorganen gerichtet worden sind.

- legt die Höhe der Mitgliedsbeiträge fest und beschließt über die Verwendung der finanziellen Mittel der Partei (Beiträge und Spenden).

Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn 3/4 der Delegierten bzw. Ersatzdelegierten anwesend sind.

Begründung: Antrag 126

H. R., Bielefeld

103

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6, Parteitag

Punkt a wird um folgenden Satz ergänzt:

„Die Delegierten für den Parteitag werden auf Landesmitglieder bzw. Delegiertenkonferenzen gewählt.“

ZK der KPD

104

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6 Parteitag

Punkt a. wird folgendermaßen geändert:

„a. Das höchste Organ ist der Parteitag. Er wird in der Regel jährlich ...“

ZK der KPD

105

Antrag an den Sonderparteitag

Betrifft: Statut

Bezüglich der Einberufung eines Parteitages durch das Verlangen von 1/3 der Mitglieder beantragen wir folgende Präzisierung:

Die Unterschriftensammlung für einen solchen Parteitag muß unter einer im Antragstext enthaltenen Tagesordnung erfolgen. Ein so einberufener Parteitag ist auch befugt, die gesamte Leitung oder einzelne Leitungsmitglieder abzuwählen. Entsprechend gilt dies auch für untere Ebenen.

Drei Genossen der Zelle Nippes

106

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6, Parteitag

Der Abschnitt „Der Parteitag“ (unter Punkt 6a, 2. Satz) ist wie folgt zu ändern:

„Er wird in der Regel jedes Jahr vom Zentralkomitee unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Monaten einberufen.“

Der nächste Satz ist zu ergänzen:

„... muß auf Verlangen von mehr als einem Drittel der Mitglieder oder drei Landesverbänden Parteitage einberufen.“

Begründung:

Wir finden es besser, jedes Jahr eine Parteikonferenz zu haben, die konkrete Politik bespricht und entscheidet. Wir finden, daß nach der bestehenden Regelung es fast unmöglich ist, die Abhaltung eines Parteitages zu erzwingen. Das scheint uns auf LV-Ebene einfacher zu sein, deshalb die Regelung mit den drei LVs.

Ortsgruppe Witten

107

Änderungsantrag zum Statut

betrifft: Punkt 6, Parteitag

Der Parteitag legt die Höhe der Beiträge fest.

A. aus Minden

108

Antrag zum Statut

Das Zentralkomitee!

Dieser Abschnitt ist wie folgt neu zu fassen:

„In der Zeit zwischen den Parteitagungen ist das Zentralkomitee das leitende Organ für die gesamte Partei. Es ist an die Beschlüsse des Parteitages gebunden und führt diese durch. Das ZK soll alle zwei Monate, mindestens jedoch alle drei Monate Plenartagungen durchführen. Das ZK berichtet über die Plenartagungen der gesamten Partei. Die Kandidaten des ZK nehmen an den Plenartagungen mit beratender Stimme teil.“

Sofern politische Ereignisse es erforderlich machen, kann das ZK Beschlüsse für die gesamte Arbeit der Partei fassen, um die Handlungsfähigkeit der Partei zu gewährleisten. Das ZK hat seine Beschlüsse gegenüber dem Parteitag zu verantworten.

Das Zentralkomitee wählt aus seiner Mitte:

- das politische Büro, den Vorsitzenden der Partei und seinen Stellvertreter.

Das Zentralkomitee wählt mindestens drei Mitglieder aus seinen Reihen, die jeder einzeln in öffentlichen Rechtsgeschäften aller Art für die KPD vertretungsberechtigt sind.

Das politische Büro ist zwischen den Plenartagungen des ZK das geschäftsführende Gremium der Partei. Das politische Büro kann binnen 10 Tagen, mindestens jedoch binnen einer Woche, das ZK zu Plenartagungen zusammenrufen, um Beschlüsse zu fassen, die die politische Handlungsfähigkeit der Partei sicherstellen. Dies kann ebenfalls auf Antrag von mindestens zwei Landesorganen der Partei geschehen. Andere politische Kompetenzen hat das politische Büro nicht.

Das Zentralkomitee ist berechtigt, bei besonderen Umständen zu seiner Ergänzung bzw. Erweiterung neue Kandidaten zu kooptieren, und zwar bis zu einem Drittel der Zahl der auf dem letzten Parteitag gewählten Vollmitglieder des ZK. Diese Kandidaten dürfen auch nicht zu Vollmitgliedern des ZK werden.

Das Zentralkomitee verwaltet die finanziellen Mittel der Partei. Es gibt das Zentralorgan, das theoretische und interne Parteiorgan heraus und leitet die Parteischule.“

Begründung: Antrag 126

H. R. Bielefeld

109

Antrag Still-Zelle

Der Parteitag möge beschließen:

Im Statutentwurf wird auf S. 17 (Das Zentralkomitee) der Satz „Diese Kandidaten dürfen nicht zu Mitgliedern des Zentralkomitees gewählt werden“ ersetzt durch den Satz „Diese Kandidaten dürfen nicht Mitglieder des Zentralkomitees werden.“

Begründung:

Dieser Satz ist so eindeutiger.

110

Antrag an den Sonderparteitag

Betrifft: Statut

Bezüglich der Kandidaten des ZK beantragen wir den Zusatz: „Bei Ausscheiden von ZK-Mitgliedern rücken Kandidaten in der Reihenfolge ihrer erhaltenen Stimmen als Vollmitglieder nach.“

Drei Genossen der Zelle Nippes

Antrag zum Statut

betrifft: Punkt 6, Zentralkomitee

Der Abschnitt „Das Zentralkomitee (S. 17 oben) ist wie folgt zu ändern:

„Das Zentralkomitee wählt aus seiner Mitte den Parteivorstand. Der Parteivorstand übt zwischen den Plenartagungen die Funktionen und Befugnisse des Zentralkomitees aus.“

Begründung:

Den Begriff Parteivorstand finden wir einfach normaler als Politbüro. Auf einen Vorsitzenden können wir verzichten, weil wir einerseits das Prinzip der kollektiven Leitung gestärkt wissen wollen und außerdem dem Stand der Partei nicht angemessen ist.

Ortsgruppe Witten

112

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6 Zentralkomitee

Der 2. Absatz soll lauten:

„Das Zentralkomitee wählt aus seiner Mitte das Politbüro.“

Die Institution des Vorsitzenden der Partei ist abzuschaffen.

ZK der KPD

113

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6, „Die Grundorganisationen“

Das sogenannte Gebietsprinzip, d.h. die Einrichtung von Stadtteilzellen, wird nicht mehr als Prinzip für den Aufbau von Grundorganisationen im Statut aufgeführt. Die Einrichtung von Stadtteil- oder Gebietszellen muß von der konkreten Situation abhängig gemacht werden und sollte dort erfolgen, wo auch sinnvolle politische Arbeit in dem Gebiet gemacht werden kann. Daneben können Arbeitsgruppen eingerichtet werden, in denen Genossen organisiert sind, die schwerpunktmäßig in einem Bereich wie Frieden, Ausländer, Umwelt etc. politisch tätig sind. Diese Arbeitsgruppen sind ebenfalls als Grundorganisationen anzusehen.

Dieser Antrag berührt in keiner Weise den vorrangigen Aufbau von Betriebszellen.

Begründung:

Die Partei hat schon seit Jahren Probleme mit der Aufgabenbestimmung und Anleitung der Stadtteilzellen und die Genossen dieser Zellen haben teilweise ebenfalls große Schwierigkeiten, ihre Zellenarbeit sinnvoll und für die Genossen befriedigend zu gestalten. Dies hat auch objektive Ursachen, die in der Größe und Zusammensetzung der Organisationen liegen und die wir kurzfristig nicht ändern können.

Wie soll eine Stadtteilzelle auch zu einer sinnvollen politischen Arbeit finden, wenn aus den verschiedensten Gründen eine praktische politische Arbeit im Stadtteil nicht möglich ist und als einziges Bindeglied die ideologisch-politische Diskussion dienen muß?

Die Erfahrung hat gezeigt, daß so eine Zelle nicht funktionieren kann und daraus müssen wir Konsequenzen ziehen, indem wir den Aufbau von Stadtteilzellen flexibel gestalten und gleichzeitig die Bildung von AGs möglich machen, wo die Genossen dann auch einen gemeinsamen politischen Handlungsbezug haben.

MV/LV-HH

114

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6 „Die Grundorganisationen“

Der Parteitag möge im Statut den Absatz 1.a unter dem Punkt „Die Grundorganisationen“ nach folgendem Inhalt ändern:

„Neben Betriebs- und Gebietsgruppen **auch Arbeitsgruppen** als **Grundeinheiten** der KPD, z. B. Frauen, Ausländer, Frieden, Umwelt, Kultur, Lehrer ... je nach Interessen und **tatsächlichen Schwerpunkten**.“

Begründung:

Betriebs- und Gebietszellen ausschließlich aus Tradition der Thälmann-KPD der Weimarer Republik (Bolschewisierung ...). Daneben KPD heute wesentlich kleiner. Stadtteilzellen zusammengewürfelt aus Betriebs-, Gewerkschafts- und anderen /innen und aus mehreren Stadtteilen.

1. Kaum **praktische** Berührungspunkte.

2. **Politische** Diskussion **besser** auf **Ortsebene** oder in **Arbeitsgruppen** möglich, da Lernen einfacher. Es kommen einfach mehr „Sachverständige“ zusammen. In Stadtteilzellen ausgenutzt nur Informationsaustausch interessant. Was, wann, wo?

MV/LV-HH

115

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6, „Die Grundorganisation“, a., b., c.

soll heißen:

„A. Die Partei organisiert sich an den Orten so, daß sie am besten eine eigenständige Politik der KPD entfalten kann, wobei die Schaffung von Betriebszellen Vorrang hat. Die übrigen Organisationsformen bestimmt die Ortsdelegiertenkonferenz bzw. Ortsmitgliederversammlung in Absprache mit der übergeordneten Leitung.“

b. Mindestens drei Mitglieder bilden mit Bestätigung der übergeordneten Leitung eine Grundeinheit.

c. Die Grundorganisation wählt in der Regel einmal im Jahr die Zellenleitung.“

Begründung:

Viele Orte, und gerade die, die politisch aktiv sind, verstoßen mit ihren Organisationsformen nicht nur gegen das alte Statut, sondern auch gegen den Statutentwurf in seiner bisherigen Fassung. Man sollte mehr Möglichkeiten haben,

an den Orten was auszuprobieren, mit anderen Formen Erfahrungen sammeln, bzw. sie den politischen Aktivitäten anzupassen. Zu starre Organisationsformen können uns eher behindern.

A.L., Dortmund

116

Antrag zum Statut
Betrifft: Punkt 6, Grundeinheiten

Der Parteitag möge beschließen:

Die Organisationsform der Grundeinheiten der KPD wird folgendermaßen festgelegt: Der Ortsverband organisiert die Grundeinheiten entsprechend den politischen Aufgaben und örtlichen Gegebenheiten, wobei die Einrichtung von Betriebszellen Vorrang hat.

MV Bochum

117

Änderungsantrag zum Statutentwurf
Betrifft: Punkt 6, Grundorganisationen

Die Beschränkung der Zellen auf Betriebs- und Stadtteil-(Wohngebiets-)zellen wird aufgehoben, bzw. erweitert durch: schwerpunktmäßigen politischen Arbeitsbereich.

Begründung:

Vorne weg: Eigentlich müßten ja die Statutentwurfsschreiber/innen eine Begründung für eben dieses Betriebs- und Gebietszellenmodell liefern. Denn die mögliche Begründung, daß das immer schon so war, würde ja nicht gerade von einer besonders dialektischen Herangehensweise zeugen. (Auf andere Argumente gehe ich später ein!)

Zur Gründerzeit der KP's war diese Aufteilung zweifellos sinnvoll (wird es wahrscheinlich auch mal wieder werden, z. B., wenn wir wesentlich mehr sind, und ist es in Einzelfällen evtl. auch heute.)

Damals gab es die kommunistische Arbeit im Betrieb und dann die Zellen in einzelnen Stadtteilen, ja einzelnen Straßen und Häuserblocks, die tatsächlich dort ihren politischen Arbeitsbereich hatten.

Heute soll die Zweckmäßigkeit der Betriebszellen überhaupt nicht in Frage gestellt werden, wohl aber die der seit Jahren Problemkinder Stadtteilzellen. Für eine tatsächliche Stadtteilarbeit gibt es kaum eine dauerhafte Basis. Kämpfe in den Stadtteilen sind meist sehr vorübergehender Natur und zudem relativ selten. Vor allem sind sie auf ein kleines Gebiet beschränkt, während unsere Mitglieder der „Stadtteilzellen“ meist sehr verstreut wohnen. Tatsächlich ist es doch so, daß die Mitglieder unserer Stadtteilzellen auf den verschiedensten Gebieten politisch arbeiten, nur nicht im Stadtteil. Dies führt natürlich zu der Frage, was bringt mir denn die Mitgliedschaft für meine praktische politische Arbeit? Meine politische Arbeit (Frieden oder ...) diskutiere ich eh' woanders.

Die Zellen sollen auch Hilfe/Unterstützung für die praktisch-politische Arbeit geben. Bei den Betriebszellen wird dies nicht in Frage gestellt, dort wird natürlich auch die Arbeit im Betrieb diskutiert. Den restlichen Genossen und Genossinnen wird dieses Glück nicht zuteil. Sie dürfen sich nur allgemein den Marxismus-Leninismus aneignen und allgemein wichtige Fragen des Klassenkampfes und der Politik der Partei beraten (Aufgaben der Zellen nach Statutentwurf). Als weiterer Aufgabenbereich steht da noch: „Die Entfaltung einer Politik der Partei in ihrem (der Zelle Tätigkeitsbereich ...)“ Wie schon gesagt, bei den Betriebszellen alles kein Problem — nur — die Gebietszellen haben eben keinen Tätigkeitsbereich, bzw. jede/r eben irgend einen anderen. Das führt dazu, daß die praktisch-politische Arbeit — eine sicher nicht gerade unwichtige Aufgabe einer kommunistischen Partei — für die Mitglieder, die nicht in Betriebszellen organisiert sind, zur Privatinitiative wird. Ansonsten könnten die Gebietszellen noch Unterstützungsarbeiten für die Betriebszellen machen (Flugblätter verteilen ...), eine sicher nicht besonders ausfüllende und befriedigende Tätigkeit, erinnert ziemlich an das Mann-Frau-Verhältnis. Zudem wird das nicht der Programmatik unserer Partei gerecht, die ja z. B. den Kampf für die Befreiung der Frau, oder den Kampf gegen die NATO, oder Ausländerfeindlichkeit, oder Faschisierung, oder ... als wichtige politische Aufgaben begreift. Warum in diesen Bereichen nicht — entsprechend den Betriebszellen — eine Organisation nach schwerpunktmäßigen Arbeitsfeldern?

Das — meines Wissens nach — einzige Gegenargument des ZK ist, daß man nicht von allen Mitgliedern eine aktive praktische Arbeit fordern kann, daß die Partei auch relativ passive Mitglieder ohne moralischen Druck integriert. Folglich nur Verpflichtung zu ca. monatlichen MVs und Beitragspflicht. Dem widersprechen oben vorgeschlagene „Spezialistenzellen“. Ich denke, bei dieser Argumentation sind ein paar Sachen unberücksichtigt gelassen worden:

1. s. o.

2. Wenn die Aufgabe der Zelle lediglich darin besteht, allgemein wichtige Fragen des Klassenkampfes und der Parteipolitik zu diskutieren, ist gar nicht klar, weshalb es eine Aufteilung in Betriebs- und Gebietszellen geben soll?

3. Die Leute, die nur wegen ihrer prinzipiellen Befürwortung des Sozialismus gewonnen werden, spielen sicher eine weit geringere Rolle (zahlenmäßig!) als diejenigen, die über eine bestimmte politische Arbeit gewonnen werden, oder die eintreten, um eben organisiert und sinnvoll politisch arbeiten zu können.

4. Sicher gibt es unter den Leuten, die nur einmal im Monat sich politisch betätigen wollen, auch 'ne Menge solche, die dann lieber 'ne praktische Aktion machen, und denen die „Theoriescheiße“ scheißegal ist.

5. Achtung, das ist jetzt das Entscheidende! Soviel Demokratie wie möglich — soviel Zentralismus wie nötig. Gibt es überhaupt eine Notwendigkeit, für alle Orte zentral genau festzulegen, wie die Grundorganisation der Partei aufgebaut sind? Ich denke, es wäre viel sinnvoller, hier die Orte, je nach den örtlichen Gegebenheiten, selber entscheiden zu lassen. So ist auch die Chance gegeben, verschiedene Möglichkeiten auszuprobieren und nach einem bestimmten Zeitraum auszuwerten.

Angelika, Stgt. Zelle F

Anmerkung:

F. steht für Frieden, Frauen Internationalismus. Außerdem gibt's in Stgt noch eine Zelle A, für Ausländerpolitik, Antifa. Heute läuft ja einiges nicht so ganz nach Statut — aber das soll ja nicht so bleiben, oder?!

118

Antrag zum Statut
Betrifft: Punkt 6, Grundorganisationen

Der Abschnitt „Die Grundorganisationen“ ist wie folgt zu ändern:

„a. Die Partei ist nach dem Betriebs- und Gebietsprinzip und nach Arbeitsbereichen aufgebaut, wobei die Schaffung von Betriebsparteiellen Vorrang hat.“

d. „Aufgaben der Zellen“ ist wie folgt zu ändern:

- monatliche Durchführung von Mitgliederversammlungen
- die Entfaltung einer Politik in ihrem Tätigkeitsbereich
- Gewinnung und Schulung von Mitgliedern
- Teilnahme an der Parteidiskussion.“

Begründung:

Wir finden es wichtig, daß es außer Betriebs- und Gebietszellen auch Zellen geben sollte, in denen die Genossinnen und Genossen, die in einem bestimmten Bereich arbeiten (z. B. Friedensarbeit, Ausländer, Antifa) die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen kollektiv zu diskutieren, gemeinsam eine Politik zu entwickeln und ihre Vorstellungen mit einigem Gewicht in die Parteidiskussion einzubringen.

Die Änderungen zu den Aufgaben der Zellen finden wir, sind eine Geschmacksfrage, wir finden unsere Formulierung besser!

Ortsgruppe Witten

119

Untergliederungen der KPD. 1. Grundorganisationen.

a. (wie im vorliegenden Entwurf)

b. ist wie folgt zu fassen:

„Mindestens drei Mitglieder in einem Betrieb (Arbeitsstätte) oder einem Wohngebiet bilden eine Grundorganisation der Partei. Das Arbeits- und Aufgabengebiet der Grundorganisation wird in Absprache der nächst höheren Leitung festgelegt.“

c. ist wie folgt verändert zu fassen:

„Die Grundorganisation wählt einmal im Jahr ihren Sekretär (Vorsitzenden) und seinen Stellvertreter, wobei einer von beiden die Aufgabe des Kassierers übernimmt. Bei größeren Grundorganisationen kann zusätzlich ein Kassierer gewählt werden. Die Aufgabe des Sekretärs ist es, die Arbeit der Grundorganisationen zu organisieren.“

d. ist wie folgt verändert zu fassen:

„Die Aufgaben der Grundorganisation sind:

- Durchführung der Mitgliederversammlungen der Grundeinheit, in der Regel monatlich.
- Studium der Theorie des Marxismus-Leninismus, der Parteidiskussion und der Geschichte der Arbeiterbewegung.
- Diskussion und Beratung der Parteibeschlüsse, politischer Ereignisse, insbesondere der politischen Fragen, die sich aus dem Aufgabengebiet der Grundorganisation (Betrieb, Stadtteil, Ort) ergeben.
- Verabschiedung und Durchführung von Beschlüssen im Bereich des Aufgabengebietes der Grundeinheit, sowie Diskussion der Beschlüsse und deren Durchführung anderer Parteiorgane der übergeordneten Parteiorgane. Die Grundorganisation ist beschlußfähig, wenn 2/3 der Mitglieder anwesend sind.

• Verbreitung der Parteipresse und der Ansichten der Partei zu allen Fragen des politischen Lebens und Mitwirkung an der Meinungsbildung der Menschen, die im Arbeitsgebiet der Grundorganisation leben und arbeiten.

- Gewinnung und Aufnahme neuer Parteimitglieder.“

Begründung:

siehe Antrag Nr. 126

120

Antrag zum Statut
Betrifft Punkt 6, Grundorganisationen

Punkt a. „Die Partei ist nach dem Betriebs- und Gebietsprinzip aufgebaut, wobei die Schaffung von Betriebsparteiellen Vorrang hat“

soll ergänzt werden um:

„Zur Ergänzung können Arbeitsgruppen eingerichtet werden.“

ZK der KPD

121

Antrag zum Statut

Der Punkt „1. Die Grundorganisationen“ soll wie folgt ergänzt werden:

„ • mit den Arbeitern und Werktätigen eine enge Verbindung zu schaffen, sie von den Zielen und der Politik der Partei zu überzeugen und stets auf die Meinung dieser Menschen zu achten; • revolutionäre Arbeit in den Massenorganisationen der Arbeiterklasse zu entfalten.“

Landesleitung Westberlin

122

Antrag an den Sonderparteitag
Betrifft Statut

Wir beantragen, daß der Punkt „Aufgaben der Grundorganisationen“ präzisiert wird. Es reicht nicht aus, einfach zu sagen, dieses und jenes ist Aufgabe der Grundorganisation. Es soll gleichzeitig, besonders was die politische Diskussion in der Zelle angeht, betont werden, daß der Zellenleiter dafür die Verantwortung trägt. Gerade die Zellenleiter und ihre wichtige Stellung sollte bewußt gestärkt werden.

Drei Genossen der Zelle Nippes

123

2. Ortsgruppen.

Dieser Abschnitt ist wie folgt neu zu fassen:

„a. Mehrere Grundorganisationen an einem Ort bilden eine Ortsgruppe.“

b. Das höchste Organ der Ortsgruppe ist die Mitgliederversammlung oder die Ortsdelegiertenkonferenz. Bei mehr als 20 Mitgliedern sollte eine Ortsdelegiertenkonferenz als höchstes Organ an einem Ort eingerichtet werden.

Die Größe der Ortsdelegiertenkonferenz wird auf Vorschlag entsprechend der Ortsgröße festgelegt. Die Mitglieder der Ortsdelegiertenkonferenz werden für ein Jahr gewählt. Die Ortsdelegiertenkonferenz soll alle vier, mindestens alle acht Wochen stattfinden.

Die Ortsdelegiertenkonferenz bzw. die Mitgliederversammlung des Ortes faßt die Beschlüsse für die Politik der Partei am Ort und ist für die Durchführung dieser Beschlüsse selbst verantwortlich. Die Orts-DK ist beschlußfähig, wenn 2/3 ihrer Mitglieder anwesend sind, ebenso die Ortsmitgliederversammlung.

Von der Ortsdelegiertenkonferenz bzw. der Ortsmitgliederversammlung werden alle von den Mitgliedern des Ortes gestellten Anfragen und Entschließungsanträge beraten und entschieden.

c. Die Delegierten des Ortes bzw. die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte einen, oder bei mehr als fünf Ortsdelegierten, mehrere Sekretäre sowie den Kassierer. Der oder die Sekretäre sind das geschäftsführende Gremium der Ortsgruppe und organisieren die Arbeit der Ortsgruppe nach Anweisung und den Beschlüssen der Ortsmitgliederversammlung oder der Ortsdelegiertenkonferenz. Ortssekretäre können auch Parteimitglieder sein, wenn sie nicht Delegierte sind. Sie nehmen dann an der Ortsdelegiertenkonferenz mit beratender Stimme teil. Der (bzw. die) Sekretäre können in Absprache mit einzelnen Delegierten oder, wenn keine Ortsdelegiertenkonferenz eingerichtet ist, in Absprache mit einzelnen Parteimitgliedern, wenn wichtige politische Ereignisse es erforderlich machen, auch ohne die Beschlüsse des höchsten Organs der Ortsgruppe notwendige Maßnahmen ergreifen, wie Mobilisierung der Mitglieder und Herausgabe von Parteipresse, die die Handlungsfähigkeit der Ortsgruppe sicherstellen. Diese Maßnahmen haben sie gegenüber den Mitgliedern bzw. der Delegiertenkonferenz zu vertreten.“

d. (entfällt)

Begründung:
siehe Antrag Nr. 126

124

Antrag zum Statut
Betrifft: Punkt 6 „Ortsgruppen“

Punkt c. soll heißen:

„Die Ortsleitung wird einmal im Jahr von der Ortsdelegiertenkonferenz bzw. der Ortsmitgliederversammlung gewählt.“

Der 2. Satz wird gestrichen.

Begründung:

Die Möglichkeit, eine z. B. die Zellenleiter an der Leitung zu beteiligen und durch die MV als OL zu bestätigen, bleibt offen.

A. L., Dortmund

125

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 6 „Landesverbände“

Eine genaue Definition der Landesleitung wird gestrichen, bzw. auf eine Vertretung in Rechtsgeschäften reduziert.

Begründung:

Ich glaube nicht, daß man eine Landesleitung in der bisherigen Form braucht. Überlegungen, diese umzugestalten, sollte man offen bleiben und den Bedingungen in den jeweiligen LVs anpassen.

A. L., Dortmund

126

3. Landesverbände.

Dieser Abschnitt ist wie folgt neu zu fassen:

„a. Das höchste Parteiorgan auf Landesebene ist die Landesdelegiertenkonferenz. Sie soll alle zwei, spätestens nach vier Monaten zusammentreten. Die Mitglieder der Landesdelegiertenkonferenz werden für den Zeitraum bis zum nächsten Parteitag gewählt.“

Vor dem nächsten Parteitag werden neue Landesdelegierte gewählt.

Die Delegierten des Landesverbandes für den Parteitag werden aus der Mitte der neugewählten Landesdelegierten gewählt oder aber auf Antrag einer Grundorganisation oder eines Parteiorgans von einer erweiterten Landesdelegiertenkonferenz.

Die Mitglieder der Landesdelegiertenkonferenz bzw. der erweiterten Landesdelegiertenkonferenz werden von den örtlichen Delegiertenkonferenzen oder den örtlichen Mitgliederversammlungen gewählt. Der Delegiertenschlüssel wird in Absprache mit den örtlichen Parteiorganen festgelegt. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlußfähig, wenn 2/3 der gewählten Mitglieder oder Ersatzdelegierten anwesend sind.

Die Landesdelegiertenkonferenz faßt die Beschlüsse für die Politik der Partei im Landesverband und ist für die Durchführung dieser Beschlüsse selbst verantwortlich.

Die Landesdelegiertenkonferenz faßt die Beschlüsse für die Politik der Partei im Landesverband und ist für die Durchführung dieser Beschlüsse selbst verantwortlich.

Die Landesdelegiertenkonferenz berät und entscheidet über alle an sie von den Parteimitgliedern im Landesverband oder Orts- (Bezirks-) Organen gestellten Anfragen und Entschlüssen.

b. Die Landesdelegiertenkonferenz wählt aus der Mitte ihrer Mitglieder mindestens zwei Landessekretäre und einen Kassierer, sowie ein Mitglied aus ihrer Mitte, das den Landesverband in Rechtsgeschäften aller Art öffentlich vertritt.

Ferner wählt die Landesdelegiertenkonferenz aus ihrer Mitte entweder zwei Schieds- und Revisionsbeauftragte oder eine Schieds- und Revisionskommission, bestehend aus drei Mitgliedern, von denen dann einer der Vorsitzende der Landesschiedskommission ist.

Die Sekretäre des Landesverbandes sind das geschäftsführende Gremium des Landesverbandes und organisieren die Arbeit des Landesverbandes nach Anweisung und den Beschlüssen der Landesdelegiertenkonferenz. Landessekretäre können auch Parteimitglieder sein, die keine Landesdelegierten sind. Sie nehmen an den Landeskonferenzen mit beratender Stimme teil.

Die Landessekretäre können in Absprache mit einzelnen Delegierten oder in Absprache mit mehr als einer Ortsorganisation und wenn wichtige politische Ereignisse es erforderlich machen, auch ohne die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz notwendige Maßnahmen ergreifen, um die politische Handlungsfähigkeit des Landesverbandes sicherzustellen. Diese Maßnahmen haben sie dann gegenüber der Landesdelegiertenkonferenz zu vertreten.

c. Die Landesdelegiertenkonferenz berichtet allen Parteimitgliedern im Landesverband über die Ergebnisse ihrer Beratungen.

Auf ihrer letzten Beratung wird von der Landesdelegiertenkonferenz der Rechenschaftsbericht verabschiedet und der Bericht des Landeskontroll- und Revisionsbeauftragten bzw. der Landeskontroll- und Revisionskommission entgegen genommen.

Sofern zur Wahl der Parteidelegierten eine erweiterte Delegiertenversammlung zusammentritt, werden die Berichte von dieser entgegengenommen und gebilligt.“

Begründung zu meinen Änderungsanträgen der Parteiorgane: Ortsgruppe/Ortsleitung, Landesdelegiertenkonferenz/Landesleitung, Parteitag/Zentralkomitee/Politbüro:

Der Auftakt aber auch der bisherige Verlauf der Debatte um den Entwurf für ein neues Parteiprogramm haben klar gezeigt, daß sich bei uns die Auffassung durchgesetzt hat, der Führungsanspruch, den wir Kommunisten anstreben, lasse sich weder gesellschaftlich im Sozialismus durch besondere organisatorische oder verfassungsmäßig festgeschriebene Sätze sicherstellen. Er muß vielmehr de facto errungen werden, immer wieder aufs Neue. Dasselbe gilt für unser Selbstverständnis gegenüber der Arbeiterbewegung und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Von daher bin ich auch für eine Präambel, die dieses als Vorrede zum Statut darlegt.

Ich meine, daß es an der Zeit ist, auch den Führungsanspruch der höheren Parteiorgane gegenüber den unteren bzw. den Mitgliedern, wie er im vorliegenden Statutentwurf noch enthalten ist, über Bord zu werfen, da er sich im Zweifelsfall ja doch nicht einlösen läßt. Auch dies halte ich für eine Erfahrung unserer Arbeit der letzten Zeit. Sicherlich mag es Situationen geben, wo es angebracht ist, den Führungsanspruch von Parteigremien besonders zu verankern, wie ich meine, daß dies in der KPdSU Anfang der 20er Jahre sicherlich seine Berechtigung hatte. Wir müssen aber für uns entscheiden, was richtig ist.

Der nächste Gesichtspunkt ist bei mir, daß alle Parteiorgane auf ihren jeweiligen Ebenen die Beschlüsse für die von ihnen durchzuführenden politischen Aufgaben selber fassen: Also das ZK für die Politik der Partei im nationalen (west-deutschen) Rahmen, die Landesleitung (Landesdelegiertenkonferenz) für die Landespolitik die Ortsleitung für die örtliche Politik, die Grundeinheit für die Politik in ihrem Stadtteil oder Betrieb. Ich meine, daß meine Formulierungen keineswegs ausschließen, daß sich beispielsweise die höheren Leitungen mit der Politik der Betriebszellen auseinandersetzen und die Erfahrungen zusammenfassen und die Betriebsarbeit beeinflussen. Was ich verhindern will, nicht weil in der jüngsten, sondern eher in der fernen Vergangenheit Unfug getrieben wurde, indem höhere Leitungen Beschlüsse über die einzelnen Arbeitsgebiete bis ins Kleinste fassen können. Nächster Gesichtspunkt aus jüngster Erfahrung bei mir ist es, die politischen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen auf eine breitere Basis zu stellen. Deshalb Parteitag, Landes-DK und Orts-DK oder Mitgliederversammlung als höchste und beschlußfassende Organe der Partei, wobei gleichzeitig die politische Kompetenz der Leitungen bis aufs Organisatorische liquidiert, beim ZK entscheidend eingeschränkt werden. Oftmals war bei uns die Leitung das beschlußfassende Organ für das, was die Mehrheit durchzuführen hatte. Natürlich hat das längst nicht immer geklappt, gerade in der letzten Zeit. Aber eine Verbreiterung der Beschlußbasis könnte sich ja positiv auf die Umsetzung auswirken und somit die Parteiarbeit und -aktivität beleben. Dafür sollen diese Gremien dann auch entsprechend öfter zusammentreten. Ich meine, daß wir es so schaffen könnten, Abschied von einer Art Zentralismus zu nehmen, der uns zumindest insofern im Weg stand, als daß wenige „Macher“ zu vielen die Rezepte verabreichen konnten, die sich ja andererseits auch zu lange auf diese Rezepte verlassen haben.

H. R., Bielefeld

127

Antrag zum Statutentwurf:

Betrifft: 7. „Teilnahme an Wahlen“

Wir beantragen, das Kapitel über die Teilnahme von Wahlen zu streichen und stattdessen folgenden Satz ins Statut aufzunehmen:

„Über die Teilnahme an Wahlen entscheiden die Mitglieder des betreffenden Ortes, des Landes oder der Gesamtpartei in einer Urabstimmung mit einfacher Mehrheit.“

Begründung:

Die LDK entschied sich knapp für eine Teilnahme an den Wahlen in NRW. Die Mehrheit der Mitglieder hat diese Entscheidung nicht unterstützt. Bei der Zahl unserer Mitglieder kann aber ein Wahlkampf nur sinnvoll geführt werden, wenn er von der Mehrheit der Parteibasis unterstützt wird.

Ein Teil der Zelle ist der Meinung, in der Urabstimmung sollte eine 2/3-Mehrheit erreicht werden.

Zelle Bielefeld-Ost

128

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 7

Der erste Absatz wird in der vorliegenden Fassung gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

„Über die Teilnahme an Bundestagswahlen entscheidet der Parteitag oder die Urabstimmung unter den Mitgliedern. Über die Teilnahme der KPD an Landtagswahlen oder Kommunalwahlen entscheiden Landesmitglieder- bzw. Delegiertenkonferenzen oder Ortsmitgliederversammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen.“

ZK der KPD

129

Antrag zum Statut

Betrifft: Punkt 7, Wahlen

Im Abschnitt 7. „Teilnahme an den Wahlen“ ist folgendes zu streichen:

„und muß die Entscheidung der Landesverbände und Ortsgruppen über die Beteiligung an Landtags- bzw. Kommunalwahlen bestätigen. Das gleiche gilt für die Wahlen zum Senat der Stadt Berlin (West).“

Sowie: „im Benehmen mit der Landesleitung bzw. dem Zentralkomitee“

und: „in Absprache mit dem Zentralkomitee“

Begründung:

Über die Wahlteilnahme auf kommunaler und Landesebene sollen OGs und LVs entscheiden.

Ortsgruppe Witten

130

Änderungsantrag zum Statut

Betrifft: Punkt 7 (Wahlen)

Der 1. Absatz wird so umformuliert:

„Der Parteitag der KPD beschließt ...“

Die nächsten Absätze sollen so abgefaßt werden, daß die einzelnen Parteiorgane (Landes-, Ortsdelegiertenkonferenz) in Abstimmung mit dem höheren Parteiorgan an Landes- oder Kommunalwahlen teilnimmt und dafür die Kandidaten aufstellt.

Begründung:

siehe Anträge zu Punkt 6, Parteiorgane

H. R. Bielefeld

131

Antrag zum Statut

Es wird beantragt, den Punkt 7. im Statutentwurf „Teilnahme an Wahlen“ ersatzlos zu streichen, sofern nicht formaljuristische Gründe diesen Absatz unbedingt erforderlich machen. Landesleitung Westberlin

132

Stellungnahme zum Diskussionsbeitrag von Bremer Genossen „Zur Frage der Partei“

Kommunist 1. Sondernummer zum Parteitag

Auf weiten Strecken stimmen wir mit den Vorstellungen der Bremer überein.

Die Vorstellung vom imperativen Mandat halten wir aber für falsch. Gerade wenn wir davon ausgehen, daß wir eine lebendige Partei wollen, in der um Standpunkte gestritten wird, ist das imperative Mandat ein Weg in „fraktionellen Monotholismus“ zurückzufallen. Wir erinnern nur an die Diskussion um die Frage der Wahlempfehlung 1982. Hier hat so mancher seinen Standpunkt mehrfach gewechselt, je nachdem, welche Seite des Problems mit wem auch immer gerade diskutiert wurde. Wir halten es für falsch, Delegierte dann auf diesen oder jenen Standpunkt zu verpflichten. Damit wäre das Ende der Auseinandersetzung angesagt. Im konkreten, eben beschriebenen Fall wäre dann ausschließlich nach der politischen Position in einer taktischen Frage gewählt worden.

Es sollen unserer Meinung nach aber die Genossinnen und Genossen gewählt werden, zu denen man das Vertrauen hat, daß für sie die Sache der Arbeiterklasse insgesamt im Vordergrund steht. Dazu gehört eben auch, daß man vernünftig mit anderen Meinungen umgeht und nicht meint, seine Meinung wäre die letzte Weisheit (übelstes Beispiel die „linken“ Fraktionisten).

Zur Frage einer lokalen und regionalen Autonomie. Der Gedanke hat im ersten Moment etwas Bestechendes. Die Nachteile überwiegen allerdings.

1. Die Partei kann dadurch handlungsunfähig werden, weil ja selbst die demokratischsten gefaßten Beschlüsse so nicht mehr durchgeführt werden müssen.

2. Auch lokale oder regionale Leitungen können den sattsam bekannten und kritisierten Leitungsstil früherer Jahre unter dem Mantel der Autonomie wiederholen. Wir wollen dies keinem unterstellen, aber wie die Fraktionisten beweisen, ist offensichtlich alles möglich.

3. Richtig ist der Gedanke, daß es regional oder lokal zu unterschiedlichen Entwicklungen kommt, die zentral nicht richtig berücksichtigt werden. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag, Urabstimmungen generell zu ermöglichen. Sie können vom Parteitag, dem ZK oder 10 Prozent der Parteimitglieder verlangt werden. Die letztgenannte Zahl sollte immer in etwa so gehalten werden, daß ein Landesverband, wenn es sein muß, eine Notbremse ziehen kann.

Drei Genossen der Zelle Nippes

133

Anmerkungen zum Statutentwurf

Nicht nur in punkto Zellen, sondern insgesamt macht der

Statutentwurf viel zu viele Festschreibungen, deren Sinn durch unsere bisherige Praxis nicht erklärt werden kann, schon gar nicht für sämtliche einzelne Untergliederungen der KPD.

Sehen wir uns die Ortsgruppen an: die ODK oder OMV findet einmal im Jahr statt, nicht einmal mindestens einmal im Jahr, sondern genau und ausschließlich nur einmal. Weiter: Jede Ortsgruppe hat eine Ortsleitung, die aus genau einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und einem weiteren Mitglied besteht. (Daß jeweils die weiblichen Formen fehlen, sei nur am Rande angemerkt). Warum die Festschreibung/Einschränkung? Unsere OL hat ganz gut ohne Vorsitzende/n und Stellvertreter/in funktioniert. Außerdem haben wir noch ein anderes Modell in Diskussion, was uns für uns sehr sinnvoll erscheint: Die OL setzt sich zusammen aus den Zellenleitern/innen der Zellen am Ort, bzw. den aus den Zellen für die OL Delegierten. Die können vielleicht auch rotieren, vielleicht ist das sinnvoll, vielleicht auch zu unkontinuierlich — das wird sich in der Praxis schnell herausstellen, aber das ist eine Frage des Ausprobierens!

Also kurz: die Ortsgruppe muß selber entscheiden können, wie sie sich organisiert.

Die Unsicherheit der Festschreibung auf Vorsitzenden und Stellvertreter gilt natürlich genauso für die Landesleitung und Zellenleitung. Überhaupt ist nicht erklärbar, weshalb die KPD einen Vorsitzenden haben muß? Nichts gegen Hotschi, aber diese Parteivorsitzenden können ja wohl nur ein Relikt aus den Zeiten des dogmatisch konservativen Proletenkults sein. (?)

Zur Teilnahme an Wahlen: Warum muß das ZK die „Entscheidung der Landesverbände und Ortsgruppen über die Beteiligung an Landtags- bzw. Kommunalwahlen bestätigen“? Was ist, wenn das ZK diese nicht bestätigt? Die Erfahrung hat doch gezeigt, daß man OGs eh' nicht zwingen kann, sich an Wahlen zu beteiligen.

Jugend. Wenn schon der Programmentwurf der Jugend keinen großen Stellenwert beimißt, sollte doch wenigstens das Statut nicht jugenddiskriminierend sein. Wenn Jugendliche soviel Interesse für die KPD aufbringen, daß sie eintreten wollen, dann sind sie auch „reif“ dafür, auch wenn sie nicht mindestens 16 sind.

Für eine Partei mit ein paar -zigtausend Mitgliedern ist das vorgeschlagene Statut vielleicht ganz angebracht (vielleicht, aber das ist 'ne andere Diskussion), für uns paar Leute sicher nicht. Nicht nur Programme, auch Statute müssen die jeweiligen Verhältnisse berücksichtigen. Wenn nicht, wird's bürokratisch.

Angelika, Stuttgart

VI. Anträge zu den Vereinigungsverhandlungen mit der GIM

134

Antrag an den Sonderparteitag

Vereinigungsverhandlungen mit der GIM sollen eingestellt werden.

Zelle Blumenthal

135

Antrag

Betrifft: Verhandlungen mit der GIM

Der Parteitag möge beschließen:

Weiterführung der Verhandlungen mit dem Ziel, die Vereinigung von KPD und GIM im nächsten Jahr zu erreichen.

LDK Ruhr

136

Antrag an den Sonderparteitag

Betrifft: Vereinigungsverhandlungen mit der GIM

Der Parteitag möge beschließen:

Weiterführung der Verhandlungen mit dem Ziel, die Vereinigung von KPD und GIM im nächsten Jahr zu erreichen.

Begründung:

Seit geraumer Zeit diskutieren wir über die Vereinigung revolutionärer Sozialisten in einer Partei. In einigen Bereichen gibt es schon seit längerem konkrete Formen der Zusammenarbeit. (Beilagenkreis z.B.) Die Verhandlungen des ZK mit der GIM haben in diesem Zusammenhang bislang die weitestgehenden Ergebnisse gebracht. Die weitgehende Übereinstimmung in wichtigen programmatischen Fragen stellen die Frage einer möglichen Vereinigung mit der GIM ganz aktuell auf die Tagesordnung.

Nach Kenntnis der Dokumente, wie sie in der Dokumentation über die Vereinigungsverhandlungen zwischen KPD und GIM für eine gemeinsame revolutionär-sozialistische Organisation abgedruckt sind, sind wir dafür, diesen Prozeß mit Nachdruck zu fördern, um möglichst schnell zu einer solchen

Einheit zu kommen. Auch die Kenntnis der noch umstrittenen Fragen kann uns davon nicht abbringen, da wir sicher sind, daß es in diesen Punkten Kompromißlinien geben wird, die die weitgehende Übereinstimmung in uns wichtigen Fragen nicht groß beeinträchtigen werden.

In Kenntnis vieler Bedenken, die sich auf die Geschichte der GIM, ihre Tradition, ihre Bindung an die trotzkistische 4. Internationale und deren Richtlinien beziehen, meinen wir trotzdem, die Vereinigung fördern zu müssen. Zum einen ist es unserer Ansicht nach nicht möglich, aufgrund von vermuteten Taktiken, vermuteten Absichten in irgendeiner Form zu einer konkreten Abmachung mit einer anderen revolutionär-sozialistischen Organisation zu kommen. Was zählt, sind einzig die gemeinsam erarbeiteten Dokumente, Grundsätze und Ziele einer revolutionär-sozialistischen Organisation. Die Treue zu diesen Grundsätzen wird über Bestand, Einheit und Stärke dieser Organisation entscheiden — nichts anderes. Das aber kann sich eben nur in einer solchen Organisation zeigen. Wir wissen auch, daß eine solche Vereinigung natürlich irgendwo auch ein Risiko ist. Aber ist die höhere Sicherheit, die man durch ein „sauber und rein aber klein“ erhält, sprich durch die Verschiebung der doch weitgehenden Vereinigungsbestrebungen in beiden Organisationen nicht sogar ein größeres Risiko? Nicht nur die „verpaßte Chance“ auch das unabsehbare Weiterwirken im bisherigen, oder gar noch kleineren Rahmen könnte dazu führen, unsere Grundsätze und Prinzipien als notwendigerweise einflußlos erscheinen zu lassen.

Nicht zuletzt bauen wir auf die Ausstrahlung, die eine Vereinigung zweier ehemals so konträrer Organisationen auf viele Linke und viele Organisationen haben kann. Die Vereinigung von KPD und GIM — früher praktisch einander feindlich gesinnte linke Organisationen — kann bei vielen und in vielen Organisationen einen Diskussionsprozeß auslösen, der die doch auch von uns so viel beklagte und von den Arbeitern meist gar nicht verstandene Spaltung der revolutionären Linken weitgehend in Frage stellt und ein entscheidender Schritt zu ihrer Überwindung ist. Eine Vereinigung GIM/KPD wäre ein Beweis dafür, daß der Abgrenzungswahn jeder sich auf andere marxistische Ahnen berufenen Strömung, — die sich nicht nur als Partei konstituierte, sondern auch noch alle anderen vehement bekämpfte — überwunden werden kann. Für das Ziel der Vereinigung aller revolutionären Sozialisten in einer starken Partei wäre das ein ermutigendes Startsignal.

Ortsgruppe Witten

137

Vereinigungsverhandlungen/GIM

Der Sonderparteitag möge folgende Resolution beschließen:

Die im Verlauf der Gespräche zwischen dem Politbüro bzw. ZK der KPD und dem Politbüro bzw. ZK der GIM vorgelegten Dokumente sowie die Abänderungsanträge der GIM zum Programmentwurf der KPD machen ein relativ hohes Maß an programmatischer Übereinkunft möglich. Dieses Maß an Übereinkunft läßt die Vereinigung beider Organisationen als möglich erscheinen.

Die vorliegenden Dokumente machen auch Differenzen in für die Programmatik einer revolutionär-sozialistischen Partei keineswegs unwichtigen Fragen deutlich. Das gilt vor allem für die Einschätzung der internationalen Rolle der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, für die Beurteilung der inneren Verhältnisse in den von uns als revisionistisch bezeichneten Ländern.

Daß die feststellbaren Differenzen in diesen Fragen im Fortgang der programmatischen Diskussion durch „theoretische Klärung“ völlig verschwinden, ist eine unrealistische Erwartung. Die fraglichen Positionen waren — und sind zum Teil — für beide Organisationen jeweils sehr prägend. Es kommt deshalb darauf an zu entscheiden, ob eine gemeinsame Partei mit diesen Differenzen „leben“ kann oder nicht. Dabei kommt es sehr stark darauf an, ob trotz der bestehenden Differenzen eine gemeinsame Politik dieser Partei gegen sowjetische Hochrüstung und sowjetisches Hegemoniestreben entwickelt und eine gemeinsame Parteinahme für den Klassenkampf in den Ländern des Warschauer Vertrages und für demokratische Oppositionsbewegungen dort, ähnlich der Friedensbewegung in der DDR, möglich ist. Das scheint uns der Fall zu sein.

Im Zusammenhang der gesamten Programmatik gesehen, meinen wir, daß die bestehenden Differenzen im programmatischen Fragen die Einheit in einer Partei nicht unmöglich machen, sondern, daß das erreichte Maß an programmatischer Übereinstimmung es geradezu erfordert, die Einheit in einer Partei auch politisch zu verwirklichen. Sonst wäre die Losung von der „Einheit der revolutionären Sozialisten“ nichts als eine Phrase. Deshalb beauftragt der Sonderparteitag der KPD das Zentralkomitee, die Gespräche mit dem ZK bzw. dem Politbüro der GIM unter der Zielsetzung einer Vereinigung von KPD und GIM fortzuführen.

Der Sonderparteitag hält es allerdings für unabdingbar, daß eine solche vereinigte Organisation eine revolutionär-sozialistische Partei sein muß, die ihre Tätigkeit schwerpunktmäßig darauf ausrichtet, den Einfluß des revolutionären Sozialismus in der Arbeiterbewegung zu verstärken.

Wir sagen dies im Hinblick auf die Diskussion, die in der GIM gegenwärtig über eine mögliche schwerpunktmäßige Tätigkeit im ökosozialistischen Flügel der Grünen stattfindet und ihren Abschluß erst auf dem bevorstehenden Parteitag der GIM finden wird.

Auf dem Hintergrund der bisher festgestellten weitgehenden Übereinstimmung in programmatischen Fragen und der grundsätzlichen Übereinstimmung darüber, daß hier und heute eine revolutionär-sozialistische Partei absolut notwendig ist, muß auch versucht werden, die noch am Anfang stehende Diskussion über Aufbau, Arbeitsweise und Statut der anzustrebenden vereinigten Organisation zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Der Sonderparteitag sieht das Problem, daß die GIM als Sektion der IV. Internationale sehr fest in eine bestimmte Strömung der internationalen revolutionären Bewegung eingebunden ist. Schor aufgrund bestimmter politischer Positionen und ihrer Politik in verschiedenen Ländern stellt sich für uns die Frage der Vereinigung, wie sie sich mit der GIM stellt, nicht im Hinblick auf die IV. Internationale.

Grundsätzlich stellen wir fest, daß die revolutionären Sozialisten offensichtlich in vielen Ländern ähnlich zersplittert sind, wie bei uns. Die IV. Internationale kann zur Aufhebung dieser Zersplitterung im internationalen Maßstab nichts Wesentliches beitragen, weil sie faktisch die trotzkistische Strömung in Abgrenzung zu anderen Strömungen des revolutionären Sozialismus organisiert.

Wir bezweifeln auch, ob beim gegenwärtigen Stand der proletarischen Parteibildung in vielen Ländern, eine internationale Organisation vom Charakter einer „Weltpartei“ überhaupt nützlich dafür ist, in den verschiedenen Ländern die notwendigen Schritte zur Schaffung einheitlicher revolutionär-sozialistischer Parteien der Arbeiterklasse zu fördern. Aufgrund unserer Erfahrungen befürchten wir das Gegenteil.

Aus diesen Gründen lehnen wir eine Mitgliedschaft der anzustrebenden vereinigten Organisation in der IV. Internationale grundsätzlich ab.

Die GIM sieht das bekanntlich anders. Die Debatte darüber muß in beiden Organisationen geführt werden. Es ist absehbar, daß die Fortführung dieser Diskussion nicht zum Verschwinden dieser wesentlichen Differenz führen wird. Deshalb wird die Diskussion dieser Frage auch in der angestrebten vereinigten Organisation geführt werden müssen, um nach einem festzulegenden angemessenen Zeitraum grundsätzlich entschieden zu werden.

Daraus wird für diese Übergangszeit die Notwendigkeit einer Kompromißlösung wahrscheinlich, die den Genossinnen und Genossen der GIM die Möglichkeit bietet, organisiert für ihre Auffassung vom Anschluß an die IV. Internationale einzutreten und zu werben und ihnen nicht den vollständigen Bruch mit der IV. Internationale als Vorbedingung für die Vereinigung abverlangt.

Andererseits kann diese Übergangslösung nicht den Charakter haben, daß die GIM in der anzustrebenden vereinigten Organisation vermittelt über die Strukturen, Beschlüsse und die Disziplin der IV. Internationale einfach als eigenständige Organisation in der vereinigten Partei fortbesteht. Unter dieser Bedingung könnte kein vernünftiger Mensch Vertrauen darin haben, daß die angestrebte grundsätzliche Entscheidung auch im Falle einer Ablehnung des Anschlusses an die IV. Internationale von der GIM akzeptiert würde.

In diesem Sinne erteilt der Sonderparteitag dem ZK der KPD folgende Aufträge:

1. Das ZK wird beauftragt, auf der Grundlage des vom Sonderparteitag beschlossenen Programmentwurfs sowie der Diskussion, die der Sonderparteitag über die Abänderungsvorschläge der GIM geführt hat, mit dem ZK der GIM einen gemeinsamen Programmentwurf zu erarbeiten und

a. diesen Programmentwurf erneut der Partei und den revolutionären Sozialisten zur Diskussion vorzulegen;
b. diesen Programmentwurf einem Sonderparteitag, der im nächsten Jahr stattfinden muß, zur Entscheidung vorzulegen.

2. Das ZK wird beauftragt, mit dem ZK der GIM einen gemeinsamen Statutentwurf zu erarbeiten und

a. diesen Statutentwurf der Partei und den revolutionären Sozialisten zur Diskussion vorzulegen;
b. diesen Statutentwurf auf einem Sonderparteitag, der im nächsten Jahr stattfinden muß, zur Entscheidung vorzulegen.

3. Das ZK wird beauftragt, auf der Grundlage einer vom Sonderparteitag beschlossenen Resolution über Selbstverständnis, Rolle und Aufgaben der kommunistischen Partei mit dem ZK der GIM eine gemeinsame Resolution zu dieser Frage zu erarbeiten und ebenfalls der Partei zur Diskussion und einem Sonderparteitag im nächsten Jahr zur Beschlußfassung vorzulegen.

4. Sollte es dem ZK nicht möglich sein, diese Aufträge zu erfüllen, so muß es trotzdem für das nächste Jahr einen Sonderparteitag einberufen, auf dem

1. das ZK Rechenschaft darüber ablegen muß, warum es nicht möglich war, diese drei gemeinsamen Dokumente zu erstellen;
2. ein neues Programm der Partei — unter Einbeziehung der vorliegenden Abänderungsanträge zum Programm-

entwurf, den dieser Sonderparteitag verabschiedet hat — beschlossen wird;

3. Gegebenenfalls Abänderungen am Statut beschlossen werden können, das dieser Sonderparteitag verabschiedet hat.

4. Über den genaueren Termin, zu dem dieser Sonderparteitag im nächsten Jahr stattfinden soll, entscheidet der VI. Parteitag der KPD

ZK der KPD

VII. Andere Anträge an den Sonderparteitag

138

Antrag an den Sonderparteitag

Das ZK soll abgewählt und durch ein neues ZK ersetzt werden auf Grund seines undemokratischen Vorgehens im Zuge der Programmdiskussion in der Partei und der Vereinigungsgespräche mit der GIM.

Zelle Blumenthal

139

Antrag an den Sonderparteitag

Antragsteller: H., Köln

Der Parteitag der KPD möge beschließen:

Über das Programm und Statut entscheidet die Urabstimmung der Parteimitglieder. Der Parteitag verabschiedet den jeweiligen Entwurf und legt die konkrete Verfahrensweise fest. Die Gegenrede in Form von ablehnenden Positionen oder Alternativvorschlägen ist in der Parteipresse darzulegen.

Begründung: Ein neues Programm und Statut sind eine enorm wichtige Entscheidung im Leben einer Partei, da es sich ja um die Grundlagen handelt. Daher muß, soweit dies die legalen Bedingungen zulassen, was ja 1985 eindeutig der Fall ist, auch jedem Mitglied das Recht eingeräumt werden, selbst **direkt** mitzuentcheiden. Dies halte ich für eine **logische Selbstverständlichkeit**.

Abgesehen davon sprechen einige gewichtige politische Gründe dafür:

- **Aktivierung und Förderung** der politischen Entwicklung jedes Mitgliedes; da es in diesem Falle nicht möglich ist, Verantwortung abzugeben bzw. zu übertragen, ist **jeder** zu einer Entscheidung gezwungen, für die der **selbst** die Verantwortung trägt. Da muß man sich schon mal die Haare raufen und den Kopf zerbrechen. Tee trinken und abwarten, was die da oben mal wieder beschließen, ist nicht.

- Es wirkt dem **Elitedenken entgegen**. Die Kluft zwischen denen da „oben“, den Erfahrensten, den „Besten“ und denen da „unten“, den Unerfahrenen, den „Nichtbesten“ wird verringert. Das Zweikategoriendenken wird eingedämmt.

- Es ist ein Mittel (unter vielen) gegen die Herausbildung eines Parteiapparats mit **bürokratischen Tendenzen**. Je mehr Demokratie verwirklicht ist, desto geringer ist die Möglichkeit der Verselbständigung.

- Ein wesentlicher Inhalt des ZK-Programmentwurfs ist die Entwicklung der höheren Demokratieform in der Übergangsgesellschaft, der **direkten Demokratie**, welche ja die Unterordnung der Staatsorgane unter den Willen der Massen beinhaltet, bekundet durch Wahlen oder Volksabstimmungen (siehe Entwurf S. 10). Unser Programm wird ja unglaublich, wenn wir dies in der Partei selbst nicht umzusetzen fähig sind.

- Eine Urabstimmung der Parteimitglieder ist eine konkret überzeugende Antwort auf das Sozialismus-Unfreiheit-Vorurteil, wie es sich besonders durch den „realen Sozialismus“ etabliert hat.

- Wer übrigens meint, die Parteimitglieder wären nicht reif für eine solche Entscheidung, der hat das Elitedenken bereits voll drauf. Eine Partei dieses Typs an der Staatsmacht würde den Sozialismus für die Arbeitermassen organisieren und aufbauen, letztendlich trotz bestem subjektiven Willen nur im „realen Sozialismus“ wie z. B. in der DDR landen; (mehr oder weniger, früher oder später)

- Sollte die Mehrheit in der Urabstimmung **inhaltlich** für den Programmentwurf des ZK stimmen (wenn dieser also im wesentlichen vom Parteitag angenommen werden sollte), können die Fraktionisten zwar in altbekannter Weise behaupten, die Mehrheit der Partei sei revisionistisch, titoistisch, trozkistisch und wer weiß was alles, sie könnten aber keine platte Agitation entfalten, als wären sie in heroischem Kampfe durch undemokratische Methoden, durch Unterdrückung des „Parteiapparates“ gescheitert. Sie, die „Guten“, die moralischen Sieger, hätten deshalb nicht gegen die „Bösen“ gewinnen können. Mit ihrem logischen Schluß daraus, eine neue, die wahrhaft korrekte kommunistische Partei, müsse gegründet werden. Bei verlorener Urabstimmung würden sie sich und der Öffentlichkeit eingestehen müssen, daß es wohl doch ihre eigenen Argumente waren, die nicht überzeugt haben.

140

Antrag an den Sonderparteitag

Der Sonderparteitag beschließt die Einrichtung einer

Kommission (von drei bis fünf Genossen/innen), die den Auftrag hat,

- unsere bisherigen Erfahrungen mit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung

- unsere Haltung zu den marxistisch-leninistischen Bruderparteien

- unseren — sich in den letzten Jahren veränderten — Standpunkt zur Organisation der marxistisch-leninistischen Weltbewegung sowie zur bi- und multinationalen Zusammenarbeit

aufzuarbeiten, mit dem Ziel, ein Positionspapier der Partei zur Frage

Internationale Zusammenarbeit revolutionärer/kommunistischer Organisationen und Parteien und Überlegungen zur Organisation dieser Zusammenarbeit zu erstellen.

Begründung:

Im Programmentwurf (S. 5) heißt es: „Die Arbeiterklasse in jedem Land kann ihre Interessen nur im Kampf gegen die ‚eigene‘ Bourgeoisie durchsetzen, wobei das Ergebnis dieses Kampfes von den Erfolgen oder Niederlagen der Arbeiterbewegung in den anderen Ländern wesentlich mitbeeinflusst wird. Daraus ergibt sich die **Notwendigkeit** der internationalen Solidarität und der verstärkten **Zusammenarbeit** der Arbeiterklasse und ihrer **Organisationen**.“ (Hervorhebungen vom Antragsteller)

Die Frage der IV. Internationale ist einer der Hauptwiderspruchspunkte in der Auseinandersetzung mit der GIM um eine mögliche Vereinigung und würde es auch nach einer Vereinigung sein.

In der Vergangenheit wurden die Erfahrungen mit den ML-Bruderparteien, unsere „Anerkennungspraxis“, die aufgetauchten Probleme etc. nicht, bzw. kaum, in der gesamten Partei diskutiert. Kaum ein Genosse weiß, zu welchen Bruderorganisationen wir Kontakte haben und hatten, welcher Art sie sind oder waren bzw. warum die Beziehungen zu verschiedenen Bruderorganisationen eingeschlagen sind bzw. abgebrochen wurden.

Der oben zitierte Absatz im Programmentwurf über die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit der Organisation der Arbeiterklasse, den wir trotz seiner allgemeinen, wenig konkreten Formulierung richtig finden, bleibt aber so lange nur „papierne Absichtserklärung“, wie wir uns nicht Gedanken dazu machen, wie diese Zusammenarbeit entwickelt und organisiert werden kann. Um unseren Standpunkt in dieser Frage zu entwickeln, müssen wir aber unsere bisherigen Erfahrungen aufarbeiten und unsere Vorstellungen über eine internationale Zusammenarbeit entwickeln. Nur so werden wir eine **inhaltliche** Auseinandersetzung mit der GIM über die IV. Internationale führen können, die über das „Argument“: die IV. Internationale ist trozkistisch, hinausgeht.

MV/LV-HH

141

Antrag an den Sonderparteitag:

Der Parteitag möge beschließen:

Die „Klassikerköpfe“ werden aus dem „Roten Morgen“ entfernt.

Begründung:

Die Entwicklung der KPD in den letzten Jahren hat deutlich gemacht, daß wir beginnen, selbständig zu denken, also uns mehr und mehr von Dogmen, Verengungen und schematischen Übertragungen aus der Geschichte zu lösen. Die Zeit des Anbetens der Klassiker ist vorbei. Dies sollte auch im „Roten Morgen“ wie schon bei den „Kommunistischen Heften“ geschehen, deutlich werden.

Heinz, Köln

Der folgende Antrag Nr. 142 gehört zum Teil III. Anträge zum Programmentwurf

142

Antrag zum Programmentwurf

Kapitel: „Kapitalismus und Arbeiterinteressen ...“

Seite 4, Einschätzung der Weltkriegsgefahr — UdSSR-USA

„Das äußert sich in der wachsenden Tendenz ... für die gesamte Menschheit enden würde.“

Dieser Abschnitt über die Einschätzung der Weltkriegsgefahr aus der globalen Konfrontation der beiden Militärböcke NATO und Warschauer Pakt muß inhaltlich im Laufe der Parteidiskussion überarbeitet werden, da wir zunehmend die Gleichsetzung von UdSSR und USA in Frage stellen zugunsten einer sehr viel differenzierteren Einschätzung dieser beiden Großmächte.

Antragsteller: LDK Hamburg

Resolution des ZK der KPD über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei

Die KPD geht davon aus, daß in Westdeutschland und Westberlin die Schaffung einer revolutionären Partei in der Arbeiterbewegung eine vordringliche Aufgabe ist.

1. Gegen bestehende andere Vorstellungen halten wir daran fest, daß die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen, sich der Arbeiterklasse insgesamt nicht erschließt unmittelbar aus der Erfahrung in den Klassenausinandersetzungen oder aus dem Erleben der Verfaultheit, Krisenhaftigkeit und Perspektivlosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist eine Tatsache, daß

a) in der kapitalistischen Gesellschaft bürgerliche Anschauungen, bürgerliche Vorstellungen von Krisenlösungen in der Arbeiterklasse einen starken Einfluß haben,

b) die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß hervorgerufene Zersplitterung der Arbeiterklasse es verhindert, daß sich eine Einsicht in das Gesamtinteresse der Klasse spontan durchsetzt.

2. Die Einsicht in das Gesamtinteresse der Klasse und die grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge ist letztlich nur möglich mit Hilfe der Theorie, mit Hilfe des wissenschaftlichen Sozialismus. Auf Grund der unterdrückten Stellung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Kapitalismus ist es allerdings undenkbar, daß sich die gesamte Arbeiterklasse den wissenschaftlichen Sozialismus auf theoretischem Wege aneignet. Dazu bedarf es der Vermittlung über die Politik.

3. Wir halten es deshalb für notwendig, daß der fortschrittlichste Teil der Arbeiterbewegung sich in einer politischen Partei zusammenschließt,

- die ihre politische Tätigkeit auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus entfaltet;

- die in ihrer politischen Strategie und Taktik die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung berücksichtigt;

- die in ihrer Politik von der Unvereinbarkeit der Klassengegensätze ausgeht und für die politische Macht der Arbeiterklasse eintritt;

- die auf diesen Grundlagen darum kämpft, ihre politischen Antworten auf die drängenden Fragen als die richtigen in der Arbeiterbewegung durchzusetzen.

4. Ziel und Zweck der revolutionären Partei ist es, die Arbeiterbewegung politisch, ideologisch und organisatorisch zur Führung des Klassenkampfes zu befähigen, damit die Klasse den Kampf um ihre Interessen gegen Kapital und bürgerlichen Staat führen und politisch selber die Macht nach einer revolutionären Umwälzung im Sozialismus ausüben kann. Damit wenden wir uns ausdrücklich gegen alle Vorstellungen über das Verhältnis von Partei und Klasse, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterbewegung zur Manövierrasse einer politischen Partei zu degradieren. Das trifft einerseits offenkundig auf das Verhältnis der SPD zur Gewerkschaftsbewegung zu, das gilt aber auch für ein Verständnis von Vorhutpartei wie es z. B. die DKP vertritt und wir es früher vertreten haben. Ein Verständnis, in dem die „Vorhut“ als der alleinige Träger politischen Willens erscheint, und die Arbeiterbewegung nur als Mittel zur Durchsetzung dieses Willens fungiert, ist dem Ziel, die politische Handlungsfähigkeit der Klasse zu erhöhen, direkt entgegengesetzt.

II. Notwendigkeit der revolutionären Partei heute

1. Die KPD ist nicht diese Partei. Die von uns früher vertretene gegenteilige Auffassung halten wir für falsch.

Die KPD ist eine revolutionäre Partei, die sich dem revolutionären Sozialismus verpflichtet fühlt. Sie stellt jedoch nicht den Zusammenschluß der fortschrittlichsten Kräfte der Arbeiterbewegung dar, sondern nur eines kleinen Teils. In einer Situation wie heute in Westdeutschland und Westberlin, in der auch im Unterschied zu anderen westeuropäischen Ländern nur zaghafte Ansätze einer antikapitalistischen Bewegung und nur eine relativ geringe Zahl revolutionärer Sozialisten zu finden sind, wird von Teilen der politischen Linken bereits dieses Eintreten für eine Partei des wissenschaftlichen Sozialismus als Zeichen politischen Sektierertums gewertet.

Die KPD sieht das nicht so. Sie hält vielmehr die bewußte, organisierte politische Anstrengung für eine entscheidende Voraussetzung für das Entstehen einer revolutionären Massenpartei. Die zweifellos vorhandenen politischen Auseinandersetzungen und Differenzierungsprozesse in der Arbeiterbewegung münden nicht von selbst in das Entstehen dieser Partei, ebensowenig wie die Zunahme der Klassenausensetzung. Dies sind wichtige Faktoren, auf die sich die Tätigkeit revolu-

tionärer Sozialisten gründen muß. Die Kritik an dem politischen Sektierertum revolutionärer Sozialisten hält die KPD dagegen für berechtigt und erforderlich, soweit sie die Tatsache betrifft, daß eine Politik von revolutionären Sozialisten blind ist gegenüber den realen politischen Auseinandersetzungen und Differenzierungsprozessen, was zweifellos auch in der Vergangenheit für die KPD zugefallen hat.

2. Die KPD geht davon aus, daß die ökonomische Krise in Westdeutschland und Westberlin sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen und vertiefen wird. Vor allem die sozialen Folgen dieser Krisenentwicklung haben in den letzten Jahren die Frage nach der richtigen Antwort der Arbeiterbewegung auf diese Entwicklung aufgeworfen. In dieser Auseinandersetzung muß heute eine Politik des revolutionären Sozialismus vorrangig entfaltet werden, weil

- auch mit der Vertiefung der Krise der Einfluß der politischen Reaktion nicht von selbst verschwindet, sondern sich mit den verschiedensten Auffassungen und Erklärungsversuchen, wie z. B. die nötige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, als sehr zählebig erweist;
- auch die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen nicht von allein als Folge der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse verschwinden, sondern sich den veränderten Bedingungen von Krisenzeiten anzupassen suchen.

Das Vorhandensein politischer Alternativen zu diesen politischen Anschauungen entscheidet darüber, ob die in der Arbeiterbewegung stattfindende Auseinandersetzung, die grob umrissen als der Gegensatz zwischen Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf umschrieben werden kann, zu einer breiten sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung führen wird. Die politischen Alternativen von revolutionären Sozialisten, die eine eigenständige von der Unvereinbarkeit der Interessen der Arbeiterklasse mit den kapitalistischen Verhältnissen ausgehende Entwicklung der Arbeiterbewegung zum Ziel hat, muß die Stärkung der nach Ausweitung des Klassenkampfes drängenden Teile der Arbeiterbewegung bringen. Die Weichen dafür, ob die Arbeiterbewegung die Krisenentwicklung mit einer breiten antikapitalistischen Strömung beantworten wird oder einen Rückschlag in dieser Auseinandersetzung erleiden wird, werden heute gestellt.

3. Und eine weitere Grundfrage macht die Existenz einer revolutionären Partei, die um eigene politische Handlungsfähigkeit bestrebt ist, erforderlich. Die starke Verwurzelung bürgerlicher Anschauungen hat ihre Ursache nicht allein darin, daß ja Phasen in der Entwicklung der Bundesrepublik mit geringer Arbeitslosigkeit und direkter sozialer Verbesserungen in der Arbeiterklasse Hoffnungen auf die Vereinbarkeit von Kapital und Arbeiterklasse bestärkt haben. Die Aufgeschlossenheit der Arbeiterklasse für eine Politik des Klassenkampfes hängt

auch von der Anziehungskraft politischer Alternativen zu diesen kapitalistischen Verhältnissen ab. Angesichts der Erfahrungen mit den Verhältnissen in den „realsozialistischen“ Ländern bestehen erhebliche Vorbehalte dagegen, daß eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft der Arbeiterklasse tatsächlich Macht und gesellschaftlichen Fortschritt bringt. Diese Vorbehalte werden nicht einfach mit der zunehmenden Kritik an den bestehenden Verhältnissen verschwinden. Dies erfordert nicht nur eine klare, unmißverständliche Position von revolutionären Sozialisten in der Ablehnung der „realsozialistischen“ Verhältnisse, sondern ein offensives Eintreten dafür, daß die Frage nicht so steht — Realsozialismus oder Kapitalismus, sondern daß die sozialistische Perspektive tatsächlich Demokratie, Befreiung und politische Macht für die Arbeiterklasse bedeutet.

III. Die Haltung der KPD zu anderen politischen Kräften in der Arbeiterbewegung.

1. Die KPD geht davon aus, daß sie heute in der Bundesrepublik nicht die einzige Organisation ist, die die Positionen des revolutionären Sozialismus vertritt. Sie geht davon aus, daß neben ihr Organisationen bestehen, deren Politik auf die Arbeiterbewegung als der Hauptkraft der Gesellschaft zielt, die eine revolutionäre Umwälzung dieser Gesellschaft und den Übergang der politischen Macht an die Arbeiterklasse wollen und dies als unvereinbar mit den „realsozialistischen“ Verhältnissen ansehen. Ihnen gegenüber vertritt die KPD die Position, daß die Zersplitterung in verschiedene Organisationen ein schädliches Produkt des Sektierertums der revolutionären Linken — auch unserer Partei — ist und eine Vereinigung dieser Kräfte in einer Partei ein wichtiges Ziel ist.

2. Die Hauptaueinandersetzung, an der sich nach unserer Auffassung in den nächsten Jahren, die Herausbildung einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung entscheiden wird, ist die um die Frage Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf. In dieser Auseinandersetzung treffen revolutionäre Sozialisten auf verschiedene Strömungen in der Arbeiterbewegung, die die bestehenden Formen der Sozialpartnerschaft kritisieren und für eine Ausweitung des Klassenkampfes eintreten. Die Entwicklung dieser Strömung, die sich organisiert und unorganisiert einem linken Spektrum in der Arbeiterbewegung zugehörig fühlt, einschließlich linken Sozialdemokraten, DKP und Teilen der Grünen, ist für eine revolutionäre Arbeiterpolitik heute von großer Bedeutung. Ihnen gegenüber treten wir für den vollständigen Bruch mit dem Reformismus ein. Wir vertreten aber gleichzeitig die Position, daß die Ablehnung der Sozialpartnerschaft und das Bemühen um Ausweitung des Klassenkampfes heute eine wichtige Grundlage gemeinsamer Politik in der Arbeiterbewegung darstellt. In der Auseinandersetzung

darum, wie diese gemeinsame Auffassung durchgesetzt werden kann, treten wir gegenüber diesen Kräften dafür ein, daß das nicht hauptsächlich durch die Überzeugung sozialpartnerschaftlicher Funktionäre erreicht werden kann, sondern hauptsächlich durch die Mobilisierung derjenigen, die die Unvereinbarkeit der Verwirklichung ihrer Interessen und der Politik der Sozialpartnerschaft am eigenen Leibe spüren.

3. Ohne Lösung breiter Teile der Arbeiterklasse vom Einfluß der sozialdemokratischen Partei ist ein Masseneinfluß des revolutionären Sozialismus nicht möglich.

Für die Herausbildung einer breiten antikapitalistischen Strömung in der Arbeiterbewegung ist der Differenzierungsprozeß, der sich anhand der Kritik der Sozialpartnerschaftskonzeption vollzieht, von grundlegender Bedeutung.

Angriffe der Kapitalisten und der politischen Reaktion richten sich zunehmend auch auf sozialpartnerschaftlich orientierte Gewerkschaften. Die KPD betrachtet den Kampf gegen diese Angriffe, die letztlich auf die Ausschaltung der organisierten Arbeiterbewegung abzielen, als gemeinsame Aufgabe. Sie sieht die Notwendigkeit, gegen diese gegenüber der Arbeiterbewegung feindseligsten Bestrebungen bürgerlicher Politik gemeinsam auch mit den Verfechtern eines sozialpartnerschaftlichen Kurses der Gewerkschaften zu kämpfen.

Sie vertritt dabei grundsätzlich, daß die Beschränkung des Widerstandes gegen diese Angriffe der Reaktion auf die Wahrung oder Wiederherstellung einer Situation sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit falsch, illusionär und schädlich ist. Der Aufkündigung der Sozialpartnerschaft von oben kann nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes erfolgreich begegnet werden.

4. Die Grünen leisten eine bestimmte Kritik am Kapitalismus. Sie konnten bislang in beträchtlichem Umfang antikapitalistische Stimmungen und Kritik an konkreten Resultaten der kapitalistischen Produktionsweise und der bürgerlichen Politik gegen die etablierten Parteien wenden. Deshalb wird die Frage aufgeworfen, ob durch die Grünen nicht die Bestrebungen zur Schaffung einer Massenpartei des revolutionären Sozialismus überflüssig geworden sind.

Die KPD ist nicht dieser Auffassung. Sicher muß die von den Grünen geübte richtige Kritik am Kapitalismus auch für die revolutionär-sozialistische Parteibildung aufgegriffen werden. Eine Partei, die das Befreiungsinteresse der Arbeiterklasse politisch vertritt, sind die Grünen jedoch nicht und wollen sie nicht sein. Die Bestrebungen zur Schaffung einer revolutionär-sozialistischen Partei müssen vom Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgehen. Sie müssen sich auch praktisch hauptsächlich in der Arbeiterklasse vorangebracht werden, der einzigen Klasse, die ernsthaft die Machtfrage aufwerfen kann.